

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Matthias Jung/Dieter Roth

Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland
seit der Bundestagswahl 1990

Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann

Die Wahlchancen von CSU und DSU
in den neuen Bundesländern

Hans-Georg Betz

Wahlenthaltung und Wählerprotest
im westeuropäischen Vergleich

Karlheinz Reif

Wahlen, Wähler und Demokratie in der EG
Die drei Dimensionen des demokratischen Defizits

B 19/92
1. Mai 1992

Matthias Jung, Dipl.-Volkswirt, geb. 1956; wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; seit 1991 Mitglied des Vorstands.

Veröffentlichungen zur Wahlforschung, Methoden der Umfrageforschung und zur Militärsoziologie.

Dieter Roth, Dr. phil., geb. 1938; Mitglied des Vorstands der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim; Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen empirische Elitenforschung, Wahlsoziologie, speziell Ökonomie und Wahlverhalten, Jungwähler, Republikaner.

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944; Professor für Politikwissenschaft und Vergleichende Faschismusforschung an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen: Hitlers Wähler, München 1991; zahlreiche weitere Veröffentlichungen zu den Themenbereichen empirische Wahlforschung, Methodologie der Sozialwissenschaften sowie historische Wahlforschung.

Siegfried Schumann, Dr. phil., geb. 1957; Mitarbeiter am DFG-Projekt „Wählerverhalten“; 1984 bis 1988 wiss. Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung.

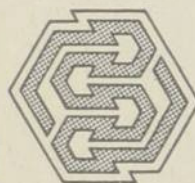
Veröffentlichungen u. a.: Politische Einstellungen und Persönlichkeit. Ein Bericht über empirische Forschungsergebnisse, Frankfurt/M. u. a. 1986; Wahlverhalten und Persönlichkeit, Opladen 1990.

Hans-Georg Betz, Dr. phil., geb. 1956; Assistenzprofessor für Politische Wissenschaft an der Loyola University, Rome Center of Liberal Arts, Rom.

Veröffentlichungen: Postmodern Politics in Germany, New York 1991; zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Soziologie und Politik der Postmoderne, radikaler Rechtspopulismus, grüne Politik.

Karlheinz Reif, Dr. phil. habil., geb. 1943; Habilitation für Politikwissenschaft 1983 (Univ. Mannheim); 1983–1986 Gast- bzw. Zeit-Professor an den Universitäten Edinburgh, EHI Florenz, Duisburg und Bamberg; seit 1986 Leiter des „Eurobarometer“ der EG-Kommission, Brüssel.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Ten European Elections, Aldershot 1985; (Hrsg. zus. mit R. Inglehart) EUROBAROMETER – The Dynamics of European Public Opinion, Houndmills–London 1991; zahlreiche Beiträge zur Vergleichenden Politikwissenschaft, insbes. zur Interaktion von Institutionen, Parteien und Wahlen in Frankreich, Deutschland und der EG.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland seit der Bundestagswahl 1990

Bei der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 hatte die seit 1982 regierende Koalition aus CDU/CSU und FDP einen klaren Sieg errungen. Diese Wahl wurde noch deutlich von der zwei Monate vorher erfolgten deutschen Wiedervereinigung beherrscht. Doch schon damals begannen die ökonomischen Folgeprobleme erste Schatten auf den Glanz der neuen deutschen Einheit zu werfen. Der in der Folgezeit zu bewältigende Vollzug der Einheit beider Teile Deutschlands konnte natürlich nicht zu einem völligen Gleichklang der politischen Interessen und Ziele führen. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Startbedingungen in die gemeinsame Staatlichkeit führten dazu, daß aus der Sicht der jeweiligen Bevölkerung sehr unterschiedliche Themenbereiche wichtig wurden.

I. Die wichtigsten politischen Themen

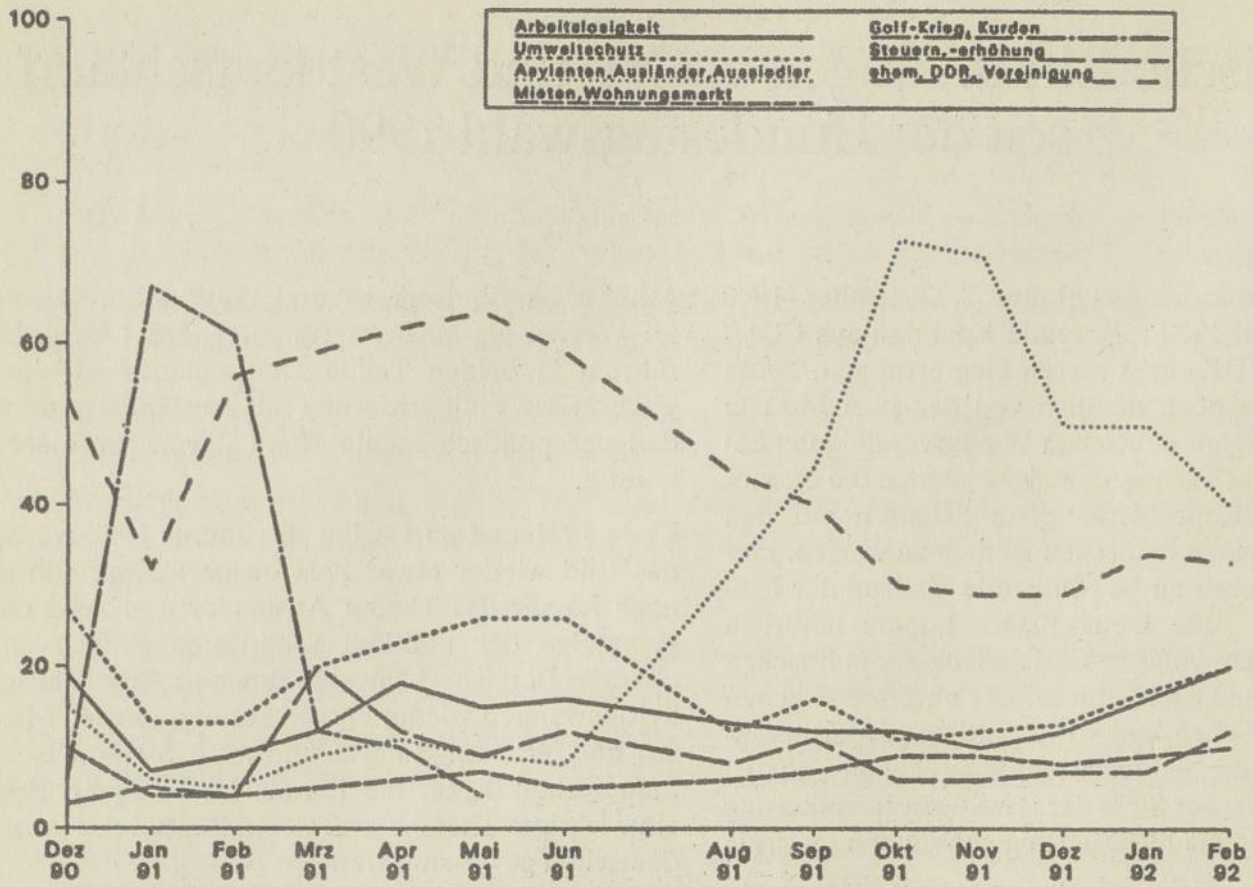
Die Westdeutschen – politisch und wirtschaftlich in die westliche Welt integriert – reagierten in der Agenda der politischen Probleme (vgl. Abbildung 1) sehr deutlich auf außenpolitische Veränderungen. So wurde nach der Bundestagswahl 1990 für kurze Zeit der Golfkrieg wichtigstes Problem. Er absorbierte dabei so viel an politischer Aufmerksamkeit, daß andere Bereiche – deutsche Einheit und ökonomische Probleme – deutlich an Bedeutung verloren. Die Probleme der Einheit traten aber sofort wieder in den Vordergrund, nachdem die militärischen Auseinandersetzungen am Golf beendet waren, und sie blieben für die Westdeutschen bis zum Sommer 1991 sehr wichtig. Nach der Sommerpause trat im Westen Deutschlands ein anderes Thema zunehmend in den Vordergrund: die Asyl- und Ausländerproblematik. Sie verdrängte dort das Thema deutsche Einheit im September und erreichte ihren Bedeutungshöhepunkt im Oktober und November 1991. In dieser Zeit berichteten die Medien ausführlich über spektakuläre Übergriffe von rechtsradikalen Randgruppen ge-

genüber Asylbewerbern und Ausländern sowohl im Westen als auch im Osten. Diese Übergriffe führten in beiden Teilen Deutschlands zu einer wachsenden Solidarisierung mit Ausländern, ohne daß der politisch rechte Rand davon profitieren konnte.

Ende 1991 und zu Beginn des Jahres 1992 wurde das Bild wieder etwas heterogener: Zwar führte noch immer das Thema Ausländer und Asyl die Rangfolge der politisch wichtigsten Fragen an, aber die Bereiche Umweltschutz und Arbeitslosigkeit gewannen wieder an Bedeutung, ebenso Mieten und Wohnungsmarkt und auch Steuern bzw. Steuererhöhungen, die bereits im Frühjahr 1991 ein wichtiges Thema für etwa ein Fünftel der Westdeutschen gewesen waren.

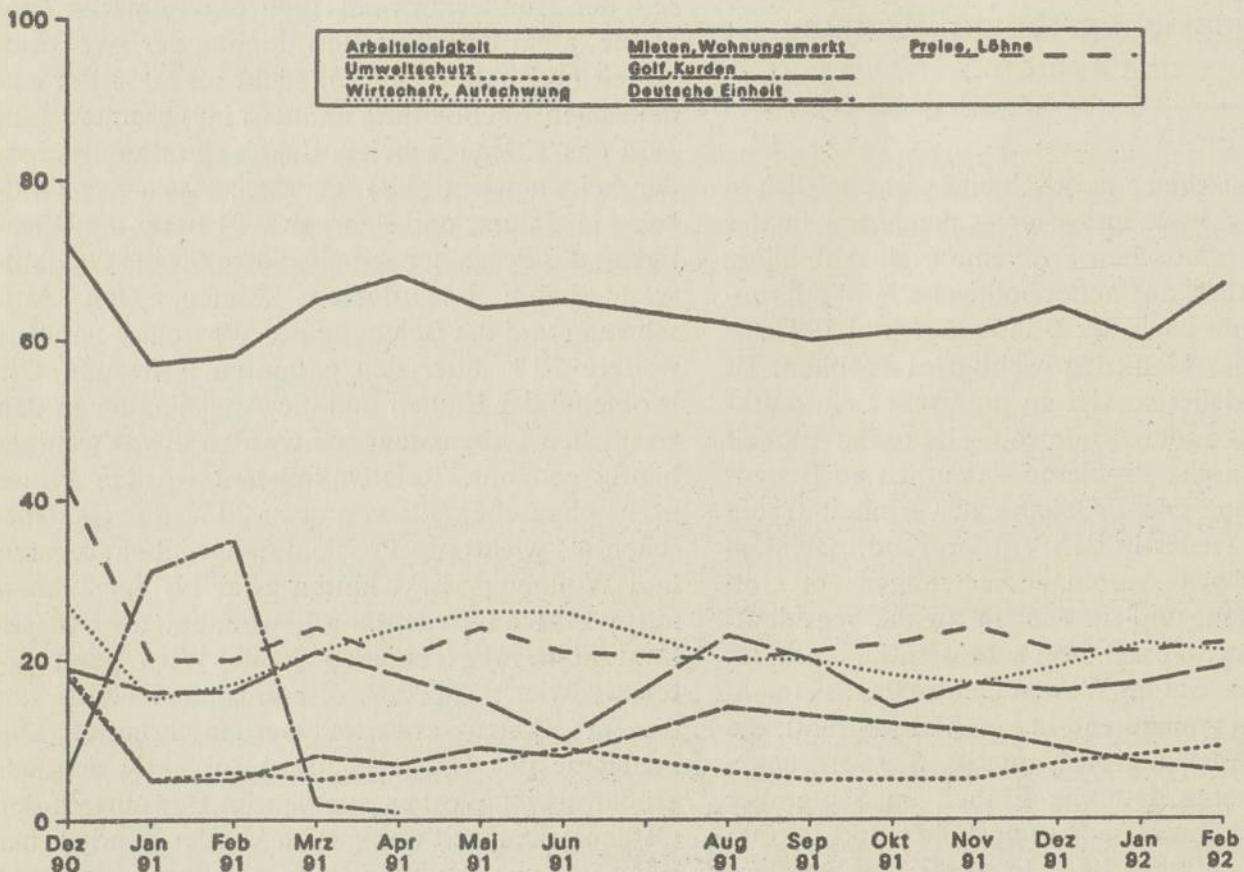
Die Ostdeutschen hingegen sahen die Problemlage völlig anders: Von überragender Bedeutung waren seit der Bundestagswahl 1990 ökonomische Probleme, allen voran die Bewältigung der Arbeitslosigkeit (vgl. Abbildung 2). Mehr als 60 % der ostdeutschen Bevölkerung nannten im gesamten Jahr 1991 das Thema Arbeitslosigkeit spontan als eines der beiden wichtigsten Themen. Auch der Golfkrieg im Januar und Februar 1991 hatte die Wichtigkeit der Frage der Arbeitsplätze für die Ostdeutschen kaum beeinflussen können. Den Aufschwung und die Belebung der Wirtschaft nannten weitere 20 % über den gesamten Zeitraum. Die Probleme der Einheit und die Angleichung an den westlichen Lebensstandard wurden etwas weniger häufig genannt. Relativ konstant wurden Preise und Löhne ebenfalls von etwa 20 % der Ostdeutschen als wichtigste Probleme angegeben. Mieten und Wohnungsmarkt hatten zwar bis zur Jahresmitte 1991 an Bedeutung gewonnen, aber insgesamt keineswegs eine so große Wichtigkeit erreicht, wie nach der öffentlichen Debatte zu diesem Thema erwartet werden konnte. Die Probleme des Umweltschutzes, objektiv deutlich größer als im Westen, standen im Bewußtsein der Ostdeutschen weit weniger im Vordergrund als bei Befragten aus den alten Bundesländern. Asyl- und Ausländerprobleme haben im Osten im gesamten Zeitraum eine untergeordnete Rolle gespielt.

Abbildung 1: Wichtigste Probleme: Prozentanteile aller Befragten (West)



Quelle: Politbarometer West; Forschungsgruppe Wahlen.

Abbildung 2: Wichtigste Probleme: Prozentanteile aller Befragten (Ost)



Quelle: Politbarometer Ost; Forschungsgruppe Wahlen.

Selbst im Oktober 1991, als im Westen dieser Problembereich von mehr als 70 % genannt wurde, meinten das nur 20 % der Ostdeutschen.

II. Wirtschaftliche Lage

Beherrschend für das Denken der Ostdeutschen ist das Streben nach wirtschaftlicher Sicherheit, vor allem nach der Sicherheit des Arbeitsplatzes. Über 60 % der Berufstätigen im Osten hielten zu Beginn des Jahres und im Frühjahr 1991 ihren Arbeitsplatz für gefährdet. Diese Einschätzung verbesserte sich im Verlauf des Jahres etwas. In der zweiten Jahreshälfte waren es etwas mehr als 50 %, die die Gefahr sahen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Im Januar und Februar 1992 gab es – allerdings bei geringfügig sinkenden Zahlen von Berufstätigen – erstmals eine Mehrheit, die ihren Arbeitsplatz als sicher ansah (56 % bzw. 54 %). Im Westen hingegen hielten im gesamten Jahr 1991 mehr als 90 % der Berufstätigen ihren Arbeitsplatz für sicher.

Eine Reihe von Stimmungsindikatoren zum Einigungsprozeß zeigte im Verlauf des Jahres 1991 eine Verbesserung der Einschätzungen der Situation. Während im März 1991, als die Stimmung im Osten einen Tiefpunkt erreicht hatte, noch fast zwei Drittel die Meinung vertraten, „es gehe mit der Vereinigung alles in allem gesehen eher schlechter, als sie gedacht haben“, meinten dies seit Herbst 1991 nur noch etwas über 40 %. Auch in bezug auf ihre persönliche Situation sahen im März 1991 noch 62 % der Ostdeutschen ihre Erwartungen als eher nicht erfüllt an, seit Oktober 1991 gab es immerhin eine knappe Mehrheit im Osten, die ihre Erwartungen an die Vereinigung eher als erfüllt bezeichnete.

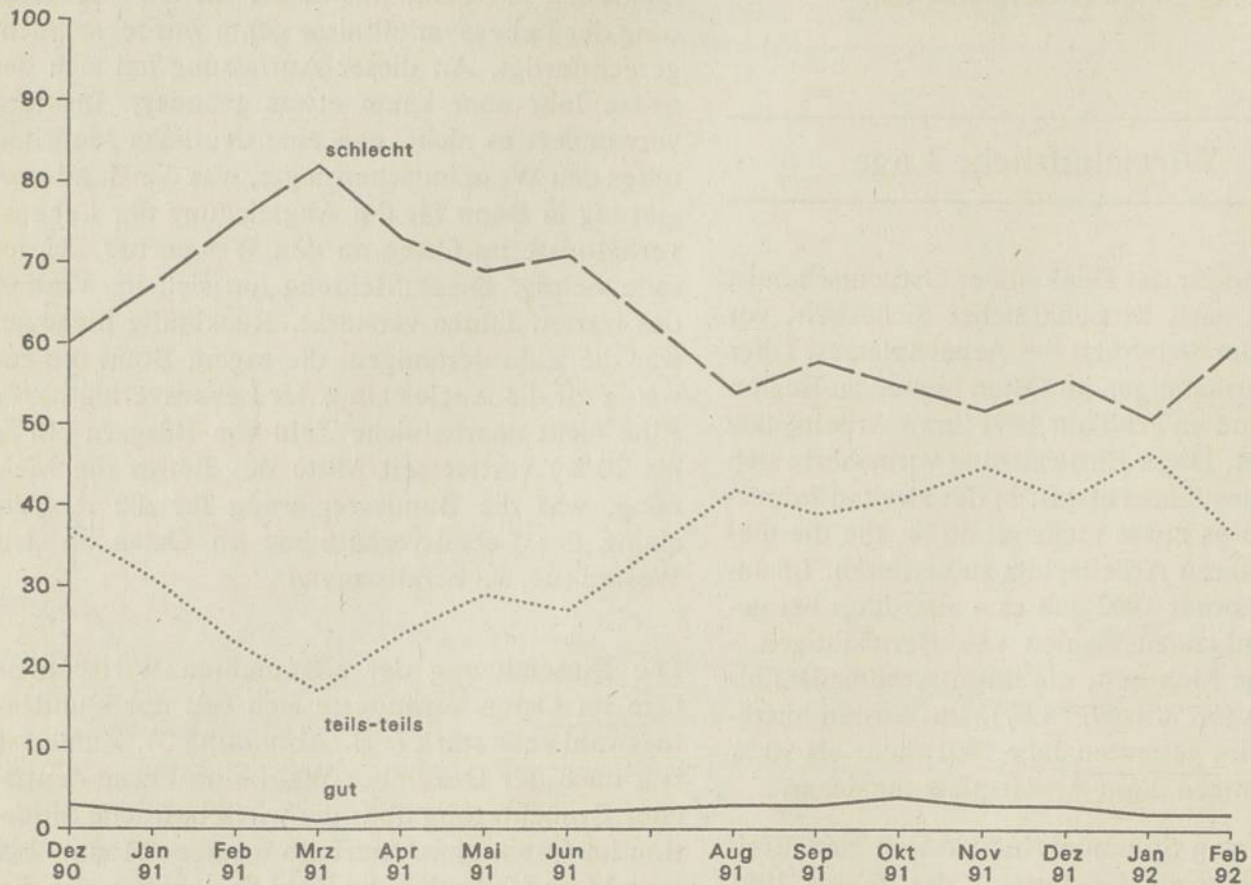
Dies heißt allerdings nicht, daß man im Osten mit dem zufrieden war, was bisher für die Angleichung an die westdeutschen Lebensverhältnisse getan worden war. Relativ konstant sagten seit April 1991 etwa 70 % der Ostdeutschen, daß sie mit dem, was in dieser Hinsicht bisher getan worden war, eher unzufrieden seien. In den Monaten unmittelbar nach der Bundestagswahl 1990 waren es sogar noch etwas mehr (fast 80 %). Adressat war hier die Bundesregierung: Zwischen 75 % und 80 % der Ostdeutschen meinten im ganzen Jahr 1991, daß die Bundesregierung in Bonn für die Angleichung der Lebensverhältnisse nicht genug getan habe; in den ersten drei Monaten des Jahres 1991 waren es sogar über 80 %.

Die Westdeutschen sahen das ganz anders: Rund zwei Drittel meinten, die Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit dem, was bisher für die Verbesserung der Lebensverhältnisse getan wurde, sei nicht gerechtfertigt. An dieser Auffassung hat sich das ganze Jahr über kaum etwas geändert. Insofern verwundert es nicht, daß eine deutliche Mehrheit unter den Westdeutschen sagte, was die Bundesregierung in Bonn für die Angleichung der Lebensverhältnisse im Osten an den Westen tue, sei gerade richtig. Diese Meinung hat sich im Verlauf des letzten Jahres verstärkt. Rückläufig hingegen war die Zahl derjenigen, die sagen, Bonn tue zu wenig für die Angleichung der Lebensverhältnisse. Eine nicht unerhebliche Zahl von Bürgern (15 % bis 20 %) vertrat seit Mitte des Jahres die Meinung, was die Bundesregierung für die Angleichung der Lebensverhältnisse im Osten an den Westen tue, sei bereits zuviel.

Die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage im Osten veränderte sich seit der Bundestagswahl sehr stark (vgl. Abbildung 3). Zunächst trat nach der Dezember-Wahl eine Phase deutlicher Ernüchterung über die wirtschaftliche Situation im Osten ein. Innerhalb weniger Monate bis zum März 1991 stieg die Zahl derjenigen, die die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland als schlecht bezeichneten, von 60 % auf über 80 % an. Die Erwartungen bezüglich Ausmaß und Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs waren, gestützt durch die Versprechungen im Wahlkampf, außerordentlich hoch. Nach der Wahl wurden diese Erwartungen mit den Realitäten des Zusammenbruchs großer Teile der Produktion und steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Zwar gab es eine Reihe von Stützungsmaßnahmen der Regierung, die auch auf der individuellen Ebene in der Regel gut gegriffen haben, doch war die allgemeine Situation in einem Tief, was auch die Diskussion in der Öffentlichkeit beherrschte.

In den folgenden Monaten verbesserte sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Osten kontinuierlich. Der Anteil derjenigen, die die wirtschaftliche Lage als schlecht bezeichneten, ging stetig zurück: Nach der Sommerpause 1991 war eine Einschätzung der Wirtschaftslage entstanden, die etwas besser ausfiel als die bei der Bundestagswahl vom Dezember 1990. Vom Herbst 1991 bis zum Januar 1992 blieb die Einschätzung der Wirtschaftslage auf diesem Niveau konstant und hat sich im Februar 1992 nach Bekanntgabe der Arbeitslosenquoten wieder etwas verschlechtert.

**Abbildung 3: Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage im Osten:
Prozentanteile aller Befragten (Ost)**



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Ost.

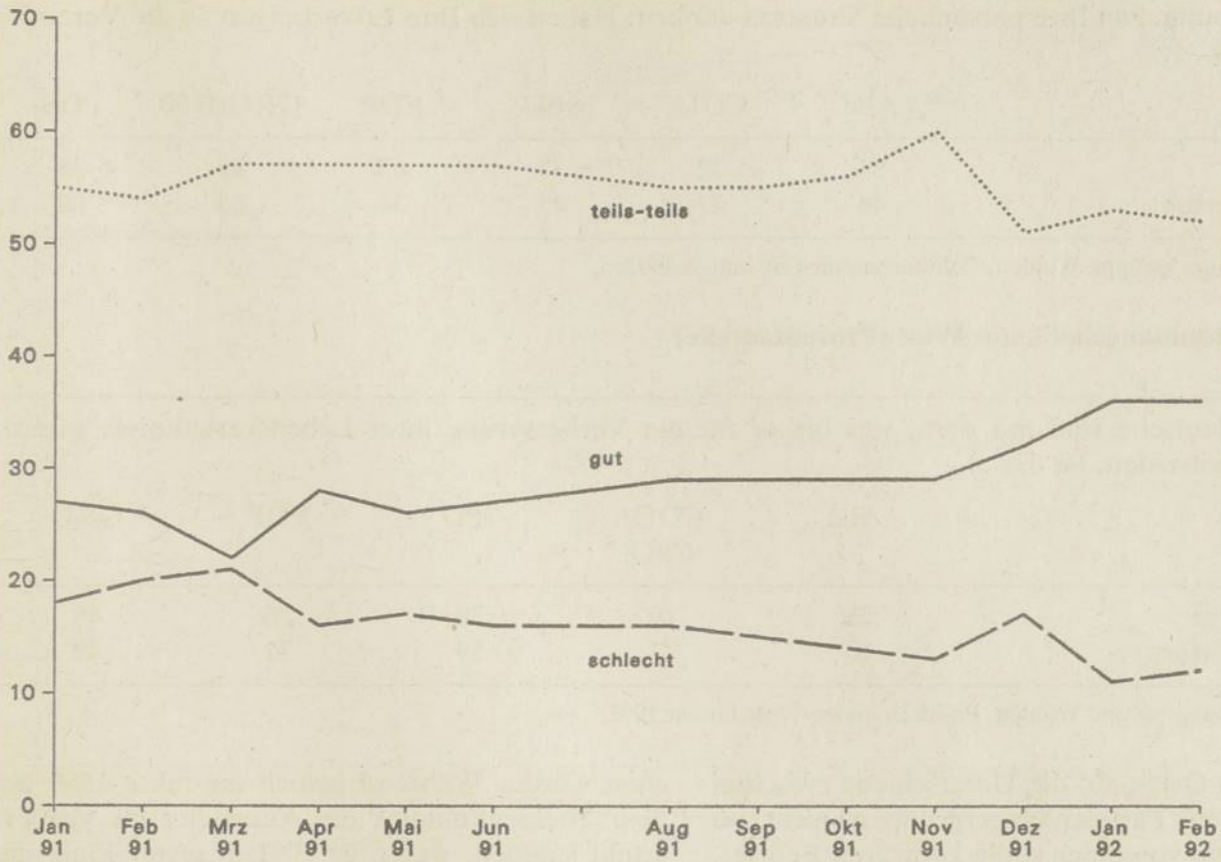
Wie stark die veröffentlichte Meinung über das ostdeutsche Wirtschaftsgeschehen die Bewertung durch die Befragten insbesondere in Ostdeutschland beeinflusst, konnte man im Januar und Februar 1992 erkennen: Zum Jahresende 1991 erfolgte, insbesondere durch die Treuhand, eine Reihe von Kündigungen in einer Vielzahl von Betrieben, die den Bestand der sogenannten Null-Kurzarbeiter faktisch halbierte. Dennoch wurde in der Mitte bis Ende Januar durchgeführten Umfrage die allgemeine Wirtschaftslage in Ostdeutschland von den Befragten wesentlich günstiger eingeschätzt als im Dezember. Anfang Februar wurden dann die neuen Arbeitslosenzahlen, bei denen zudem eine andere Form der Berechnung eingeführt wurde, in den Medien bekanntgegeben. Erst danach, in der Umfrage Mitte Februar, wurde die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland von den Befragten wieder negativer beurteilt.

Trotz der insgesamt nach wie vor eher als schlecht beurteilten gesamtwirtschaftlichen Lage im Osten und einer relativ starken Reaktion der Bevölkerung auf die Veröffentlichung neuer wirtschaftlicher Daten war der Optimismus für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung bei den Ostdeutschen ungebrochen und über den gesamten

Zeitraum des Jahres 1991 auch verhältnismäßig konstant. Etwas weniger als die Hälfte erwartete eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation im Osten innerhalb eines Jahres, zwischen 10 % und 15 % erwarteten eine Verschlechterung, der Rest ging davon aus, daß die Lage in diesem Zeitraum unverändert bleibt.

Viel positiver als die allgemeine Wirtschaftslage wurde während des ganzen Jahres 1991 die eigene Wirtschaftslage beurteilt (vgl. Abbildung 4). Dabei zeigte auch hier der Trend langsam, aber stetig nach oben: Waren es im Januar 1991 noch 27 % der befragten Ostdeutschen, die ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut bezeichneten, so waren es ein Jahr später, im Januar 1992, bereits 36 %. Etwas mehr als die Hälfte – daran hat sich während des ganzen Jahres kaum etwas geändert – kennzeichnete ihre eigene wirtschaftliche Situation als „teils gut/teils schlecht“, während der Anteil derjenigen, die ihre persönliche ökonomische Situation als schlecht bezeichneten, von 20 % am Jahresanfang 1991 auf ca. 10 % Anfang 1992 zurückging. Insofern war die Diskrepanz zwischen der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland und der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage bei den befragten Ostdeut-

Abbildung 4: Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage: Prozentanteile aller Befragten (Ost)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Ost.

schon deutlich gewachsen: So sagte im Februar 1992 ein Drittel aller befragten Ostdeutschen, daß ihre eigene wirtschaftliche Lage gut sei, aber lediglich 2 % meinten, daß die allgemeine Wirtschaftssituation in Ostdeutschland als gut bezeichnet werden könne. Umgekehrt bewerteten 60 % die allgemeine wirtschaftliche Situation als schlecht, aber nur 12 % kennzeichneten so ihre eigene wirtschaftliche Situation.

Trotz der Enttäuschung der Ostdeutschen über die Entwicklung der ökonomischen Situation wurde einer möglichen SPD-geführten Bundesregierung lediglich im Juni und im September ein Kompetenzvorsprung bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland von den dortigen Befragten zugesprochen. In allen anderen Monats-erhebungen lag die CDU/CSU-geführte Bundesregierung bei der Kompetenzzuschreibung in bezug auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme im Osten vor einer möglichen SPD-geführten Bundesregierung. Im Westen wurde den Bonner Regierungsparteien von den Befragten zu jedem Zeitpunkt des vergangenen Jahres eine deutlich größere Kompetenz zugeschrieben als einer SPD-geführten Bundesregierung.

Das hier gezeichnete Bild der Beurteilung der Entwicklung des Einigungsprozesses und der ökonomischen Entwicklung ist eine Gesamtbetrachtung, die Unterschiede in einzelnen sozialen oder demographischen Gruppen vernachlässigt. Solche Unterschiede gibt es insbesondere in den einzelnen Altersgruppen, sozialen Statusgruppen, aber auch regional. Sie können in der Regel mit der unterschiedlichen Lebenssituation der Befragten erklärt werden. Die größten Differenzen bei der Beurteilung der angesprochenen Themen treten allerdings zwischen den einzelnen Parteianhängergruppen auf, wobei grob gesehen die Trennungslinie zwischen Anhängern der Bonner Regierungsparteien und denen der Oppositionsparteien verläuft. Die Prozesse der ökonomischen und sozialen Annäherung der beiden Teile Deutschlands werden in der Regel von Anhängern der Regierungsparteien positiver, weiter fortgeschritten oder zumindest optimistischer gesehen als von Anhängern der nicht in der Bundesregierung vertretenen Parteien. Dies gilt insbesondere für die Beurteilung der ökonomischen Lage, sowohl der allgemeinen als auch der persönlichen.

Trotzdem sind, sieht man einmal von der Einschätzung der Kompetenz zur Lösung der Wirtschafts-

Tabelle 1: Stimmungsindikator Ost (Prozentanteile)

Wenn Sie einmal an Ihre persönliche Situation denken: Haben sich Ihre Erwartungen an die Vereinigung bisher ...	Alle	CDU	SPD	FDP	GRÜ/B 90	PDS
eher erfüllt	55	72	53	65	45	35
eher nicht erfüllt	44	27	47	34	53	65

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-Ost Januar 1992.

Tabelle 2: Stimmungsindikator West (Prozentanteile)

Viele Ostdeutsche sind mit dem, was bisher für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse getan wurde, unzufrieden. Ist das ...	Alle	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜ
gerechtfertigt	29	19	38	26	48
nicht gerechtfertigt	67	77	59	71	49

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-West Januar 1992.

probleme im Osten ab, die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteianhängergruppen nicht so groß, daß man von einer völlig konträren Beurteilung der Situation in den neuen Bundesländern sprechen müßte. Zumindest gilt dies für die großen Gruppen der Anhänger der Volksparteien, die rein quantitativ den größten Beitrag zu dem dargestellten Stimmungsbild leisten. Als Beispiel wird auf die beiden Stimmungsindikatoren für Ost und West verwiesen (vgl. Tabellen 1 und 2).

III. Ausländer und Asyl

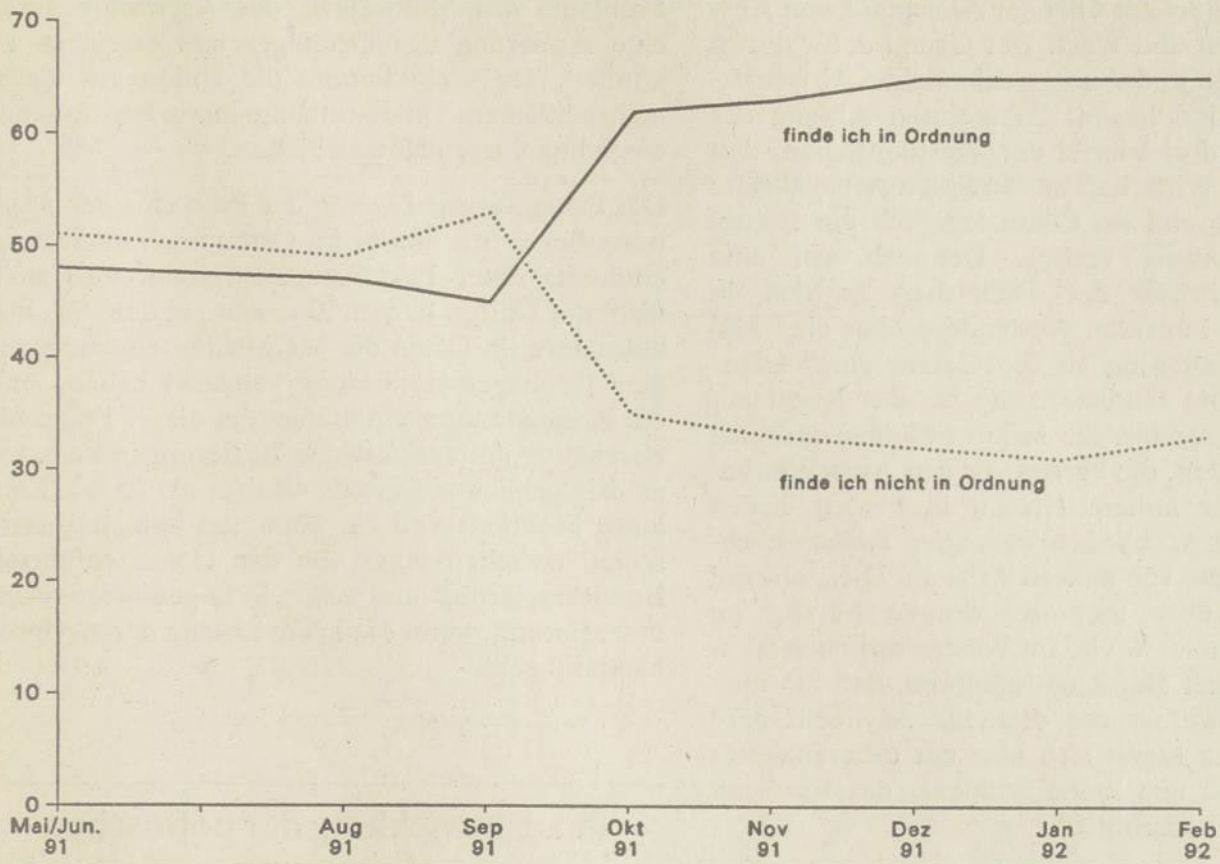
Neben den Problemen, die sich als Folge des Einigungsprozesses in Deutschland ergeben haben, war die Ausländer- und Asylproblematik das zweite wichtige Thema in Deutschland im Jahre 1991. Bereits 1989 hatte das Ausländerthema in den alten Bundesländern eine große Rolle gespielt. Damals konnten die Republikaner mit Hilfe dieses Themas bei einer Reihe von Wahlen vielbeachtete Erfolge verzeichnen. Aufgrund der deutschlandpolitischen Entwicklung seit dem Herbst 1989 war das Thema Ausländer und Asyl jedoch wieder in den Hintergrund gedrängt worden, ohne daß die zugrundeliegenden Probleme gelöst worden waren. Insofern war es nur eine Frage der Zeit, wann dieses Thema wieder auftau-

chen würde. Während jedoch im Jahre 1989 bei dem Themenkomplex die Aussiedler im Vordergrund standen, waren es 1991 in erster Linie die Asylbewerber und die Neuregelung des Asylrechts. Anders auch als 1989 konnte parallel zum Anstieg der Bedeutung des Ausländer- und Asylthemas keine steigende Unterstützung für extreme Rechtsparteien festgestellt werden.

Wie in anderen westeuropäischen Demokratien gibt es auch in Deutschland ein Potential für Ausländerfeindlichkeit. Weil diese bei uns aus historischen Gründen jedoch tabuisiert ist, sind die insgesamt schon großen Schwierigkeiten, dieses Potential zu quantifizieren, bei uns sicherlich noch größer als in anderen europäischen Ländern. Um aber zumindest einen Indikator für die Akzeptanz von Ausländern zu haben, stellt die Forschungsgruppe Wahlen seit einiger Zeit die schlichte Frage: „In Deutschland leben viele Ausländer. Finden Sie das in Ordnung, oder finden Sie das nicht in Ordnung?“

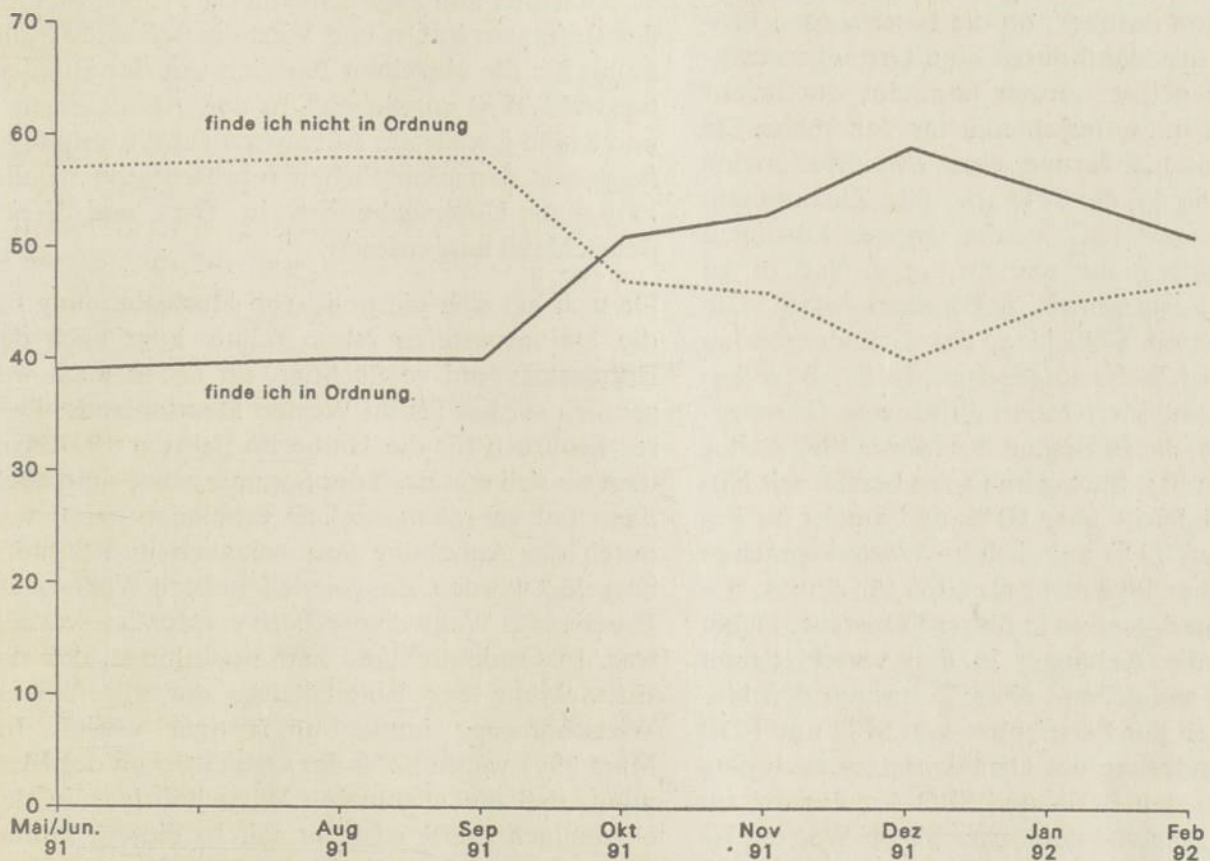
Dabei zeigt sich, daß die Veränderung der Einstellung gegenüber Ausländern in Ost- und Westdeutschland zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, als Ausländer, in der Regel Asylbewerber, von Angehörigen extremer Randgruppen angegriffen wurden und Anschläge auf Wohnungen erfolgten (vgl. Abbildungen 5 und 6). Die Reaktion der Bevölkerung in Ost und West war gleichartig, im Westen noch etwas heftiger als im Osten: Die Akzeptanz

Abbildung 5: Ausländer in Deutschland: Prozentanteile aller Befragten (West)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer West.

Abbildung 6: Ausländer in Deutschland: Prozentanteile aller Befragten (Ost)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Ost.

von Ausländern stieg. Geblieben ist aber trotzdem ein Niveauunterschied bei der Akzeptanz von Ausländern in Ost und West. Der Grund dafür dürfte in erster Linie in der unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation liegen: So meinten Anfang des Jahres 1992 drei Viertel der Westdeutschen, daß die deutsche Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte braucht, während im Osten lediglich ein Drittel diese Auffassung vertrat. Dennoch sah eine knappe Mehrheit der Deutschen in den in Deutschland lebenden Ausländern eher eine kulturelle Bereicherung als die Gefahr einer Überfremdung. Die Unterstützung für das Recht auf Asyl für Ausländer, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden, die bereits vor den Ausschreitungen auf sehr hohem Niveau in beiden Teilen Deutschlands vorhanden war, stieg danach nochmals auf Werte von nahezu 90 % an. Dies, obwohl gleichzeitig über mehrere Monate hinweg im Osten nahezu 80 % und im Westen zwischen 60 % und 70 % aller Befragten glaubten, daß die meisten Asylbewerber das deutsche Asylrecht mißbrauchen. Es ergibt sich also ein differenziertes Meinungsbild und keine Tendenz, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

In der Asyldebatte wurde bereits zu einem frühen Zeitpunkt aus Unionskreisen eine Änderung bzw. eine Ergänzung des Grundgesetzes vorgeschlagen. Die Diskussion darüber, ob die bestehenden Probleme in Deutschland durch eine Grundgesetzänderung eher gelöst werden könnten, durchzieht das Jahr 1991 mit unterschiedlicher Vehemenz. Da zur Grundgesetzänderung eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, die SPD aber ihre Zustimmung bisher verweigert hat, wurden andere Lösungen auf der Länderebene gesucht, ohne daß es zu merkbaren Fortschritten gekommen wäre. Die Union hat ihren Vorschlag, das Grundgesetz zu ändern, jedoch nicht aufgegeben. In der Bevölkerung gab es eine klare Mehrheit für eine Grundgesetzänderung, die zu Beginn des Jahres 1992 weiter zugenommen hat. Sie lag im Osten bereits seit November 1991 leicht über 60 % und wuchs im Februar 1992 auf 73 % an; auch im Westen sprachen sich im Februar 1992 mehr als 60 % für eine Änderung des Grundgesetzes in dieser Frage aus. Dabei waren sich die Anhänger in den verschiedenen Parteilagern weitgehend einig: Entgegen den klaren Positionen der Parteispitze von SPD und FDP fand eine Änderung des Grundgesetzes auch eine Mehrheit bei den FDP- und SPD-Anhängern, im Osten noch sehr viel deutlicher als im Westen. Es gab überhaupt nur noch eine Gruppe, die sich mehrheitlich gegen eine Änderung aussprach: die Anhänger der GRÜNEN im Westen Deutsch-

lands. Alle anderen glaubten eher, die Lösung der Probleme des Mißbrauchs des Asylrechts durch eine Änderung des Grundgesetzes erreichen zu können. Trotzdem konnte die Union aus dieser mehrheitlichen Unterstützung ihrer Position nur einen begrenzten Nutzen ziehen.

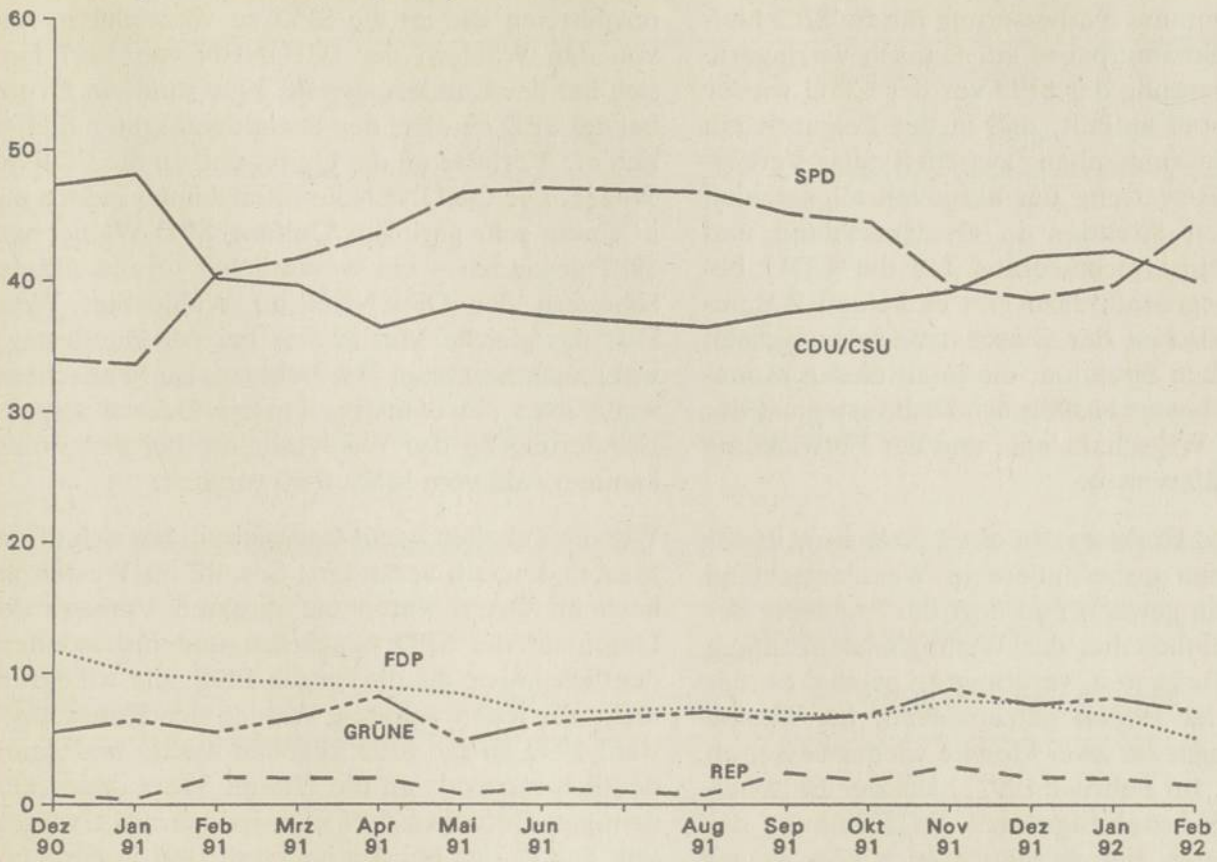
Die Fähigkeit zur Lösung des Problems der Asylbewerber wurde weder im Osten noch im Westen eindeutig einer Partei zugeschrieben, also auch nicht der Union. In dem Zeitraum, in dem sich insbesondere im Osten die Mehrheiten eindeutig für eine Grundgesetzänderung verstärkt haben, sind die Kompetenzzuschreibungen in dieser Frage für alternative unterschiedliche Regierungen konstant niedrig geblieben (jeweils weniger als 20 %). Eine klare Mehrheit von ca. 60 % sah keinen Unterschied zwischen einer von der Union geführten Bundesregierung und einer SPD-geführten Bundesregierung, wenn es um die Lösung der Asylproblematik geht.

IV. Entwicklung der politischen Stimmung

Wie hat sich nun angesichts dieser Problemsichten der Befragten in Ost und West die politische Stimmung für die einzelnen Parteien seit der Bundestagswahl 1990 entwickelt? In den Abbildungen 7 und 8 sind jeweils die Antworten auf die Sonntagsfrage aus den monatlichen repräsentativen Politbarometer-Untersuchungen in Ost- und Westdeutschland ausgewiesen.

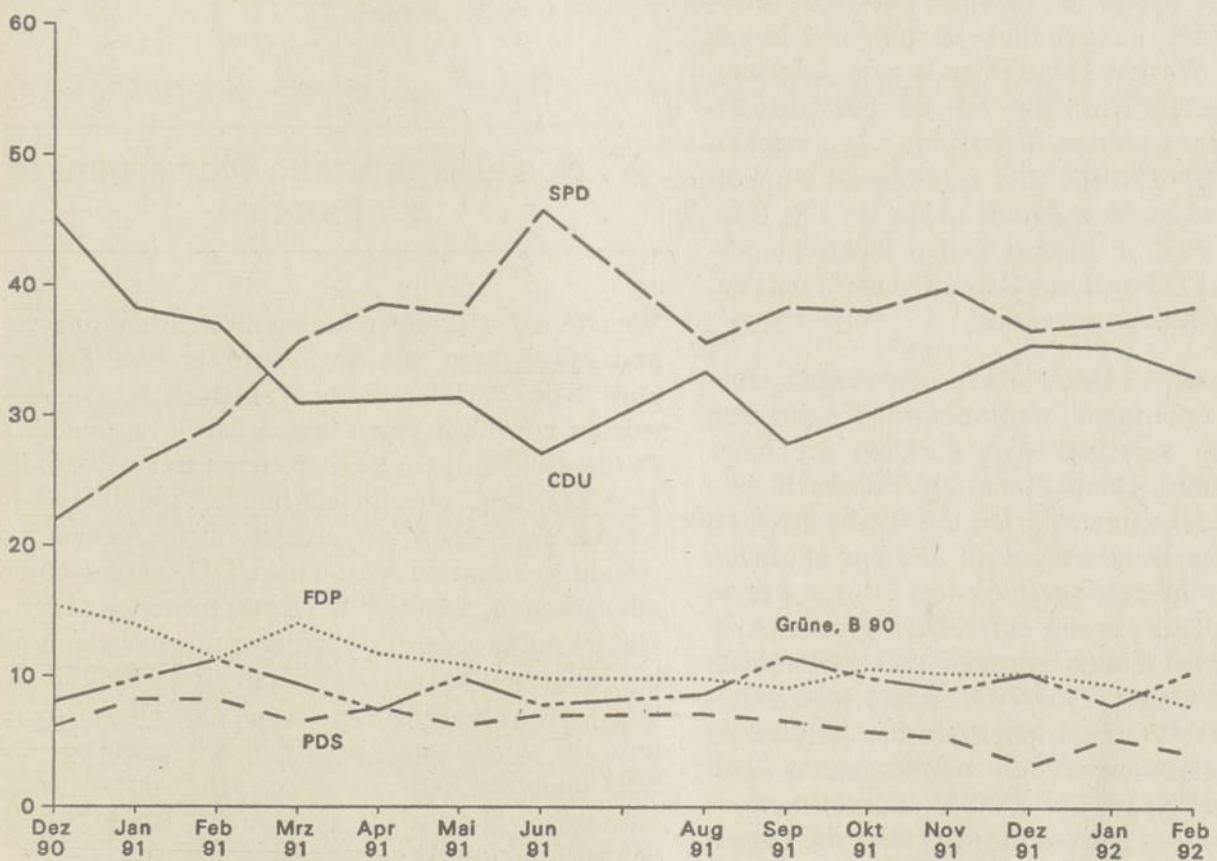
Danach hat sich die politische Hochstimmung für die Unionsparteien schon relativ kurz nach der Bundestagswahl verflüchtigt, im Osten noch wesentlich stärker als im Westen Deutschlands. Dieser Einbruch für die Union im Februar 1991, von dem sie sich erst nach der Sommerpause (und auch dann nur sehr langsam) zu erholen begann, war durch die Anhebung von Abgaben und Steuern ausgelöst worden, die von den meisten Wählern als Bruch eines Wahlversprechens empfunden worden war. In Ostdeutschland kam noch hinzu, daß die Entwicklung der Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage immer ungünstiger verlief. Im März 1991 waren 82 % der Ostdeutschen der Meinung, daß die allgemeine Wirtschaftslage in der ehemaligen DDR schlecht sei. In diesem Monat wollten nur noch 31 % der Ostdeutschen die CDU wählen – gut zehn Prozentpunkte weniger als drei Monate vorher bei der Bundestagswahl. Der fast

Abbildung 7: Wahlabsicht (West)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer West.

Abbildung 8: Wahlabsicht (Ost)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Ost.

lineare Abwärtstrend der CDU und die spiegelbildliche Stimmungsverbesserung für die SPD hielten bis zur Sommerpause an. Danach verringerte sich der Vorsprung der SPD vor der CDU wieder deutlich, wobei auffällt, daß in der Folgezeit ein deutlicher Zusammenhang zwischen einer Verbesserung der Bewertung der aktuellen allgemeinen ökonomischen Situation in Ostdeutschland und einer Stimmungsverbesserung für die CDU besteht. Im Gegensatz dazu gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation, die in all diesen Monaten deutlich besser ausfällt als die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage, und der Entwicklung der Parteipräferenzen.

Im Laufe des Herbstes, zu einer Zeit also, in der das Asylthema insbesondere in Westdeutschland an Bedeutung gewann und dort die Probleme der deutschen Einheit bei der Wichtigkeitseinstufung durch die Befragten verdrängte, gelang es der Union, wieder Boden gutzumachen. Im Westen schnitt sie sogar für zwei Monate wieder besser ab als die SPD. Im Februar 1992, nach der Entscheidung im Bundesrat zugunsten der Erhöhung der Mehrwertsteuer, fiel sie jedoch auch dort wieder hinter die SPD zurück.

Bei den kleineren Parteien verlief die Entwicklung im Jahre 1991 wesentlich stetiger: Die FDP verlor sowohl im Osten als auch im Westen kontinuierlich und war im Westen Deutschlands zum Jahresanfang 1992 gefährlich nahe an die Fünfprozentgrenze herangekommen. Erholt hingegen erschienen die GRÜNEN bzw. das Bündnis 90 ein Jahr nach ihrem schlechten Abschneiden bei der Bundestagswahl 1990 in beiden Teilen Deutschlands, während die PDS auch im Osten Deutschlands zunehmend an Bedeutung verlor.

Ein ganz anderes Muster als in den vergangenen Jahren wird erkennbar, wenn man den Austausch zwischen den verschiedenen Parteien im Jahre 1991 betrachtet. Dazu dient ein Vergleich zwischen der Rückerinnerung an das Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl und der aktuellen Wahlabsicht: In den vergangenen Jahren war in Westdeutschland jeweils ein relativ großer Austausch zwischen Unionsparteien und FDP einerseits sowie SPD und GRÜNEN andererseits zu beobachten. Der Wechsel innerhalb der politischen Lager – Regierungsparteien auf der einen Seite und Oppositionsparteien auf der anderen Seite – war immer größer gewesen als der über die Lagergrenzen hinweg. Noch bei der Bundestagswahl 1990 waren die Verluste der Union an die FDP doppelt so hoch wie die an die SPD. Die FDP wie-

derum hatte doppelt so hohe Verluste an die Unionsparteien wie an die SPD zu verzeichnen, und von den Wählern der GRÜNEN von 1987 fand sich bei der Bundestagswahl 1990 rund ein Drittel bei der SPD ein. Bei den Sozialdemokraten hielten sich die Verluste an die Union und an die FDP die Waage. Die GRÜNEN konnten damals jedoch nur in einem sehr geringen Umfang SPD-Wähler von 1987 gewinnen – ein wesentlicher Grund für das Scheitern der GRÜNEN im Wahlgebiet West. Fast das gleiche Muster war bei der Bundestagswahl auch im Osten Deutschlands zu beobachten, wenn man die damalige Parteipräferenz mit der Erinnerung an das Wahlverhalten bei der Volkammerwahl vom März 1990 verglich.

Wie die Tabellen 3 und 4 ausweisen, hat sich dieses Muster deutlich verändert: Sowohl im Westen als auch im Osten waren die direkten Verluste der Union an die SPD beachtlich und insbesondere deutlich höher als die an die FDP, die wiederum mehr als jeden zehnten Wähler der Bundestagswahl 1990 an die SPD abgeben mußte und damit deutlich mehr als an die Union. Trotz dieses eindeutigen Befundes darf man jedoch nicht vergessen, daß es sich bei den im Jahre 1991 in den Umfragen gemessenen Ergebnissen um Stimmungen handelt, die mehrere Jahre vor der nächsten Bundestagswahl relativ weit vom tatsächlichen Wahlverhalten entfernt sind.

V. Sozialstrukturelle Schwerpunkte der Parteien

Welche Auswirkungen haben diese Stimmungsveränderungen auf die sozialstrukturellen Schwerpunkte der Parteien in der Wählerschaft? Die Antworten auf diese Frage interessieren besonders in Ostdeutschland, wo bei der ersten freien Wahl am 18. März 1990 ein für alt-bundesrepublikanische Verhältnisse eher untypisches Wahlergebnis zustande gekommen war: Die CDU war in einem atheistischen, bestenfalls protestantisch geprägten Gebiet außerordentlich erfolgreich gewesen, hatte besonders gut bei den Arbeitern abgeschnitten und kam sowohl bei jüngeren als auch bei älteren Wählern auf gleichermaßen gute Wahlergebnisse. Die SPD hingegen hatte durchweg sehr schlecht abgeschnitten, ohne daß größere sozialstrukturelle Schwerpunkte erkennbar gewesen wären.

Im Westen Deutschlands hingegen sehen die sozialstrukturellen Schwerpunkte der beiden großen

Tabelle 3: Rückerinnerung an die Bundestagswahl 1990 und aktuelle Wahlabsicht (West), in Prozent

aktuelle Wahlabsicht 1991	Bundestagswahl 1990			
	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜ
CDU/CSU	84	3	10	2
SPD	9	92	13	18
FDP	3	1	73	1
GRÜNE	1	3	3	77

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Kumulation Politbarometer-West 1991 (n = 11 268).

Lesehilfe: Von den westdeutschen Wählern der CDU/CSU in der Bundestagswahl 1990 haben 1991 84% ihre Wahlabsicht für die Union beibehalten, 9% präferieren die SPD, 3% die FDP und 1% die GRÜNEN.

Tabelle 4: Rückerinnerung an die Bundestagswahl 1990 und aktuelle Wahlabsicht (Ost), in Prozent

aktuelle Wahlabsicht 1991	Bundestagswahl 1990				
	CDU	SPD	FDP	Bü 90/GRÜ	PDS
CDU	70	3	4	1	2
SPD	18	89	12	11	17
FDP	6	3	79	1	2
Bü 90/GRÜ	3	3	2	80	9
PDS	0	1	0	3	69

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Kumulation Politbarometer-Ost 1991 (n = 11 911).

Tabelle 5: Parteiorientierung von sozialen Gruppen bei der Bundestagswahl 1990 (West), in Prozent

	Insgesamt	Katholiken insgesamt	Katholiken starke Kirchen- bindung	Arbeiter insgesamt	Arbeiter Gewerk- schafts mitglieder
CDU/CSU	45	56	79	39	30
SPD	35	27	12	47	58
FDP	11	9	5	6	5
GRÜNE	5	5	2	3	2

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagebefragung Bundestagswahl am 2. 12. 1990 (n = 15 760).

Parteien traditionell ganz anders aus: Die Unionsparteien schneiden dort bei kirchlich gebundenen, katholischen Wählern weit überdurchschnittlich gut ab und erzielen um so bessere Ergebnisse, je älter die Befragten sind. Die SPD hingegen erreicht ihre besten Ergebnisse bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. An dieser milieugeprägten Grundstruktur des bundesrepublikanischen Wahlverhaltens hat sich im Westen

Deutschlands auch bei der letzten Bundestagswahl wenig geändert. Zwar hat sich in den letzten Jahrzehnten der Umfang der „reinen Milieus“ in der Bevölkerung kontinuierlich reduziert – beispielsweise sank der Anteil der Katholiken mit einer starken Kirchenbindung von 60% in den fünfziger Jahren auf mittlerweile rund 30% –, aber innerhalb dieser Gruppen ist die traditionelle Parteibindung fast unverändert (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 6: Parteiorientierung der Arbeiter (Ost), in Prozent

	Volkskammerwahl März 1990		Bundestagswahl Dezember 1990		Umfrage 1991	
	Gesamt	Arbeiter	Gesamt	Arbeiter	Gesamt	Arbeiter
CDU	41	47	43	50	33	38
SPD	22	22	24	25	36	38
FDP	5	4	14	11	11	9
Bü 90/GRÜ	2	2	8	5	10	7
PDS	16	12	8	5	6	3

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagbefragung Volkskammerwahl am 18. 3. 90 (n = 12 074), Bundestagswahl am 2. 12. 1990 (n = 7 615) und Kumulation Politbarometer-Ost 1991 (n = 11 911).

Auch die Kumulation der Politbarometer-Umfragen in Westdeutschland aus dem Jahre 1991 zeigt trotz des im Vergleich zur Bundestagswahl deutlich veränderten Stimmungsbildes für die einzelnen Parteien insgesamt keine Veränderungen der jeweiligen sozialstrukturellen Schwerpunkte insbesondere der beiden großen Parteien. Das heißt, die Stimmungverschlechterungen für die Union bzw. die deutliche Verbesserung für die SPD erfolgte relativ gleichmäßig in den verschiedenen demographischen Untergruppen.

Im Osten Deutschlands fand die CDU von Anfang an bei den Arbeitern größeren Zuspruch als in den meisten anderen Berufsgruppen, nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeiter im ehemaligen „Arbeiter- und Bauernstaat“ unter den katastrophalen Produktionsbedingungen am meisten zu leiden hatten. Wie die Tabelle 6 zeigt, konnte sich die CDU auch bei den folgenden Wahlen, insbesondere bei der Bundestagswahl, weiterhin auf die Arbeiter Ostdeutschlands stützen. Selbst nach der massiven Stimmungverschlechterung für die CDU, die unmittelbar nach der Bundestagswahl eintrat, fand die CDU bei den Arbeitern 1991 immer noch eine größere Zustimmung als bei der Bevölkerung insgesamt. Daran haben auch die Massenentlassungen und Betriebsschließungen, die ja in erster Linie die Arbeiter treffen, kaum etwas geändert. Insofern ist der deutliche Unterschied bei den sozialstrukturellen Schwerpunkten der beiden großen Parteien zwischen Ost- und Westdeutschland weitgehend erhalten geblieben. Dies ist um so erstaunlicher, als im Osten Deutschlands die Gewerkschaften einen deutlich höheren Organisationsgrad haben als in Westdeutschland. Während im Westen lediglich ein gutes Drittel der Befragten angibt, daß sie selbst oder eine andere Person im Haushalt Mitglied in einer Gewerkschaft ist, sind die Gewerkschaften in Ostdeutschland in 45 % al-

ler Haushalte mit mindestens einem Mitglied vertreten.

Bemerkenswert an den Ergebnissen der ersten freien Parlamentswahl in der DDR (März 1990) war auch die, verglichen mit dem Westen, relativ geringe Abhängigkeit der Parteipräferenzen vom Alter der Wähler (vgl. Tabelle 7).

Zwar hat bei der Volkskammerwahl die CDU bei den über 40jährigen etwas besser abgeschnitten als bei den unter 40jährigen wie auch umgekehrt das Bündnis 90 und die GRÜNEN bei den jüngeren Wählern etwas bessere Ergebnisse erzielten als bei den älteren, aber die Unterschiede zwischen der jüngsten Altersgruppe und der ältesten betragen bei der CDU nur vier sowie bei Bündnis 90 und GRÜNEN nur sechs Prozentpunkte. Im Westen sind bei der Union und bei den GRÜNEN jeweils eher 15 Prozentpunkte üblich. Bei SPD und FDP hingegen sind auch in Westdeutschland nicht so große altersbedingte Unterschiede des Abschneidens dieser beiden Parteien die Regel.

Wie Tabelle 7 zeigt, haben sich bereits bei der Bundestagswahl 1990 auch im Osten gewisse altersbedingte Strukturveränderungen bei CDU und Bündnis 90/GRÜNEN ergeben, wobei die CDU bei den über 59jährigen überdurchschnittlich zulegen konnte, ohne daß sie bei den Jüngeren nennenswerte Einbußen hatte. Bündnis 90/GRÜNE wiederum konnten bei den unter 40jährigen deutlich zulegen, ohne bei den Älteren zu verlieren.

Die Entwicklung im Jahre 1991 hat trotz der deutlichen Veränderung der absoluten Höhe der Stimmenanteile der Parteien an den Schwerpunkten der einzelnen Parteien im Hinblick auf das Alter wenig geändert. Während sich die Stimmenanteile von SPD und FDP relativ gleichmäßig auf die einzel-

Tabelle 7: Alter und Parteipräferenz (Ost), in Prozent

	Altersgruppen						Gesamt
	bis 24	25 - 29	30 - 39	40 - 49	50 - 59	über 59	
<i>Volkskammerwahl März 1990</i>							
CDU	38	36	39	45	44	42	41
SPD	18	21	19	20	26	27	22
FDP	5	5	5	6	5	6	5
Bü 90 + GRÜ	8	7	7	4	3	2	5
PDS	18	19	20	15	13	14	16
<i>Bundestagswahl Dezember 1990</i>							
CDU	36	40	39	43	46	49	43
SPD	23	24	25	23	25	26	24
FDP	11	12	13	17	15	12	14
Bü 90/GRÜ	14	11	12	5	5	2	8
PDS	10	8	8	8	6	9	8
<i>Umfrage 1991</i>							
CDU	24	28	30	35	32	39	33
SPD	31	36	36	35	40	36	36
FDP	12	10	12	14	12	9	11
Bü 90/GRÜ	17	15	13	9	7	4	10
PDS	8	7	5	5	6	7	6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Wahltagbefragung Volkskammerwahl am 18. 3. 90 (n = 12 074), Bundestagswahl am 2. 12. 1990 (n = 7 615) und Kumulation Politbarometer-Ost 1991 (n = 11 911).

nen Altersgruppen verteilen, hat sich die altersmäßige Ausdifferenzierung bei der CDU und bei Bündnis 90/GRÜNE weiter leicht in Richtung auf das von der alten Bundesrepublik bekannte Muster fortentwickelt, ohne jedoch die dortigen Unterschiede in voller Höhe zu erreichen.

Der wichtigste Faktor für das Abschneiden der Union in Westdeutschland, nämlich die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche, spielt in Ostdeutschland keine besonders große Rolle, da dort die Katholiken mit rund 6 % bei 33 % Protestanten und 60 % Konfessionslosen nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Dennoch findet sich das aus dem Westen bekannte Muster auch in Ostdeutschland: Während die CDU im Jahresdurchschnitt 1991 in Ostdeutschland insgesamt auf 33 % bei der Wahlabsicht kommt, wird sie von den dortigen Katholiken von 51 % präferiert, bei den Protestanten kommt sie auf 43 % und bei den Konfessionslosen lediglich auf 24 %. Ähnliche Werte ergaben sich bereits bei der Volkskammerwahl 1990: insgesamt 41 %, Katholiken 66 %, Protestanten 54 %, Konfessionslose 30 %.

VI. Starke Meinungsänderungen

Umfragen nach der ersten freien Wahl in der DDR zeigten bereits 1990 eine hohe Flexibilität der Ostdeutschen in bezug auf die Parteienpräferenz und eine starke Orientierung an ökonomischen Sachfragen. Beides ist nicht verwunderlich, denn es konnte ja keine besonderen Bindungen der Wähler im Osten an bestimmte Parteien geben, die im Westen die Stabilität des Wahlverhaltens weitgehend begründet. Nach der erreichten Freiheit war das nächste Ziel der Ostdeutschen die Verbesserung der materiellen Verhältnisse. Das Jahr nach der Vereinigung und der ersten gesamtdeutschen Wahl verdeutlicht diese Grundhaltung im Osten eindrucksvoll: In den Medien thematisierte ökonomische Schwierigkeiten finden ihren unmittelbaren Niederschlag bei der jeweils geäußerten Wahlabsicht. Dennoch gibt es auch Hinweise, daß sich die Parteienstruktur des Ostens weiter an die des Westens annähert. Die Prinzipien und die Funktionsweisen der Demokratie werden akzeptiert, auch

wenn der Prozeß der Angleichung vielen Ostdeutschen noch nicht schnell genug geht.

Im Westen verläuft die Entwicklung für die Parteien zwar in die gleiche Richtung wie im Osten, aber deutlich moderater. Bemerkenswert ist, daß sich in der Vergangenheit die Stimmung für die Regierungsparteien nach gewonnenen Wahlen noch nie so früh verschlechtert hat wie dieses Mal. Es gab aber auch noch nie so einschneidende Maß-

nahmen einer Regierung nach einer Wahl. Zwar waren die Steuererhöhungen durch weltpolitische Ereignisse und vor allem durch die in ihren Ausmaßen nur schwer kalkulierbaren ökonomischen Folgen des Einigungsprozesses bedingt, aber Wähler reagieren nun mal nach ihren eigenen Interessen. Besonders stark reagieren sie dann, wenn sie aus wahltaktischen Motiven auf die anstehenden Probleme nicht ausreichend aufmerksam gemacht worden sind.

Die Wahlchancen von CSU und DSU in den neuen Bundesländern

I. Varianten einer Ausweitung der CSU

Vor ziemlich genau einem Jahr erfuhr die bereits im Vorfeld der Wiedervereinigung ausgebrochene CSU-interne Auseinandersetzung um eine mögliche Ausbreitung der Partei über die Grenzen Bayerns hinaus eine Neuauflage. Wieder ging es darum, ob eine bundesweite Kandidatur oder zumindest eine Ausdehnung der Partei in die neuen Bundesländer hinein den wiedervereinigungsbedingten Gewichtsverlust der CSU auffangen, ja die mit dem Tod von Franz Josef Strauß zurückgegangene bundespolitische Bedeutung der Partei vielleicht sogar steigern könne. Bekanntlich entschied sich die Parteiführung nach teilweise heftigen, auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten dafür, sich auf Bayern zu beschränken und lediglich durch die materielle, organisatorische und programmatische Unterstützung der dahinsiechenden „Schwesterpartei“ DSU (Deutsche Soziale Union) in den neuen Bundesländern Präsenz zu zeigen.

Erleichtert wurde diese Entscheidung sicherlich durch die aus früheren Anlässen noch im Raum stehende Drohung der CDU (auch Franz Josef Strauß hatte vor Jahren schon einmal mit einer bundesweiten Kandidatur seiner Partei geliebäugelt), im Falle einer Expansion der CSU über die Grenzen Bayerns hinaus sich auch in Bayern zur Wahl zu stellen. Eine solche Konkurrenz innerhalb Bayerns hätte mit Sicherheit – das konnte sich jeder leicht ausrechnen, der das wahlpolitische Einmaleins beherrscht – das Ende der schon fast strukturell anmutenden absoluten CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag und in den meisten Gemeinden bedeutet. Durch den Zwang, mit einer dann auch in Bayern vertretenen CDU Koalitionen eingehen zu müssen, hätte die CSU ihren Quasi-Staatsparteicharakter samt der meisten damit verbundenen Funktionsvorteile und Privilegien aufgeben müssen. Mit hoher Wahrscheinlich-

keit wäre sie zu einer 30-Prozent-Partei geschrumpft, die nicht nur ganze Landstriche, sondern auch einen Teil ihrer Führungs- und Organisationseliten an die christdemokratische Konkurrenz abgegeben und überdies geradezu zwangsläufig Elemente ihrer bayerischen Identität verloren hätte – jener regionalen und landsmannschaftlichen Verwurzelung der Partei, die nicht zuletzt die Basis ihrer Herrschaft ausmacht.

Außerhalb Bayerns wäre die CSU zwar durchaus in der Lage gewesen, Wähler für sich zu mobilisieren, wie wir in einer vor Jahresfrist veröffentlichten Analyse nachweisen konnten¹. Ja, sie hätte vermutlich sogar in den alten Bundesländern ihren Gesamtstimmenanteil geringfügig vergrößern können; doch wären, wie wir zeigen konnten, ihre Zugewinne fast vollständig zu Lasten der CDU erfolgt, so daß daraus keine nennenswerte Verbreiterung der Unionsbasis resultiert hätte. Nördlich der Mainlinie wäre überdies bei Landtagswahlen die CSU höchstwahrscheinlich fast durchweg an der Fünfprozenthürde gescheitert, so daß die für sie abgegebenen Stimmen dem Unionslager verlorengegangen wären.

Diese Diagnose blieb mangels weiterer verfügbarer Umfragedaten auf die alten Bundesländer beschränkt. In der Zwischenzeit liegen jedoch einschlägige Befragungsergebnisse aus den neuen Bundesländern vor, die im folgenden dargestellt und diskutiert werden. Die Untersuchung verfolgt grundsätzlich die gleiche Zielsetzung wie unsere Veröffentlichung aus dem Vorjahr: eine Abschätzung der Wahlchancen der CSU im Falle einer bundesweiten Kandidatur, wobei jedoch in den ersten Abschnitten der Vergleich des CSU-Potentials in den alten und neuen Bundesländern im Vordergrund steht. Hinzu kommt ein paralleler Blick auf die Wähler und die Wahlaussichten der CSU-Schwester DSU. Weiter wollen wir fragen,

1 Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Konsequenzen einer bundesweiten Kandidatur der CSU bei Wahlen. Eine in die unmittelbare Vergangenheit gerichtete Prognose, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11-12/91, S. 33-45.

woher die präsumtiven ostdeutschen CSU-Wähler kommen, bei welchen Gruppen sie über- oder unterrepräsentiert sind und welche sozialen Strukturen und politischen Einstellungen die Sympathien oder Antipathien gegenüber der CSU in den neuen Bundesländern bestimmen.

Grundlage der nachstehenden Analyse sind drei Umfragen, die im Frühjahr 1991 und im Januar 1992 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes über „Erklärungsmodelle von Wählerverhalten“ auf dem Gebiet der alten und der neuen Bundesländer durchgeführt worden sind. Die Umfrage aus dem Frühjahr 1991 stellt die erste von zwei Befragungswellen aus dem genannten Forschungsprojekt auf dem Gebiet der neuen Bundesländer dar; bei den beiden Umfragen vom Januar 1992 handelt es sich um Einschaltungen einschlägiger Indikatoren in Mehrthemenumfragen, die zeitlich parallel in Ost- und Westdeutschland durchgeführt wurden. Grundgesamtheit war in allen Fällen die wahlberechtigte Wohnbevölkerung der alten oder neuen Bundesländer, Befragungsmethode das sogenannte Face-to-face-Interview, also die Befragung mit Hilfe von Interviewern. Die Stichprobe wurde durch die sog. Random-Route-Technik, ein zufallsangenehertes Erhebungsverfahren, ermittelt. Innerhalb der üblichen statistischen Fehlertoleranzen können die Ergebnisse als repräsentativ für die Wahlberechtigten der alten und neuen Bundesländer gelten².

II. Die voraussichtlichen CSU-Stimmen bei einer Ausdehnung der Partei

In unserer früheren Befragung gaben in den alten Bundesländern im Frühjahr 1990, zusammenge-

2 Diese Fehlertoleranzen liegen angesichts einer zweistufigen Zufallsziehung und einer Befragtenzahl von 1000 bei maximal +/-4,5 Prozentpunkten; vgl. Ferdinand Böltken, Auswahlverfahren. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler, Stuttgart 1976, S. 370; s. a. die schneidende, häufig überpolemische und über das Ziel hinausschießende, aber sachlich nicht ungerechtfertigte Kritik an der Interpretationspraxis vieler Umfrageinstitute (und, wie man gerechterweise hinzufügen muß, auch vieler Wahlforscher) von Fritz Ulmer, Wahlprognosen und Meinungsumfragen. Der Lotteriencharakter des repräsentativen Querschnitts und der Ablaßhandel mit Prozentzahlen, in: Zeitschrift für Markt-, Meinungs- und Zukunftsforschung, (1992) 30-31.

nommen rund 48 Prozent an, für eine der beiden Unionsparteien stimmen zu wollen, falls es zu einer bundesweiten Kandidatur der CSU und im Gegenzug zu einer Ausdehnung der CDU nach Bayern käme³. Auf die genau gleiche Frage äußerten im Januar 1992 wiederum 48 Prozent der westdeutschen Befragten eine Wahlabsicht zugunsten einer der beiden Unionsparteien (vgl. Tabelle 1). Im Osten waren es etwas weniger, nämlich „nur“ 44 Prozent. Unterschiede im Ergebnis der beiden Umfragen bestehen hinsichtlich der Parteistärken von CDU und CSU: Waren es vor zwei Jahren im Westen noch 37 Prozent, die für die CDU stimmen und 11 Prozent, die CSU wählen wollten, so belief sich der Anteil der CSU-Wähler im Januar 1992 auf 16 Prozent, während der CDU-Anteil auf 32 Prozent zurückging. Sollte die CSU heute im Westen eine bessere Ausgangsposition für eine Ausdehnung haben als noch vor zwei Jahren? Die Frage so zu stellen, heißt schon fast, sie zu verneinen. Denn da es sich um Zufallsstichproben (oder genauer: zufallsangeneherte Stichproben) handelt, darf man nicht unbesehen punktuelle Resultate miteinander vergleichen (wie dies so oft bei der Interpretation von Umfragedaten geschieht), sondern lediglich Bandbreiten von Meßergebnissen. In beiden Fällen jedoch, dem Vergleich der CSU-Ergebnisse wie dem der CDU-Ergebnisse aus den Jahren 1990 und 1992, liegen die sog. Vertrauensintervalle der Meßwerte so nahe beieinander, ja sie überlappen sich sogar leicht, so daß die gemessene CSU-Zunahme – ebenso wie der Rückgang der CDU – durchaus das Ergebnis zufallsbedingter Schwankungen sein kann.

Ferner ist bei der Interpretation der Zahlenwerte von Tabelle 1 – wie auch aller anderen Tabellen in dieser Untersuchung – zu berücksichtigen, daß wir unsere Umfrage ganz bewußt zwar soziodemographisch, nicht jedoch politisch gewichtet haben. Die ebenfalls von uns berechneten, mittels des Verfahrens der sogenannten Rückerinnerungs- bzw. Recallgewichtung bereinigten, politisch gewichteten

3 Die Frageformulierung lautete damals wie heute: „Wenn die CSU bei der kommenden Bundestagswahl bundesweit kandidieren würde, dann wäre die CSU auch außerhalb Bayerns, die CDU wiederum in Bayern wählbar. Welche Partei würden Sie unter diesen Voraussetzungen bei der nächsten Bundestagswahl wählen?“. Zur Beantwortung wurde dem Befragten eine Liste mit folgenden Angaben vorgelegt: (1) CDU, (2) CSU, (3) SPD, (4) F.D.P., (5) PDS, (6) Republikaner, (7) Die Grünen/Bündnis '90, (8) Sonstige Partei, (9) würde nicht wählen.

Tabelle 1: Die Stärke der CSU im Falle einer bundesweiten Kandidatur – Ergebnisse einer Befragung in den alten und neuen Bundesländern im Januar 1992

	CSU	CDU	UNION
Alte Bundesländer	16	32	48
Neue Bundesländer	5	39	44
Bundesrepublik insgesamt	14	33	47

Angaben: Prozent der Befragten mit Nennung einer Partei.

Lesehilfe: Insgesamt 14 Prozent der Befragten gaben im Januar 1992 an, im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU für diese Partei stimmen zu wollen. In den alten Bundesländern waren es rund 16 Prozent, in den neuen Bundesländern ca. 5 Prozent.

Quelle: Zwei Repräsentativumfragen des EMNID-Instituts unter der wahlberechtigten Bevölkerung der alten und neuen Bundesländer einschließlich West- und Ost-Berlins im Januar 1992 mit jeweils ca. 1 000 Befragten. Die Daten wurden soziodemographisch gewichtet.

Meßwerte⁴ weisen im Westen ein um etwa zwei Prozentpunkte niedrigeres CSU-Ergebnis aus als das in Tabelle 1 referierte; hierdurch würden sich die Vertrauensintervalle vollends überlappen und die Differenzen zwischen 1992 und 1990 wären somit statistisch nicht mehr signifikant, was wiederum nichts anderes bedeuten würde, als daß beide Meßwerte genausogut übereinstimmen oder sich unterscheiden können. Als Basis für die strategische Entscheidung der CSU, sich bundespolitisch auszudehnen, können diese Ergebnisse folglich auf keinen Fall dienen.

Hinzu kommt, daß die CSU unserer Umfrage zufolge in den neuen Bundesländern gegenwärtig derart schwach repräsentiert wäre, daß sie noch nicht einmal in allen Ländern hoffen könnte, bei Landtagswahlen über die Fünfprozenthürde des jeweiligen Wahlgesetzes zu gelangen. Nur jeder zwanzigste ostdeutsche Befragte äußerte auf die entsprechende Frage eine CSU-Wahlabsicht⁵. Damit wird deutlich, daß mit an Sicherheit grenzen-

der Wahrscheinlichkeit auch die zweite, neben der bundesweiten Ausdehnung in der Öffentlichkeit diskutierte Kandidaturvariante, eine auf die neuen Bundesländer begrenzte Ausbreitung der Partei, nicht zu dem gewünschten Resultat einer nachhaltigen bundespolitischen Stärkung der CSU führen würde. Zwar würde sich die CSU bei Realisierung dieser Variante gegenüber dem Status quo laut der beiden von uns ausgewerteten Umfragen aus dem Januar 1992 bundesweit von gegenwärtig acht auf zehn Prozent verbessern, wie aus Tabelle 2 ersichtlich wird; doch ist dieses Ergebnis wiederum statistisch nicht signifikant, so daß man auch hierauf keine weiterreichenden strategischen Folgerungen aufbauen sollte.

III. Das Stimmenpotential der Unionsparteien in den neuen Bundesländern

Über eines muß man sich im klaren sein: Untersuchungen über die Wahlchancen einer bisher nicht kandidierenden Partei beruhen auf hypothetischen Fragen, die häufig genug die Vorstellungskraft des Normalbefragten überfordern. Aus diesem Grunde erscheint es angebracht, das Stimmenpotential der CSU mit Hilfe mehrerer unterschiedlicher Indikatoren zu erfassen. Dies erfolgt in Tabelle 3, wo nach Ost und West getrennt neben der

⁵ Nach Recallgewichtung liegt der CSU-Wert im Osten um einen Prozentpunkt, der der CDU sogar um sechs Prozentpunkte niedriger als in Tabelle 1 ausgewiesen.

Tabelle 2: Die Stärke der CSU im Bundesgebiet im Januar 1992 unter der Annahme unterschiedlicher Kandidaturvarianten

Kandidaturvariante	CSU	CDU	UNION
a) CSU kandidiert nur in Bayern	8	33	41
b) CSU kandidiert bundesweit	14	33	47
c) CSU kandidiert nur in Bayern und in den fünf neuen Bundesländern	10	33	43

Angaben: Prozent der „gültigen“, d. h. von den Befragten abgegebenen Parteistimmen (ohne Nichtwähler, „Weiß nicht“, „Keine Antwort“).

Lesehilfe: Im Falle einer bundesweiten Kandidatur (b) wäre die CSU im Frühjahr 1992 in der Bundesrepublik auf ca. 14 Prozent gekommen; im Falle einer auf die neuen Bundesländer und Bayern beschränkten Kandidatur (c) würden rund 10 Prozent der Befragten im Bundesgebiet CSU wählen, im Falle des Status quo, also einer auf Bayern beschränkten Kandidatur (a) etwa 8 Prozent.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

üblichen, von fast allen Meinungsforschungsinstituten regelmäßig gestellten „Wahlsonntagsfrage“⁶ einerseits nach einer anderen Partei gefragt wird, die man eventuell einmal bei Bundes- oder Landtagswahlen wählen könnte⁷, andererseits nach den Parteien, für die man unter keinen Umständen stimmen möchte⁸; schließlich enthält Tabelle 3 auch noch die Resultate zweier weiterer Fragen nach der eventuellen CSU-Wahlabsicht und nach dem Vorliegen und der Ausprägung längerfristiger Bindungen an die Unionsparteien⁹.

6 In der im Januar 1992 von EMNID verwendeten Version lautet die Wahlsonntagsfrage: „Welche Partei würden sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären? Nennen Sie bitte die Nummer der Partei, für die Sie sich entscheiden würden.“ Dem Befragten wurde dann eine Liste mit folgenden Alternativen vorgelegt: (1) CDU, (2) CSU (Ost: DSU), (3) SPD, (4) F.D.P., (5) PDS, (6) Republikaner, (7) Die Grünen/Bündnis 90, (8) Sonstige Partei, (9) keine von allen/werde nicht wählen.

7 Die Frageformulierung lautet wie folgt: „Könnten Sie sich vorstellen, bei Bundes- oder Landtagswahlen eventuell auch einmal anders als eben genannt zu wählen? Bitte nennen Sie mir wieder die Nummer.“ Die Befragten bekamen dann noch einmal die gleiche Liste vorgelegt wie bei der Wahlsonntagsfrage.

8 Die Formulierung dieser an die vorstehende Frage unmittelbar anschließenden Frage lautet: „Und welche dieser Parteien kommen für Sie überhaupt nicht in Betracht?“ Folgende Liste wurde den Befragten dabei vorgelegt: (1) CDU, (2) CSU (im Osten: DSU), (3) SPD, (4) F.D.P., (5) PDS, (6) Republikaner, (7) Die Grünen/Bündnis 90, (8) Sonstige Parteien.

9 Es handelt sich hier um die bekannte Parteiidentifikationsfrage: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“ Den Befragten wurde dann folgende Liste vorgelegt: „Neige einer Partei zu, und zwar: (1) der CDU, (2) der CSU, (3) der SPD, (4) der F.D.P., (5) den Grünen, (6) Bündnis 90, (7) den Republikanern, (8) der DSU, (9) der PDS, (10) einer anderen Partei, (11) nein, neige keiner bestimmten Partei zu.“

Es bestätigt sich, daß das CSU-Potential in den neuen Bundesländern begrenzt ist. Nur fünf (oder genauer: zwischen drei und sieben) Prozent der Befragten würden sie heute wählen, und gerade ein Prozent der Wahlberechtigten im Osten bezeichnet sich im Sinne des Parteiidentifikationskonzeptes als längerfristige Anhänger der CSU. Die CDU kommt in den neuen Bundesländern 1992, was die längerfristigen Parteibindungen angeht, immerhin auf 18 Prozent. Im Westen dagegen identifizierten sich Anfang 1992 rund 34 Prozent aller Befragten mit einer der beiden Unionsparteien, 27 Prozent mit der CDU und sieben Prozent mit der CSU. Da auch der Prozentsatz der längerfristigen SPD-Anhänger im Osten um fast zwölf Prozentpunkte niedriger liegt als im Westen, können diese niedrigen Identifikationsraten als Indiz dafür angesehen werden, daß trotz der Wahlergebnisse des Jahres 1990 das etablierte westdeutsche Parteiensystem in den Herzen der Ostdeutschen noch nicht so stark verankert ist wie im Westen. Hierfür sprechen auch die im Januar mit rund 20 Prozent Nennungen fast doppelt so hoch wie im Westen liegenden „Nichtwähleranteile“; gemeint ist damit der Prozentsatz von Befragten, die angeben, sich nicht an der Wahl beteiligen zu wollen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen stattfänden.

Weiter geht aus Tabelle 3 hervor, daß die DSU nach wie vor – wenn auch geringe – Wahlchancen besitzt. Von drei Prozent der Befragten wurde sie im Zusammenhang mit der Wahlsonntagsfrage genannt, d. h. das Wahlpotential der DSU dürfte gegenwärtig zwischen einem und fünf Prozent liegen; weitere fünf Prozent meinten, eventuell einmal für sie stimmen zu können. Als nicht wählbar bezeichneten 27 Prozent der Westdeutschen die CSU und 26 Prozent der Ostdeutschen die DSU.

Tabelle 3: Das Stimmenpotential der Unionsparteien in den alten und neuen Bundesländern im Januar 1992

Indikator	alte Bundesländer			neue Bundesländer		
	CSU	CDU	DSU	CSU	CDU	DSU
Normale Wahlsonntagsfrage	10	31	–	–	42	3
Wahlsonntagsfrage mit CSU bundesweit	16	32	–	5	39	–
Eventuell andere Partei wählen	11	25	–	–	13	5
Partei nicht wählbar	27	23	–	–	17	26
Parteiidentifikation	7	27	0	1	18	1

Angaben: Prozent der in den alten und neuen Bundesländern insgesamt befragten Personen.

Lesehilfe: In den alten Bundesländern würden im Falle einer CSU-Kandidatur rund 16 Prozent für die CSU stimmen, in den neuen Bundesländern rund 5 Prozent.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Tabelle 4: Die Stärke der Unionsparteien in den neuen Bundesländern im Falle des Status quo und im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU

	Kandidaturvariante				Anzahl der Befragten
	Status quo		Bundesweit		
	DSU	CDU	CSU	CDU	
Mecklenburg-Vorpommern	2	32	2	32	166
Brandenburg	3	33	5	27	191
Ost-Berlin	6	42	6	34	84
Sachsen-Anhalt	6	42	7	41	187
Thüringen	7	41	10	35	179
Sachsen	1	51	3	50	304
Nord (M-VP, Brbg, Sa-Anh, O-Berl)	4	37	5	34	628
Süd (Th, SA)	3	48	6	45	483
Neue Bundesländer insgesamt	3	42	5	39	1 111

Angaben: Prozent der innerhalb des jeweiligen Bundeslandes bzw. der jeweiligen Region erhobenen Befragten, die im Januar 1992 für die CDU, CSU oder DSU stimmen wollten (ohne Nichtwähler, „Weiß nicht“ und „Keine Antwort“).

Lesehilfe: In den nördlichen neuen Bundesländern würden im Falle einer CSU-Kandidatur rund 5 Prozent für die CSU stimmen, in den südlichen neuen Bundesländern rund 6 Prozent; im Falle des Status quo erhalte die DSU schätzungsweise 4 Prozent im Norden und 3 Prozent im Süden.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Blickt man auf die regionale Stärke der Unionsparteien innerhalb der neuen Bundesländer, die in Tabelle 4 wiedergegeben ist, so sticht zwar im Zusammenhang mit der CDU-Wahlabsicht unter den gegenwärtigen wie auch unter den hypothetisch vorausgesetzten Verhältnissen das klare, auch von den Wahlen 1990 bekannte Süd-Nord-Gefälle ins Auge. Die Hochburgen der DSU hingegen scheinen sich mittlerweile etwas verlagert zu haben: In Sachsen äußerte nur noch ein Prozent der Befragten eine DSU-Wahlabsicht, in Thüringen hingegen gaben sich sieben und in Sachsen-Anhalt und Ost-Berlin immerhin sechs Prozent als DSU-Anhänger

zu erkennen. Wenn man allerdings die relativ großen Vertrauensintervalle berücksichtigt, die sich aufgrund der teilweise sehr geringen Befragtenzahlen in den einzelnen Ländern ergeben, verlieren die festgestellten Differenzen erheblich an Dramatik. Dann liegt der DSU-Anteil in Thüringen irgendwo (und zwar mit der gleichen Wahrscheinlichkeit!) zwischen drei und elf Prozent, in Ost-Berlin zwischen einem und elf Prozent und in Sachsen zwischen null und drei Prozent. Im Zusammenhang mit der CSU-Wahlabsicht stechen vor allem die hohen Werte in Thüringen und Sachsen-Anhalt und die erstaunlich niedrigen Werte in

Tabelle 5: Die parteipolitische Herkunft des CSU-Potentials in den neuen Bundesländern

Von 100 Wählern der untenstehenden Partei würden im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU wählen:							
	CDU	DSU	SPD	FDP	Grü/B90	PDS	Nichtw
	Spaltenprozent						
CDU	89	2	3	7	3	0	2
CSU	5	40	2	2	1	0	1
SPD	2	48	90	0	7	7	4
FDP	1	4	1	83	0	0	1
Grüne/B 90	0	1	0	0	76	0	5
PDS	0	0	0	0	0	87	2
Nichtwähler	3	3	6	7	13	5	83
Anzahl der Befragten	321	36	312	51	55	44	186

Angaben: Anteil der jeweiligen Parteiwähler gemäß der „normalen“ Wahlsonntagsfrage.

Lesehilfe: Von den Befragten mit CDU-Wahlabsicht wollten im Januar 1992 im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU rund 89 Prozent wieder CDU wählen, etwa 5 Prozent CSU etc.

Quelle: Vgl. Tabelle 1.

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen ins Auge, für die natürlich analoge Schwankungsbreiten gelten wie für die DSU.

IV. Zur parteipolitischen Herkunft der CSU-Wähler

Eines der wichtigsten Ergebnisse unserer Analyse über die Konsequenzen einer bundesweiten CSU-Kandidatur in den alten Bundesländern war die Erkenntnis, daß sich bei einer Expansion der CSU über die bayerischen Grenzen hinaus die Gewichte zwischen den beiden C-Parteien nicht wesentlich verschieben würden. Dies deutete auf ein sog. Nullsummenspiel hin, in dem der eine Partner immer nur so viel gewinnen kann, wie der andere verliert. Wir wollen im folgenden prüfen, ob dies auch für die neuen Bundesländer Geltung besitzt, ob also die CSU-Stimmen hauptsächlich von den beiden Schwesterparteien stammen oder ob durch eine CSU-Kandidatur auch bisherige Nichtwähler und Anhänger anderer Parteien angezogen würden. Wir kombinieren zu diesem Zwecke in Tabelle 5 die bereits geschilderte „CSU-Frage“¹⁰ mit der Wahlsonntagsfrage, also der Frage nach dem Abstimmungsverhalten, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären.

Die weitaus meisten, nämlich rund drei Viertel der präsumentiven CSU-Wähler, würden ähnlich wie im Westen tatsächlich von der CDU und – dies stellt eine östliche Besonderheit dar – von der DSU abgezogen werden. Daß die CDU im Saldo nicht in gleichem Maße Wähler verlieren würde, sondern sowohl bundesweit als auch innerhalb der alten und neuen Bundesländer weitestgehend stabil bliebe, hat damit zu tun, daß sie in einem solchen Falle vermutlich einige Wähler anderer Parteien und erklärte Nichtwähler zu sich herüberziehen könnte. Die in Tabelle 2 zu beobachtende Steigerung des Unionspotentials von 41 Prozent im Falle des Status quo auf 43 Prozent im Falle einer auf die fünf neuen Bundesländer beschränkten Ausbreitung der CSU und 47 Prozent im Falle ihrer bundesweiten Kandidatur wäre hauptsächlich das Ergebnis von Binnenwanderungen von der CDU zur CSU bei gleichzeitigen Zugewinnen der CDU von anderen Parteien und aus dem Nichtwählerlager.

V. Die Wahl von CSU, DSU und CDU in den sozialen Gruppen

Von welchen Kategorien von Wählern werden die drei Unionsparteien in den neuen Bundesländern über- bzw. unterdurchschnittlich stark unterstützt? Dies wird anhand der Wahlsonntagsfrage und der CSU-Frage untersucht. Tabelle 6 gibt die Wahlab-

¹⁰ Vgl. Anm. 3.

sicht der sozialen Gruppen sowohl im Falle einer bundesweiten Kandidatur der CSU als auch bei Weitergeltung des Status quo wieder. Wegen der relativ geringen Zahl von Befragten mit CSU- oder DSU-Wahlabsicht verzichteten wir, anders als in unserer Analyse über die alten Bundesländer, auf eine Aufgliederung der Parteianhänger nach der sozialen Herkunft. Dennoch eröffnet Tabelle 6 mindestens vier unterschiedliche Vergleichsperspektiven, nämlich den Vergleich zwischen CDU- und CSU-Wahlabsicht im Falle einer bundesweiten CSU-Kandidatur, ferner den Vergleich von präsumtiven CSU-Wählern und Anhängern der DSU, weiter einen Vergleich der CDU-Anhänger nach der Wahlsonntagsfrage und der CSU-Frage und schließlich den Vergleich des gesamten Unionslagers für die beiden untersuchten Kandidaturvarianten.

Ein erster Blick auf Tabelle 6 belegt, daß im Januar 1992 für das Unionspotential in den neuen Bundesländern strukturell die gleichen Ausprägungen gelten wie schon im Wahl- und Vereinigungsjahr 1990: Vor allem die CDU erweist sich, unabhängig von der erhobenen Kandidaturvariante, als schwächer bei den jungen und stärker bei den älteren Wählern; von Männern erhält sie mehr Stimmen als von Frauen; bei kirchlich gebundenen Wählern, allen voran bei der – allerdings sehr kleinen – Gruppe der Katholiken, erweist sie sich als überdurchschnittlich erfolgreich, während sie bei den im Osten zahlenmäßig dominierenden konfessionell nicht gebundenen Wählern relativ schlecht abschneidet; einen klaren Stimmenvorsprung weist sie bei Befragten mit Hauptschulabschluß und bei an- und ungelerten Arbeitern sowie Facharbeitern und Selbständigen auf, ein Phänomen, das die Wahlforscher schon 1990 zum Grübeln brachte; und schließlich ist die CDU auf dem Lande und in kleineren Gemeinden im Januar 1992 sehr viel erfolgreicher als in der Großstadt; bei Haus- und Wohnungseigentümern erfährt sie deutlich stärkere Unterstützung als bei Mietern¹¹. Zwischen der CDU und der DSU sind die Unterschiede eher gering. Die Zustimmung zur DSU verläuft innerhalb der sozialen Gruppen – wenn auch auf sehr viel niedrigerem Niveau – strukturell recht ähnlich wie bei der CDU. Dies bedeutet, daß beide Parteien weitest-

gehend um die gleichen sozialen Schichten kämpfen, d. h. auch: sich gegenseitig die Stimmen wegnehmen.

Das CSU-Potential weist im Vergleich hierzu – anders als im Westen, wo sich CDU und CSU von der sozialen Zusammensetzung ihrer Anhänger her gesehen nicht nennenswert unterscheiden würden – einige Abweichungen auf. Dies gilt weniger für die Kirchenbindung als beispielsweise für die Gewerkschaftsmitgliedschaft, den Wohnorttypus (die CSU erhält doppelt so viele Nennungen in Großstädten als auf dem Lande) und beim Einkommen, wo die CSU sehr viel mehr Anhänger unter den schlechter Verdienenden als unter Personen mit höherem Einkommen aufweist. Der Vergleich von CSU und DSU schließlich belegt eine Reihe von Parallelen zwischen den beiden Wählergruppen, aber auch einige gravierende Differenzen (vgl. Abbildung). Dies gilt etwa für die einzelnen Alterskategorien, die Affinität von Arbeitern zu beiden Parteien (hier ist die DSU bei den an- und ungelerten, die CSU dagegen bei den qualifizierten Arbeitern stärker) oder die Gewerkschaftsmitgliedschaft, wo die CSU bei Gewerkschaftsmitgliedern deutlich mehr Zustimmung zu erfahren scheint als bei den Nichtmitgliedern, während die DSU hier in beiden Gruppen eine durchschnittliche (wenn auch naturgemäß geringe) Unterstützung erfährt.

VI. Soziale und mentale Merkmale der CSU-Sympathisanten

Es stellt sich angesichts dieser Ergebnisse die Frage, ob die CSU im Osten möglicherweise als eine Alternative für frustrierte, zu kurz gekommene Unionsanhänger fungiert. Dies wird durch einen Blick auf die Einstellungen von potentiellen Anhängern der CSU im Osten untersucht. Dazu ist es nötig, sowohl den Indikator für CSU-Affinität als auch das Untersuchungsjahr zu wechseln, da in der bis jetzt ausgewerteten Mehrthemenumfrage aus dem Januar 1992 keine einschlägigen Einstellungsmerkmale erhoben worden sind. Glücklicherweise enthält unsere eigene Umfrage aus dem Frühjahr 1991 mehrere Merkmale, die es ermöglichen, das CSU-Potential weiter auszuloten. Im folgenden wird zwischen CSU-Sympathisanten und Befragten mit extrem stark ausgeprägten Antipa-

¹¹ Vgl. zu den Wahlen des Jahres 1990 in der DDR bzw. den neuen Bundesländern und den Reaktionen der Wahlforschung darauf Jürgen W. Falter, Die DDR-Wahlen von 1990, in: Eckard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.), Von der DDR zu den neuen Bundesländern, Bonn 1992.

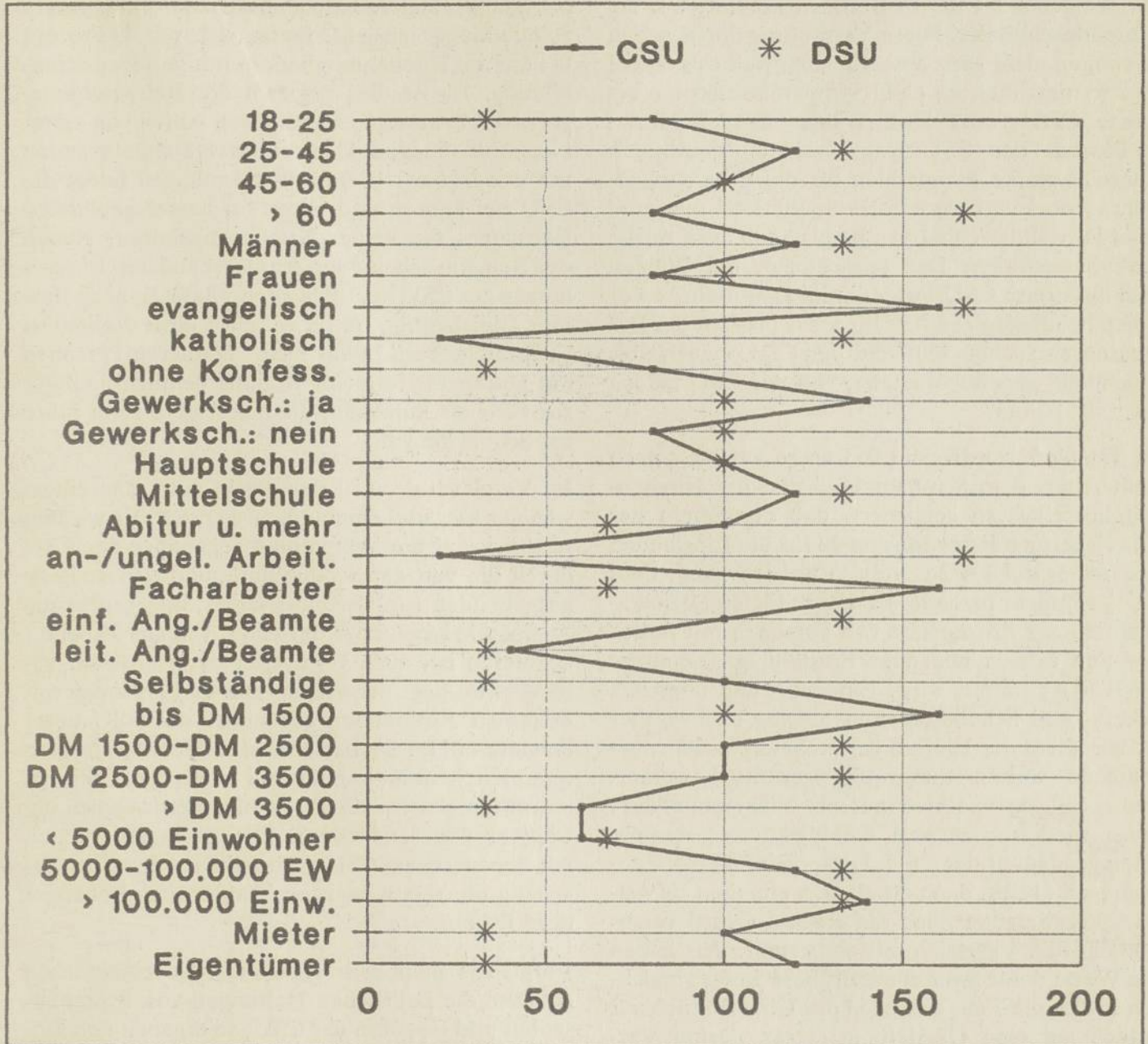
Tabelle 6: CDU-, CSU- und DSU-Wahlabsicht in den sozialen Gruppen in den neuen Bundesländern im Januar 1992

	Bundesweite CSU-Kandidatur		Status quo: CSU nur in Bayern		Zahl der Befragten
	CSU	CDU	DSU	CDU	
<i>Altersgruppe</i>					
18-25 Jahre	4	22	0	26	109
25-45 Jahre	6	39	4	44	469
45-60 Jahre	5	35	3	42	276
60 und mehr	4	51	5	48	257
<i>Geschlecht</i>					
männlich	6	41	4	45	520
weiblich	4	36	3	39	591
<i>Konfession</i>					
evangelisch	8	55	5	59	310
katholisch	(1)	(66)	(4)	(66)	55
andere/keine	4	30	1	32	746
<i>Gewerkschaftsmitglied</i>					
ja	7	35	3	37	367
nein	4	40	3	44	717
<i>Schulabschluß</i>					
Hauptschule	5	47	3	51	416
Mittelschule etc.	6	39	4	41	402
Abitur und mehr	5	25	2	29	293
<i>Beruf</i>					
un- und angelernte Arbeiter	0	59	5	59	94
Facharbeiter	8	45	2	48	352
einfache Angestellte und Beamte	5	31	4	32	413
leitende Angestellte und Beamte	2	36	0	40	147
Selbständige, Freiberufler, Bauern	5	53	0	63	57
<i>monatliches Haushaltsnettoeinkommen</i>					
bis 1 500 DM	8	38	3	42	263
1 500-2 500 DM	5	35	4	40	432
2 500-3 500 DM	5	39	4	39	275
3 500 DM und mehr	3	44	1	49	76
<i>Wohnorttyp</i>					
unter 5 000 Einwohner	3	53	2	54	216
5 000 bis 100 000 Einwohner	6	39	4	42	420
über 100 000 Einwohner	7	30	4	33	475
<i>Wohnungseigentum</i>					
Mieter/Untermieter	5	36	3	39	891
Haus-/Wohnungseigentümer	6	49	3	52	220
Anzahl der Befragten	114	247	46	307	1 111

Angaben: Wahl der CSU, CDU oder DSU in den jeweiligen Sozialkategorien in Prozent der abgegebenen Parteistimmen (Zweitstimmen) (ohne Nichtwähler, „Weiß nicht“, „Keine Antwort“).

Lesehilfe: 4 Prozent der Befragten unter 25 würden CSU wählen, falls diese bundesweit kandidierte, 22 Prozent CDU.

Abbildung: Die Über- bzw. Unterrepräsentation von CSU und DSU in den sozialen Gruppen in den neuen Bundesländern



Angaben: Prozentuale Abweichungen vom Mittelwert (= 100) der beiden Parteien. Werte anhand von Tabelle 6 berechnet.

thien gegenüber der CSU unterschieden¹². Grundannahme hinter dieser indirekten Messung des CSU-Potentials ist die Hypothese, daß am ehesten als Wähler der CSU in Betracht kommt, wer sie sympathisch findet. Diese Vermutung dürfte schon deswegen nicht ganz abwegig sein, weil es sich bei den weitaus meisten CSU-Sympathisanten um erklärte CDU- oder DSU-Wähler handelt. Rund 95 Prozent der CSU-Sympathisanten empfinden überdies starke Sympathien für die CDU; umgekehrt jedoch äußerten im Frühjahr 1991 nur rund zwei Drittel der CDU-Sympathisanten auch starke CSU-Sympathien. Das tatsächliche, bei Wahlen mobilisierbare CSU-Potential im Osten dürfte vor allem bei denjenigen fünf bis sechs Prozent der Befragten zu suchen sein, die der CDU neutral bis ablehnend gegenüberstehen, von der CSU jedoch sehr viel halten.

In Tabelle 7 werden die Befragten zunächst nach dem Alter, dem Schulabschluß und der Kirchenmitgliedschaft so gegliedert, daß der Effekt der Überlagerung dieser Merkmale für die Einstellung gegenüber der CSU gemessen werden kann. Dies erfolgt, indem für jede der abgebildeten Sozialkategorien der Prozentsatz von Personen mit positiver und extrem negativer Einstellung gegenüber der CSU ermittelt wird. Eindeutig und über alle Alters- und Schulkategorien hinweg nachweisbar ist vor allem der Einfluß der Religion. Kirchengebundene weisen durchweg prozentual weitaus mehr CSU-Sympathien auf als Nichtgebundene; diese wiederum äußern erheblich öfter Antipathien gegenüber der CSU. Dieser Einfluß der Religion bleibt selbst dann erhalten, wenn man als weitere Verzweigung noch die Region (Nord versus Süd) in den Vergleich mit einbezieht. Wir haben die Werte dafür zwar ebenfalls berechnet, verzichten in Tabelle 7 aus Gründen der Übersichtlichkeit jedoch auf eine Darstellung dieser vierten Verzweigungsebene.

12 Die zugrundeliegende Frage lautet: „Was halten Sie – so ganz allgemein gesprochen – von den politischen Parteien? Sagen Sie es bitte anhand dieser Skala. +5 heißt, daß Sie sehr viel von der Partei halten; –5 heißt, daß Sie überhaupt nichts von der Partei halten; mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Was halten Sie von...“. Dem Befragten wurde dann eine Liste vorgelegt mit den Parteien CDU, CSU, SPD, F.D.P., Grüne, Bündnis 90, PDS und Republikaner sowie der sich von +5 („sehr viel“) bis –5 („überhaupt nichts“) erstreckenden Skala. Als Sympathisanten der CSU bezeichnen wir die 135 Befragten, welche die Felder +2 bis +5 der Sympathiefrage ankreuzen. Personen mit extremer CSU-Antipathie sind die 136 Respondenten (= 23 Prozent aller Befragten), die im Falle der CSU –5 angekreuzt haben. In der so definierten Antipathierate wird die CDU übrigens in unserer Befragung nur noch von den Republikanern mit 80 Prozent und der PDS mit 36 Prozent übertroffen.

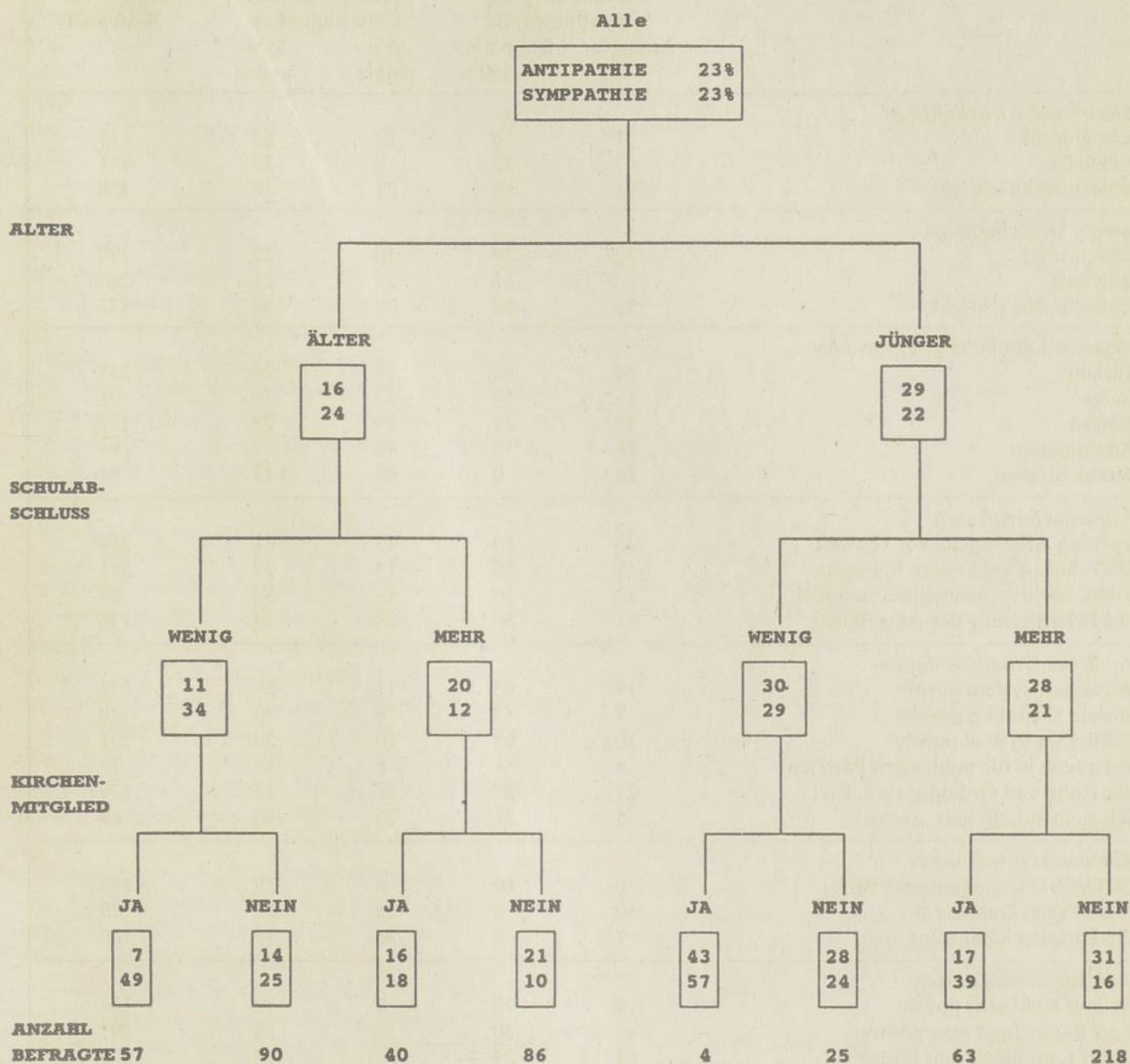
Die meisten CSU-Sympathisanten, wenn man einmal von der mit nur vier Befragten für Auswertungszwecke quantitativ zu dünn besetzten Verzweigung „Jüngere Kirchenmitglieder mit geringer Schulbildung“ absieht, finden sich mit 49 Prozent bei älteren Kirchenmitgliedern mit geringer Schulbildung. Es ist dies zugleich die Befragtenkategorie mit dem weitaus geringsten Anteil von extremen Ablehnungen. Die wenigsten Sympathisanten mit nur 10 bzw. 16 Prozent Nennungen findet die CSU bei älteren und jüngeren, besser gebildeten Befragten, die keiner Kirche angehören. Neben der Religion scheint der Schulabschluß die Einstellungen zur CSU in erheblichem Maße zu beeinflussen: Gleichgültig, ob sie Mitglied einer Religionsgemeinschaft sind oder nicht, tendieren Personen mit geringerer formaler Bildung deutlich häufiger zur CSU als Personen, die mindestens zehn Jahre zur Schule gingen.

Im Vergleich dazu ist der Effekt des Lebensalters weniger klar und eindeutig ausgeprägt. Er wird im Hinblick auf die Sympathien gegenüber der CSU durch die von der Schulbildung und der Religion ausgehenden Einflüsse überlagert; dagegen ist die Antipathie gegenüber der CSU, wie aus Tabelle 7 abzulesen ist, auch vom Alter der Befragten abhängig. So liegt der Prozentsatz von Personen mit extremen Antipathien gegenüber der CSU unter den älteren, formal besser ausgebildeten Befragten ohne Kirchenbindung nur bei 21 Prozent, bei den ansonsten gleich definierten Jüngeren dagegen beträgt er über 30 Prozent. Die Befragtengruppen mit den stärksten CSU-Antipathien weisen im Gegenzug die relativ meisten Wähler und Anhänger der PDS auf.

Vergleicht man zum Abschluß der empirischen Analyse die politischen Haltungen von Sympathisanten und Gegnern der CSU, so ergeben sich hinsichtlich einer Reihe von Einstellungen zum Teil gravierende Unterschiede (vgl. Tabelle 8). Dies gilt beispielsweise für die Einschätzung der allgemeinen und der eigenen Wirtschaftslage oder für die Haltung gegenüber bestimmten Außengruppen. Befragte mit CSU-Antipathien sehen sowohl ihre eigene als auch die allgemeine Wirtschaftslage erheblich negativer als die CSU-Sympathisanten; auch äußern sie viel häufiger als diese negative Empfindungen gegenüber Amerikanern und Westdeutschen, während es sich im Falle von Türken und Russen genau umgekehrt verhält.

Beträchtliche Differenzen zwischen Anhängern und Gegnern der CSU bestehen ferner bei den Einstellungen zu bestimmten politischen Streitfragen. So sind 81 Prozent der strikten CSU-Gegner,

Tabelle 7: CSU-Sympathien und -Antipathien nach dem Alter, dem Schulabschluß und der Konfessionszugehörigkeit der Befragten im Osten – Ein Kontrastgruppenvergleich



Angaben: Prozent der gültigen Antworten. „Weiß nicht“, „Keine Antwort“ und Nichtwähler wurden ebenso wie in den vorangegangenen Tabellen proportional auf die einzelnen Parteien aufgeteilt.

Lesebeispiel: Von 100 Befragten in den neuen Bundesländern äußerten im Frühjahr 1991 jeweils 23 starke CSU-Sympathien und -Antipathien; unter den Älteren äußerten 16 Prozent Antipathie und 24 Prozent Sympathie für die CSU, unter den Jüngeren verlief das Antipathie-Sympathiegefälle umgekehrt.

Merkmalsdefinitionen: Jünger = bis 45 Jahre; Älter = ab 45 Jahre. Schule: Wenig = unter 10 Jahren; viel = ab 10 Jahre. Kirchenmitglied: Ja = Mitglied einer Kirche; Nein = kein Kirchenmitglied.

Quelle: Eigene Repräsentativerhebung in den neuen Bundesländern im Frühjahr 1991.

aber nur 56 Prozent der CSU-Sympathisanten für eine Erleichterung des Schwangerschaftsabbruchs; dagegen sprechen sich erheblich mehr CSU-freundliche als gegnerische Befragte für eine Bestrafung von SED- und Stasi-Funktionären aus. Die Unterschiede zwischen CSU-Sympathisanten

und Gegnern der CSU erstrecken sich auch auf die politischen Grundpositionen, wo sich vor allem starke Differenzen bei der Einschätzung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems der Bundesrepublik ergeben; ferner gelten sie für die Kompetenzzuweisungen an die politischen Par-

Tabelle 8: Politische Einstellungen von Befragten mit CSU-Sympathie und -Antipathie

	Prozent der jew. Sympathiegruppe		Prozent der jew. Einstellungskat.		Anzahl der Befragten
	Antipath. = 100	Sympath. = 100	Anti-pathie	Sympathie	
<i>Allgemeine Wirtschaftslage</i>					
sehr gut/gut	1	6	12	55	15
teils/teils	7	32	8	38	111
schlecht/sehr schlecht	92	62	27	18	458
<i>Eigene Wirtschaftslage</i>					
sehr gut/gut	22	39	16	27	190
teils/teils	49	41	25	21	260
schlecht/sehr schlecht	29	20	29	20	133
<i>Negative Empfindungen gegenüber</i>					
Türken	34	42	19	23	245
Juden	15	18	22	25	91
Russen	15	21	20	28	102
Amerikanern	29	5	40	7	96
Westdeutschen	28	9	40	13	91
<i>Politische Streitfragen</i>					
Vorrang Arbeitsplatz vor Umwelt	40	50	15	41	250
SED-/Stasi-Funktionäre bestrafen	51	70	19	27	351
Bundeswehrteilnahme international	12	30	15	38	99
Für Erleichterung der Abtreibung	81	56	28	18	746
<i>Politische Grundpositionen</i>					
Wirtschaftssystem positiv	18	63	11	36	231
Soziale Sicherung positiv	7	43	6	38	148
Politisches System positiv	16	65	10	39	221
Vertrauen in die politischen Parteien	4	31	8	55	77
Für Ruhe und Ordnung als 1. Ziel	27	36	21	27	179
Selbsteinstufung sehr „rechts“	5	31	10	60	69
<i>Kompetenzzuweisungen</i>					
CDU/CSU kompetenteste Partei	6	60	6	55	130
keine Partei kompetent	19	6	35	11	70
alle Parteien kompetent	7	8	16	16	58
<i>Politikereinschätzungen</i>					
Helmut Kohl sehr positiv	4	79	3	59	178
Kurt Biedenkopf sehr positiv	44	80	15	32	307
Oskar Lafontaine sehr positiv	64	31	28	13	675
Georg Gysi sehr positiv	54	11	45	9	161
Theo Waigel sehr positiv	7	65	5	54	157
<i>Parteiorientierungen</i>					
Parteiidentifikation CDU	1	50	1	73	92
„Gehorsam“ paßt zu CSU	8	13	16	25	66
„Härte“ paßt zu CSU	19	7	40	14	64
beste Intr.vertreter					
für Unternehmer: CSU	4	6	17	24	31
Halte viel von der CDU	1	95	1	68	188
Halte viel von der PDS	41	9	47	10	119
Anzahl der Befragten	136	135	(23 %)	(23 %)	

Lesebeispiel: 22 Prozent der Befragten mit extremer CSU-Antipathie, aber 39 Prozent der CSU-Sympathisanten beurteilen die eigene Wirtschaftslage als gut oder sehr gut. Von denen, die die eigene Wirtschaftslage als gut oder sehr gut bezeichnen, äußerten im Frühjahr 1991 rund 12 Prozent CSU-Antipathien und 55 Prozent CSU-Sympathien.

Quelle: Vgl. Tabelle 7.

teien, die Einschätzung des politischen Führungspersonals der Parteien (hier wirken vor allem Helmut Kohl und Theo Waigel auf der einen und Gregor Gysi auf der anderen Seite stark polarisierend) sowie schließlich für die Parteiorientierungen. Nur ein Prozent der starken CSU-Gegner behauptet beispielsweise viel von der CDU zu halten, aber ganze 41 Prozent äußern Sympathien für die PDS.

Wechselt man die Perspektive und fragt danach, durch welche Einstellungen die CSU begünstigt wird und wo sich besonders viele Gegner der Partei finden, so zeigt sich, daß positive Einstellungen gegenüber der CSU Hand in Hand gehen mit einer positiven Einschätzung der allgemeinen und vor allem der eigenen Wirtschaftslage, einer generellen Zustimmung zum politischen, wirtschaftlichen und sozialen System der Bundesrepublik und einer weitgehend positiven Haltung gegenüber den „staatstragenden“ Parteien und den Spitzenpolitikern. Extreme Antipathien gegenüber der CSU äußern vor allem Befragte mit Abneigungen gegenüber Amerikanern und Westdeutschen, einer negativen Einschätzung der Kompetenz der politischen Parteien zur Lösung der wichtigen Probleme in Staat und Gesellschaft, einer positiven Beurteilung von Gregor Gysi und, wenn auch in deutlich abgeschwächtem Maße, von Oskar Lafontaine sowie einer Bewertung der CSU als „harte“ Partei und, quasi im Gegenzug, einer generell wohlwollenden Einschätzung der PDS.

Zusammengenommen deuten diese Einstellungen der CSU-Sympathisanten nicht auf ein größeres Frustrationspotential hin. Dies gilt auch für den hier aus Platzgründen nicht erfolgenden Vergleich mit den Anhängern und Gegnern der CDU. Vielmehr scheint im Osten wie im Westen die Entscheidung von Unionsanhängern für die CSU oder die CDU stark von der Einschätzung des politischen Führungspersonals, der Kompetenz der Parteien und der Parteiimages geprägt zu sein.

VII. CSU – Beschränkung aus Einsicht

Die vorstehende Untersuchung stellt eine auf die neuen Bundesländer ausgeweitete Fortführung unserer vor rund einem Jahr in dieser Beilage veröffentlichten Analyse der Expansionsmöglichkeiten der CSU über die Grenzen Bayerns hinaus dar.

Noch immer nachweisbar ist dabei im Osten ein mit rund drei Prozent zwar geringes, aber dennoch klar erkennbares Wählerpotential der DSU. Das vielleicht wichtigste Ergebnis unserer Analyse jedoch ist der Nachweis, daß die CSU auch in den neuen Bundesländern gewisse Wahlchancen besitzt, daß aber ihr Potential im Osten beträchtlich kleiner ist als im Westen. Tatsächlich dürfte es nur zwischen einem Drittel und der Hälfte des westlichen Potentials ausmachen. Dies bedeutet, daß die CSU große Probleme hätte, bei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern über die Fünfprozenthürde zu kommen. Die CSU halten im Westen rund 27 Prozent für nicht wählbar, die DSU ist im Osten für rund 26 Prozent der Befragten keine denkbare Wahlalternative. Als mögliche Alternative zu ihrer ersten Wahlpräferenz würden im Westen bei Bundestags- und Landtagswahlen schätzungsweise 11 Prozent der Befragten die CSU in Erwägung ziehen, im Osten etwa fünf Prozent die DSU. Fraglich ist im einen wie im anderen Fall, in welchem Ausmaße das ja nur latent vorhandene Potential mobilisierbar ist. Mit den Mitteln der Umfrageforschung sind solche hypothetischen Fragestellungen nicht zweifelsfrei zu beantworten.

Weiter war festzustellen, daß auch in den neuen Bundesländern der weitaus größte Teil der präsumtiven CSU-Stimmen aus dem Unionslager kommen würde, wobei jedoch die CDU im Falle einer konkurrierenden Kandidatur der CSU möglicherweise Stimmen von anderen Parteien und aus dem Nichtwählerlager für sich gewinnen könnte. Innerhalb der sozialen Gruppen besteht in den neuen Bundesländern zwischen DSU- und CDU-Wählern auf der einen und möglichen CSU-Wählern auf der anderen Seite keine vollständige strukturelle Parallelität.

Die CSU-Sympathie wird sozialdemographisch in erheblichem Ausmaße durch Religion, Schule und Lebensalter geprägt. Besonders auffällig hinsichtlich der Verteilung von Sympathien und Antipathien gegenüber der CSU ist der Effekt von Religion und Schulbildung: Wo religiöse Bindungen, fortgeschrittenes Lebensalter und niedrige Schulbildung zusammentreffen, gibt es weitaus mehr CSU-Sympathisanten als in anderen Merkmalsgruppen. Die stärksten Antipathien gegen die CSU entwickeln nichtreligiöse, formal besser gebildete Personen. CSU-Sympathisanten finden sich vor allem bei Befragten mit positiven Einstellungen gegenüber dem staatlichen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik, gegenüber den „staatstragenden“ Parteien und gegenüber ihrem Führungspersonal. Sympathien und

Antipathien gegenüber der CSU werden überdies stark durch unterschiedliche politische Grundpositionen und Fremdgruppeneinschätzungen beeinflusst, wobei die Ablehnung von Westdeutschen und vor allem Amerikanern bei den CSU-Gegnern hervorsticht. Anzeichen einer größeren politischen Entfremdung, überdurchschnittlicher Frustration oder von Gefühlen des Zukurzgekommenseins lassen sich bei den CSU-Sympathisanten *mit unseren Daten* nicht nachweisen.

Insgesamt betrachtet erscheint auch nachträglich das CSU-Potential in den neuen Bundesländern als zu gering, um die in der Ausdehnungsdebatte des vergangenen Jahres wiederholt vorgeschlagene Kandidaturvariante einer partiellen, auf Ostdeutschland beschränkten Expansion der Partei zu stützen. Auch ein Jahr danach erscheint der Entschluß der CSU-Parteiführung, in Bayern zu bleiben, im Lichte der vorliegenden Umfragedaten als strategisch nicht nur vertretbar, sondern geradezu geboten.

Wahlenthaltung und Wählerprotest im westeuropäischen Vergleich

I. Bedeutung von Wahlen

Faire, freie und geheime Wahlen bilden einen der wichtigsten Eckpfeiler westlich-liberalen Politikverständnisses. An ihnen mißt sich letztlich, inwieweit ein politisches Regime demokratisch ist. Folgt man der westlichen Demokratietheorie, so stellen Wahlen das hauptsächliche Instrument dar, das es dem einzelnen Bürger gestattet, direkten Einfluß auf das politische Geschehen zu nehmen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht sogar noch einen Schritt weiter. Nach seinem Verständnis übt das Volk in Wahlen und Abstimmungen seine Staatsgewalt aus. Wahlen schreiben somit die Stellung des Volkes als den eigentlichen Souverän fest. Die Auswahl politischer Eliten sowie die Möglichkeit, inkompetente Volksvertreter bei den nächsten Wahlen aus dem Parlament zu werfen („to throw the rascals out“), stellen so die „letztendliche Macht der Öffentlichkeit“¹ dar.

Trotz ihrer herausgehobenen demokratietheoretischen Stellung ist jedoch zu beobachten, daß Wahlen heute diesem hohen Anspruch immer weniger gerecht zu werden scheinen. Anzeichen, die diese Behauptung untermauern, gibt es viele. Zwei der wichtigsten Symptome der Krise der Institution Wahlen sind die zum Teil dramatisch gesunkene Wahlbeteiligung in den meisten westlichen Demokratien sowie das Anwachsen systemkritischer Potentiale, vor allem auf dem rechten Rand des politischen Spektrums.

Ausgangspunkt für die Untersuchung, was die abnehmende Bereitschaft eines wachsenden Teils der Bevölkerung zur Teilnahme an Wahlen und die wachsende Tendenz zur Wahl systemkritischer politischer Kräfte bedeutet, sind Beobachtungen aus den Vereinigten Staaten. Deren Relevanz ergibt sich daraus, daß sich amerikanische Trends nach einiger Zeit häufig auch in anderen westlichen Demokratien niederschlagen. In ihrem Buch „Politics With Other Means“, das die abnehmende

Bedeutung von Wahlen in den Vereinigten Staaten zu ergründen sucht, stellen Benjamin Ginsberg und Martin Shefter die These auf, die Vereinigten Staaten seien in ein „postelektorales Zeitalter“ (postelectoral era) eingetreten. Nicht nur die geringe Beteiligung bei allgemeinen Wahlen, sondern auch das Fehlen eines echten Wettbewerbs zwischen Kandidaten für einen Sitz im Senat oder Repräsentantenhaus haben die Bedeutung von Wahlen beträchtlich verringert und die Austragung politischer Konflikte in andere Institutionen (z. B. die Gerichte) verlagert².

Dabei ist die sinkende Bedeutung von Wahlen in den Vereinigten Staaten im direkten Zusammenhang mit Veränderungen im Gewicht und in der Rolle unterschiedlicher Institutionen, zu denen auch Wahlen zählen, zu sehen: „Die meisten Analysen der amerikanischen Politik gehen davon aus, daß Wahlen eine herausragende Stellung einnehmen. Doch Wahlen sind politische Institutionen, und ihre Bedeutung kann nicht als gleichbleibend angenommen werden. Wahlen haben zu verschiedenen Zeiten eine unterschiedliche Rolle gespielt, und diese Veränderungen muß man genauso verstehen wie die Veränderungen der Rolle und der Macht anderer Institutionen.“³

Die beiden Autoren weisen vor allem auf den Nexus zwischen der abnehmenden Bedeutung von Wahlen und dem verringerten politischen Gewicht und Einfluß der beiden großen politischen Parteien in den USA hin. Ähnliches läßt sich in anderen Demokratien beobachten. Der zunehmende Vertrauensverlust und damit politische Bedeutungsverlust von Parteien spiegelt sich in dem Schlagwort von der „Parteienverdrossenheit“ wider, die nicht nur auf die politische Szene der Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist. Wachsende Parteienverdrossenheit wiederum führt zu einer steigenden Tendenz zur Wahlenthaltung und einer größeren Bereitschaft zur Protestwahl systemkritischer politischer Kräfte. Jedoch wäre es verkürzt, die zu beobachtenden Veränderungen im

1 Russell J. Dalton, *Citizen Politics in Western Democracies*, Chatham, N. J. 1988, S. 127.

2 Vgl. Benjamin Ginsberg/Martin Shefter, *Politics With Other Means*, New York 1990, S. 4.

3 Ebd., S. 9.

Wahlverhalten nur mit dem Vertrauensverlust der traditionellen und etablierten Parteien zu begründen. Vielmehr reflektieren sie auch einen Wandel im Verhältnis zwischen Parteien und Wählern, der sich vor allem bei Wahlen niederschlägt. Dieser Wandel ist wiederum Ausfluß und Ergebnis weitreichender Veränderungen im sozialen und kulturellen Gefüge hochentwickelter westlicher Gesellschaften. Beide Entwicklungsströme – der Vertrauens- und Bedeutungsverlust traditioneller Parteien sowie soziokulturelle Veränderungen der Wählerbasis – werden nachfolgend zur Erklärung des Wandels des institutionellen Gewichts von demokratischen Wahlen zusammengezogen.

II. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung in westlichen Demokratien

Ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Wahlverhaltens in mehreren westlichen Demokratien in der Nachkriegszeit zeigt das Bild einer kontinuierlichen Abnahme der Wahlbeteiligung. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Nahmen noch 1952 rund 62 Prozent der wahlberechtigten amerikanischen Bevölkerung an den Präsidentschaftswahlen teil, so sank dieser Anteil im Wahljahr 1988 auf knappe 50 Prozent. Gleichzeitig fiel die Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kongreß von 58 auf knapp 45 Prozent, und bei den sogenannten „mid-term elections“ zwischen den Präsidentschaftswahlen sogar auf ein Drittel der Wahlberechtigten⁴. Eine ähnlich niedrige Wahlbeteiligung weist in Westeuropa nur die Schweiz auf. Dort gingen bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1991 nur 46 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen. Doch sollte man dieses Ergebnis nicht überbewerten, da die Schweiz aufgrund der Tatsache, daß ihre Bürger jederzeit die Möglichkeit haben, Entscheidungen des Parlaments mittels des Instruments des Referendums zu annullieren, eine Sonderstellung unter den westlichen Demokratien einnimmt.

Doch auch in anderen westeuropäischen Demokratien läßt sich eine Tendenz zu sinkender Wahlbeteiligung feststellen, wenngleich weniger dramatisch als in den Vereinigten Staaten. So verringerte sich die Wahlbeteiligung in Großbritannien von

einem Spitzenwert von 84 Prozent 1950 auf wenig mehr als 75 Prozent im Jahr 1987⁵; ähnlich auch in Frankreich, wo die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen zwischen 1978 und 1988 von 83 auf 66 Prozent fiel, das niedrigste Ergebnis aller französischen Parlamentswahlen⁶. Weniger deutlich verringerte sich in Österreich die Wahlbeteiligung von mehr als 94 Prozent bei den ersten Wahlen 1945 auf knappe 86 Prozent bei den letzten Wahlen 1990⁷.

In der Bundesrepublik Deutschland erreichte die Wahlbeteiligung mit den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1991 den vorläufigen Endpunkt eines Abwärtstrends, der nach der Rekordbeteiligung von mehr als 91 Prozent bei den Bundestagswahlen 1972 eingesetzt hatte und sich seither kontinuierlich fortsetzte. Mit knapp 78 Prozent im gesamten Bundesgebiet lag die Wahlbeteiligung sogar noch einen halben Prozentpunkt unter dem Ergebnis der ersten Bundestagswahlen im Jahre 1949. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Italien ab. Lag die Zahl der Nichtwähler sowie derjenigen Wähler, die leere oder ungültige Stimmzettel abgaben, bei den Parlamentswahlen 1946 noch bei knapp 19 Prozent, so verringerte sich zunächst der Prozentsatz beider Gruppen im Verlaufe der nächsten Wahlen beträchtlich, um dann aber ab 1976 wieder kontinuierlich zu steigen. Bei den diesjährigen Parlamentswahlen näherte sich der Nichtwähleranteil mit 17,4 Prozent wieder dem Ergebnis der ersten Parlamentswahlen an⁸.

Die Entwicklung der Wahlbeteiligung zeigt auf, daß für eine steigende Anzahl der Bevölkerung der alte Spruch, Wahlrecht sei Wahlpflicht, seine mobilisierende oder zumindest sanktionierende Wirkung immer mehr verliert. Dies wird besonders in denjenigen Demokratien deutlich, wo dem Gesetz nach Wahlpflicht besteht. So weigerten sich unlängst bei den belgischen Parlamentswahlen über sieben Prozent der Wahlbevölkerung trotz Androhung empfindlicher Strafen, ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachzukommen. Weitere sieben Prozent gaben leere oder ungültige Stimmzettel ab. Umfragen vor den Wahlen ermittelten, daß fast die Hälfte der Wähler am liebsten den Wahlurnen

5 Vgl. Philip Norton, *The British Polity*, New York-London 1991², S. 97–99.

6 Vgl. Gérard Le Gall, *Mars 1986; des élections de transition?*, in: *Revue Politique et Parlementaire*, 88 (1986) 2, S. 7; David B. Goldey/R. W. Johnson, *The French Presidential Election of 24 April–8 May and The General Election of 5–12 June 1988*, in: *Electoral Studies*, 7 (1988) 3, S. 215.

7 Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram, *Abstieg oder letzte Chance der ÖVP?*, in: *Österreichische Monatshefte*, 46 (1990) 7, S. 15.

8 Vgl. *La Repubblica* vom 8. April 1992, S. 21.

4 *Statistical Abstract of the United States 1991*, Washington, D.C. 1991, S. 270.

fernbleiben würde⁹. Diese und ähnliche Umfragen in anderen Ländern belegen eindrucksvoll, daß das Ausmaß der Wahlverdrossenheit anscheinend größer ist, als man aus der tatsächlichen Beteiligung bei den Wahlen schließen könnte.

Eine kürzliche Umfrage zur politischen Lage in Mailand, der bedeutendsten Stadt der Lombardei, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Stellung eine Schlüsselstellung in der politischen Entwicklung Italiens einnimmt, macht dies deutlich. Sie belegt den Aufstieg einer neuen „bedrohlichen und symbolischen Partei“, die der Nichtwähler und der politisch Unzufriedenen, die ihrer Frustration durch leere und ungültige Stimmzettel Ausdruck verleihen. Diese „Partei“ ist gemäß Umfragen mit mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten zur stärksten politischen Kraft in Mailand avanciert¹⁰.

Die gegenwärtigen Veränderungen des politischen Klimas in Italien könnten sich nicht nur hinsichtlich der dort zu beobachtenden dramatischen Ausweitung politischer Unzufriedenheit, die ihren Ausdruck in Wahlenthaltung fand, als paradigmatisch für andere westeuropäische Demokratien erweisen. Auch der rasche, explosive Aufstieg systemkritischer politischer Kräfte bei Wahlen und die gleichzeitig dramatisch abnehmende Wählerbindung der etablierten „historischen“ Parteien findet sich in anderen Demokratien wieder. Beispielhaft für diese Entwicklung ist die Lombardei, die mit der „Lega Lombarda“ eine der politisch wichtigsten neuen systemkritischen Bewegungen in Westeuropa hervorgebracht hat. Konnten die traditionellen politischen Parteien bei den Regionalwahlen 1970 99,9 Prozent und 1985 immerhin noch 94 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, so schrumpfte dieser Anteil bei den Regionalwahlen 1990 auf knapp 70 Prozent der Stimmen zusammen¹¹. Dieser Trend setzte sich im Winter 1991 fort, als bei den Kommunalwahlen in Brescia systemkritische Parteien und Wählervereinigungen, allen voran die Lega Lombarda, mehr als ein Drittel der Stimmen für sich verbuchen konnten, was zur zeitweisen Unregierbarkeit der Stadt führte¹². Der Erfolg der Lega Lombarda bei den Parla-

mentswahlen, aus denen sie mit 20,5 Prozent in der Lombardei als dort zweitstärkste Partei hervorging, stellte damit einen logischen Schlußpunkt einer sich seit längerem abzeichnenden Entwicklung dar.

Ähnliche Tendenzen lassen sich, wenngleich weniger akzentuiert, auch in anderen Demokratien feststellen. So verringerte sich zum Beispiel in Großbritannien die Wählerbindung der beiden dominierenden Parteien zwischen 1951 und 1987 von 97 Prozent auf 72 Prozent¹³. In Österreich verringerte sich die Bindungskraft von ÖVP (Österreichische Volkspartei) und SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs) von 94 Prozent bei den ersten Nachkriegswahlen 1945 auf knapp 75 Prozent bei den Parlamentswahlen 1990. Jedoch beziehen sich diese Zahlen auf die gültigen Stimmen. Bezieht man sie auf die Wahlberechtigten, so banden ÖVP und SPÖ 1990 mit 63 Prozent weniger als zwei Drittel der Wähler¹⁴. Die Entwicklung der Wählerbindung der etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland verläuft ähnlich. Konnten CDU/CSU, SPD und FDP 1972 noch über 89 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen, so sank ihr Anteil bei den Bundestagswahlen 1987 auf knapp drei Viertel¹⁵.

Wie in Italien, so füllen auch in anderen Demokratien neue politische Formationen das Vakuum, das die etablierten Parteien hinterlassen. Zumeist definieren sie sich gerade aus der Opposition zu den etablierten Parteien. Waren diese neuen politischen Formationen in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre vor allem auf dem linken Rand des politischen Spektrums angesiedelt (grüne, alternative und andere links-libertäre Parteien)¹⁶, so ist am Ende der achtziger Jahre ein zum Teil sehr robustes Wiedererstarken extrem rechtsgerichteter Parteien festzustellen. Zu den prominentesten Vertretern dieser neuen Familie systemkritischer rechter Protestparteien zählen neben der italienischen Lega Lombarda der französische Front National, die Freiheitliche Partei Österreichs, die

12 Vgl. Brescia, il 36 per cento dei voti contro i partiti, in: *L'Indipendente* vom 26. November 1991, S. 1; Andrea Biglia, Brescia, caccia a cinque consiglieri, in: *Corriere della Sera* vom 27. Januar 1992, S. 5.

13 Vgl. P. Norton (Anm. 5), S. 106.

14 Vgl. Ernst Gehmacher, Das Wahljahr 1986: Welche Theorien stimmen?, in: *Journal für Sozialforschung*, 27 (1987) 3, S. 158; F. Plasser/P. A. Ulram (Anm. 7), S. 6.

15 Vgl. Richard Stöss, Parteikritik und Parteiverdrossenheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B21/90, S. 23.

16 Vgl. Herbert Kitschelt, New Social Movements and the Decline of Party Organization, in: Russell Dalton/Manfred Kuechler (Hrsg.), *Challenging the Political Order*, New York 1991, S. 179–208.

9 Vgl. Xavier Mabile/Evelyne Lentzen/Pierre Blaise, Les élections législatives du 24 novembre 1991, in: *Courrier hebdomadaire*, 1335–1336 (1991) 1, S. 32f.; Peter von Heyendorff, Lange Schatten über Belgien, in: *Das Parlament* vom 13. Dezember 1991, S. 15.

10 Vgl. Guido Passalacqua, E. Milano consegna tutto il potere a Bossi, in: *La Repubblica* vom 8. Oktober 1991, S. 8f.

11 Vgl. Antonio Agosta/Aldo di Virgilio, Le elezioni in Italia, in: *Quaderni dell'Osservatorio Elettorale*, 25 (1991), S. 211; Vittorio Moiola, Il tarlo delle leghe, *Trezzo sull'Adda* 1991, S. 250f.

Schweizer Autopartei und die Tessiner Lega dei ticinesi, der belgische Vlaams Blok und, seit kurzem wieder, die deutschen Republikaner sowie die Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen und die schwedische Neue Demokratierpartei¹⁷. Gemeinsam ist ihnen eine radikal rechtspopulistische Ideologie, die einerseits ausländerfeindliche Parolen, andererseits dezidiert neoliberale Forderungen nach einem drastischen Abbau staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft mit zum Teil an Diffamierung grenzenden Angriffen gegen die etablierten Parteien verbindet. Zusammen mit grünen und anderen links-libertären Parteien haben sie während der letzten zehn Jahre in zahlreichen Demokratien einen wachsenden Anteil der Stimmen auf sich vereinigen können und so neben der wachsenden Bereitschaft zur Wahlenthaltung beträchtlich zum Wählerschwund der etablierten Parteien beigetragen.

III. Parteienverdrossenheit und Protestwahl

Es gibt viele Anzeichen, daß beide Entwicklungen eng mit einem merklichen Vertrauensverlust der etablierten politischen Parteien sowie zunehmender Politikverdrossenheit verbunden sind. Zwar ist das Ansehen der politischen Parteien im Vergleich zu anderen Institutionen in den meisten Demokratien noch nie sehr groß gewesen¹⁸, doch scheint es in den letzten Jahren einen neuen Tiefpunkt erreicht zu haben. So erklärten 1985 in Frankreich fast drei Viertel der Befragten, sie hätten Vertrauen in die Polizei, 49 Prozent in den Präsidenten und 42 Prozent in das Parlament, jedoch nur ein Viertel bekundete sein Vertrauen in Politiker und weniger als ein Fünftel in die Parteien¹⁹. Ähnlich ist die Situation in Italien. Dort bekundeten Ende

17 Vgl. Hans-Georg Betz, Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B44/91, S. 3–14; ders., Political Conflict in the Postmodern Age: Radical Right-Wing Populist Parties in Europe, in: *Current Politics and Economics of Europe*, 1 (1991) 1, S. 67–83.

18 Vgl. Jean Charlot, La transformation de l'image des partis politiques français, in: *Revue Française de Science Politique*, 36 (1986) 1, S. 5–13; Renato Mannheimer, La crisi del consenso per i partiti tradizionali, in: Renato Mannheimer (Hrsg.), *La Lega Lombarda*, Mailand 1991, S. 26–28; R. Stöss (Anm. 15), S. 15–24; E. Gehmacher (Anm. 14), S. 161.

19 Vgl. William Safran, *The French Polity*, New York–London 1991, S. 189; s. a. Adolf Kimmel, Innenpolitische Entwicklungen und Probleme in Frankreich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B47–48/91, S. 9, 15.

1991 nur noch knapp sieben Prozent der Befragten ihr Vertrauen in die Parteien. Mehr als 50 Prozent hielten die traditionellen Parteien für unfähig, das Land aus der gegenwärtigen institutionellen und wirtschaftlichen Krise zu führen, während 46 Prozent meinten, durch eine Verringerung der Macht der Parteien könnte die Beteiligung des Bürgers am öffentlichen Geschehen entscheidend gestärkt werden²⁰. Auch im Hinblick auf das wachsende Bedürfnis nach wirkungsvoller Partizipation vor allem bei der jüngeren Generation schneiden die italienischen Parteien schlecht ab. 1990 verneinten mehr als 40 Prozent der 20- bis 29jährigen die Frage, ob die Parteien die Beteiligung am öffentlichen Leben erleichterten²¹.

Im Vergleich zur Entwicklung in Frankreich und Italien ist das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen noch relativ hoch. So bekundeten 1989 immerhin 60 Prozent ihr Vertrauen in den Bundestag, 50 Prozent in die Bundesregierung und ganze 35 Prozent in die Parteien. Jedoch stehen, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, die Parteien mit diesem Ergebnis am Ende der Vertrauensskala²². Unterzieht man die Beziehung zwischen Bürgern und den Parteien in Deutschland einer eingehenderen Prüfung, so ergibt sich wie in anderen westlichen Demokratien, „daß weite Teile der Bevölkerung die Abkopplungs- und Entfremdungstendenzen sowie den Mangel an Partizipationschancen, an Öffentlichkeit, Offenheit und Überschaubarkeit erkennen und mißbilligen“²³.

Vergleicht man die Entwicklung der Wahlbeteiligung mit dem allgemeinen Vertrauensverlust der politischen Parteien, so kann man auch ohne systematische statistische Analyse eine direkte Beziehung zwischen beiden Variablen feststellen. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, untersucht man die Gründe für die wachsende Neigung zur Wahl systemkritischer Parteien. So schätzen Italiener an der Lega Lombarda (falls sie eine positive Meinung zu ihr haben) vor allem ihren Kampf gegen die Parteienherrschaft. Es sollte deshalb nicht verwundern, daß die Ablehnung traditioneller Parteien einer der Hauptgründe für die Wahlentscheidung für die Lega darstellt. 1991 bezeichnete mehr als die Hälfte ihrer Wähler die Wahlentscheidung

20 Vgl. Stefano Brusadelli/Massimo Franco, PDP – Partito del Piccone, in: *Panorama* vom 8. Dezember 1991, S. 42; Maurizio Tortorella, Caramba, il sorpasso! in: *Panorama* vom 12. Januar 1992, S. 46; ISPES (Anm. 8), S. 267.

21 Vgl. ISPES, *Rapporto Italia '91*, Rom 1991, S. 144.

22 Vgl. Emnid-Umfrage, in: *Der Spiegel* vom 22. Mai 1989, S. 36.

23 R. Stöss (Anm. 15), S. 21.

als einen Protest gegen das Parteiensystem und die Parteienherrschaft²⁴. Studien der Erfolge der radikalen Rechten in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Norwegen und Dänemark kommen zu ähnlichen Ergebnissen²⁵. Roland Höhne erklärt den Aufstieg des Front National zu einem beträchtlichen Teil mit dem Vertrauensverlust in die Glaubwürdigkeit und Problemlösungskompetenz der etablierten Parteien und dem daraus folgenden Anwachsen der Zahl von „Sanktionswählern“, die aus Enttäuschung über beide politischen Lager zum Front National überliefen²⁶.

In ähnlicher Weise läßt sich der Aufstieg der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) als ein Ergebnis zunehmender Parteienverdrossenheit erklären. 1986 begründeten 90 Prozent der Wähler, die von der SPÖ oder ÖVP zur FPÖ überwechselten, ihre Entscheidung damit, den beiden großen Parteien einen Denkkzettel erteilen zu wollen²⁷. Noch bei den Wahlen 1990, zu denen die FPÖ mit einer gefestigten Stammwählerbasis antrat, konzentrierte sich mehr als ein Drittel der Wahlmotive zugunsten der FPÖ „auf einen teilweise hochemotionalisierten Parteienrager bzw. eine akute, gelegentlich sogar militant vorgetragene ‚Denkkzettelmentalität‘“²⁸. Sie war für mehr als ein Drittel der Stammwähler und mehr als die Hälfte der Zuwanderer zur FPÖ ausschlaggebend für ihre Entscheidung. Das Ergebnis der Wiener Gemeinderatswahlen im November 1991, die zu teilweise erdrutschartigen Verlusten der beiden großen Parteien führten, ist ein Beispiel für die potentielle Sprengkraft politischer Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien. Für 59 Prozent der Wähler der FPÖ (die als der große Gewinner aus der Wahl hervorging) – unter den Zuwanderern waren es sogar 70 Prozent – stellte der Vertrauensverlust in die beiden

großen Parteien eines der Hauptmotive zur Wahl der Freiheitlichen dar²⁹.

Aus diesem kurzen Überblick der Wahrentwicklung in mehreren westlichen Demokratien läßt sich eine merkliche institutionelle Schwächung der etablierten Parteien bilanzieren. Wachsende Parteienverdrossenheit geht wiederum einher mit einem Bedeutungsverlust von Wahlen, so daß eine amerikanische Entwicklung mit all ihren negativen Nebenerscheinungen in Zukunft für Europa nicht ausgeschlossen erscheint. In einigen Fällen, allen voran Italien, ist es wohl nicht übertrieben, von einer Krise des repräsentativen Systems zu sprechen³⁰. Doch vor einer Analyse der Bedeutung und möglichen Konsequenzen einer solchen Krise für den Bestand und den Zustand der Demokratie ist zu fragen, ob diese Krise allein, oder doch zum größten Teil, im Vertrauensverlust der etablierten Parteien begründet ist.

IV. Soziostruktureller Wandel und Auflösung der Parteibindung

1. Das Dealignment-Modell

Führt der Erklärungsversuch der Parteienverdrossenheit wachsende Wählerapathie und Neigung zur Protestwahl systemkritischer Formationen maßgeblich auf den Vertrauensverlust der etablierten Parteien zurück, so macht ein zweiter Ansatz sie an grundlegenden Veränderungen in der soziostrukturellen Basis der Wählerschaft fest. Ganz allgemein geht die Wahlsoziologie davon aus, daß die Wahlentscheidung sowohl von makrosozialen (gesamtgesellschaftlichen) als auch von mikrosoziologischen (kleine Gruppen) und sozialpsychologischen Bestimmungsgründen geprägt ist. Folgt man einer erweiterten Lesart des einflußreichen Grundmodells von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan³¹, so ist das Parteiensystem westlicher Demokratien im wesentlichen in vier Hauptkonflikten begründet, die sich während der Konsolidierungsphase des Nationalstaats (Zentrum versus Peripherie, Kirche versus säkularer Staat) sowie im Laufe und als Folge der industriellen Revolution (ländliche Gebiete versus neue urbane Zentren, Arbeitgeber versus Arbeitnehmer) herauskristallisierten

24 Vgl. ISPEs (Anm. 21), S. 507, 509; Renato Mannheimer, *Chi vota Lega e perché*, in: R. Mannheimer (Anm. 18), S. 144f.

25 Vgl. Roland Höhne, *Die Renaissance des Rechtsextremismus in Frankreich*, in: PVS, 31 (1990) 1, S. 90f.; Martin A. Schain, *The National Front in France and the Construction of Political Legitimacy*, in: *West European Politics*, 10 (1987) S. 231–235; H.-J. Veen/N. Lepszy/P. Mních, *Die Republikaner – Partei zu Beginn der 90er Jahre*, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, *Interne Studien*, Nr. 14/1991, Sankt Augustin 1991, S. 41–48; Jorgen Goul Andersen/Tor Bjorklund, *Structural Changes and New Cleavages: the Progress Parties in Denmark and Norway*, in: *Acta Sociologica*, 33 (1990) 3, S. 202f.

26 Vgl. R. Höhne (Anm. 25), S. 90.

27 Vgl. Fritz Plasser, *Die Nationalratswahl 1986: Analyse und politische Konsequenzen*, in: *Österreichische Monatshefte*, 42 (1986) 8, S. 24f.

28 F. Plasser/P. A. Ulram (Anm. 7), S. 11; s. a. Fritz Plasser/Franz Sommer/Peter Ulram, *Analyse der Nationalratswahl 1990*, Wien 1990 (Manuskript), S. 49.

29 Vgl. Fritz Plasser/Peter Ulram, *Exit Poll GRW Wien '91*, Fessel + GFK Institut, Wien 1991.

30 Vgl. V. Moioli (Anm. 11).

31 Vgl. Rainer-Olaf Schultze, *Wählerverhalten und Parteiensystem*, in: *Der Bürger im Staat*, 44 (1990) 3, S. 135.

und bis in die Nachkriegszeit hinein das Wahlverhalten entscheidend determinierten.

Nach diesem Modell bestimmen vor allem sozialstrukturelle Merkmale wie sozioökonomischer Status, Bildung, Konfession und der Wohnort sowie die Einbindung in klar abgesetzte soziale und kulturelle Milieus das Wahlverhalten. Je fester gefügt die soziokulturellen Milieus, je stärker die Gruppenbindungen und je ausgeprägter die Sozialisation und Kommunikation mit Meinungsführern und die durch sie vermittelten Informationen sind, desto beständiger gestaltet sich das Wahlverhalten. Dies ist vor allem der Fall, wenn Sozialisation und Beeinflussung durch Meinungsführer zu langfristigen, emotional verankerten Bindungen des einzelnen Wählers an eine bestimmte Partei und zur Identifikation mit ihren Wertvorstellungen und politischen Zielen führen. Das Ergebnis ist, daß auch Wähler mit einem weniger ausgeprägten politischen Interesse oder Informationsstand ein hohes Maß an politischer Verhaltensstabilität und -konsistenz aufweisen.

Zahlreiche empirische Untersuchungen belegen, daß sozialstrukturelle Gruppenbindungen und Parteiloyalität auch heute noch das politische Verhalten weiter Teile der Bevölkerung in westlichen Demokratien bestimmen. So erweisen sich vor allem die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft sowie die Kirchenbindung (gemessen an der Häufigkeit des Kirchgangs) als immer noch stabile und aussagekräftige Determinanten des Wahlverhaltens³². Auch die Parteiloyalität, obwohl hinsichtlich ihrer Bedeutung heftig umstritten, übt immer noch einen beträchtlichen Einfluß auf die Wahlentscheidung aus. So ermittelte vor kurzem eine Untersuchung dreier westeuropäischer Demokratien eine erstaunliche Stabilität langfristiger (emotionaler) Parteienbindung vor allem bei den Anhängern derjenigen Parteien, die aus den traditionellen Hauptkonfliktlinien hervorgingen³³.

Jedoch sollte diese scheinbare Stabilität nicht darüber hinwegtäuschen, daß während der letzten Jahre das Verhältnis zwischen Parteien und ihrer Wählerbasis merklich in Bewegung geraten ist. Ein Absinken der Anzahl von Stammwählern der etablierten Parteien bei einem gleichzeitigen Anwachsen der Wählerfluktuation deuten auf einen Auflö-

sungsprozeß traditioneller Parteiloyalitäten. In der Fachliteratur wird dieser Prozeß der Abkopplung der strukturellen und affektiven Verankerung der Parteien mit dem Begriff des Dealignment umschrieben³⁴. Vor einer Untersuchung seiner potentiellen Konsequenzen ist jedoch zuerst nach den Ursachen des Wandels im Verhältnis zwischen Parteien und Wählern zu fragen. Dies ist um so notwendiger, als diese Entwicklung nicht ohne innere Widersprüche ist.

Untersuchungen über die Abschwächung traditioneller Parteibindungen machen vor allem zwei Entwicklungen für dieses Phänomen verantwortlich: auf der einen Seite Auflösungstendenzen der soziokulturellen Einbindung von Personen in soziale Gruppen und Milieus, wie sie generell in allen hochentwickelten westlichen Gesellschaften zu beobachten sind; auf der anderen die gestiegene kognitive Kompetenz vieler Wähler, was dieser Erklärung zufolge „den Bedarf für habituelle Parteibindungen als Orientierungshilfen im politischen Raum reduziert“³⁵. Der folgende Ansatz faßt diese sowie weitere Erklärungsansätze zu einem erweiterten Interpretationsrahmen zusammen, der sich weitgehend auf Überlegungen zur soziokulturellen Entwicklung postindustrieller Gesellschaften stützt.

2. Soziostruktureller Wandel in der Informations- und Konsumgesellschaft

Gängigen Interpretationsmustern zufolge lassen sich die letzten zwanzig Jahre als eine Periode des Übergangs von einer industriellen, warenproduzierenden Gesellschaft zu einer postindustriellen Informationsgesellschaft bezeichnen. Am augenfälligsten ist diese Entwicklung hinsichtlich des Strukturwandels innerhalb der drei Hauptsektoren der Volkswirtschaft. Waren 1950 noch ein Viertel der Erwerbstätigen der Bundesrepublik Deutschland in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei beschäftigt, so waren dies 1989 nur noch knappe vier Prozent. Zur selben Zeit erhöhte sich der Anteil der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten von knapp einem Drittel der Erwerbstätigen auf mehr als die Hälfte, während sich die Zahl der im warenproduzierenden Gewerbe Beschäftigten von 43 auf 40 Prozent verringerte. Betrachtet man das Verhältnis der Bruttowertschöpfung der ein-

32 Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann/Jürgen Winkler, Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B37-38/90, S. 3-13.

33 Vgl. Bradley M. Richardson, *European Party Loyalties Revisited*, in: *American Political Science Review*, 85 (1991) 3, S. 751-775.

34 Vgl. Russell J. Dalton/Robert Rohrschneider, Wählerwandel und die Abschwächung der Parteieignung von 1972 bis 1987, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1990, S. 299.

35 R. J. Dalton/R. Rohrschneider (Anm. 34), S. 310f.

zelen Sektoren zueinander, so vollzog sich der Übergang von einer industriell geprägten zu einer postindustriellen Gesellschaft in den siebziger Jahren mit einer allmählichen Abnahme des Anteils des sekundären Sektors an der Bruttowertschöpfung bei einem kontinuierlichen Anstieg des Dienstleistungssektors³⁶. Zur selben Zeit kam es auch zu grundlegenden Veränderungen der Produktionskonzepte in der Industrie, die ein Ende der Massenproduktion und der Arbeitsteilung sowie eine Neuorientierung hin zu ganzheitlicher Arbeitsgestaltung in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rückten³⁷.

Begleitet wurde die allmähliche Verlagerung vom sekundären in den tertiären Sektor von einer Bildungsrevolution, die die rasche Ausbreitung und Anwendung neuer Technologien sowie die Verarbeitung des explosiv gewachsenen neuen Wissens während der letzten Jahre erst ermöglichte. Insgesamt ergab sich damit eine beträchtliche und breit angelegte Erhöhung des Bildungsniveaus vor allem der jüngeren Bürger, wobei die erheblich gesteigerten Anforderungen zur Erreichung eines Hauptabschlusses nicht vergessen werden dürfen. Die rasche Erweiterung der Bildungschancen ist eines der wichtigsten Ergebnisse des generellen Ausbaus des Wohlfahrtsstaates, wie er in der Nachkriegszeit kennzeichnend für die meisten entwickelten westlichen Industriestaaten war. So verdoppelte sich während der letzten Jahrzehnte nicht nur der Anteil der Transferleistungen am Brutto-sozialprodukt, auch der Prozentsatz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stieg zum Teil sprunghaft an³⁸.

Zweifellos führten die unaufhaltsame Tertiarisierung der Volkswirtschaft sowie der ungebremste Ausbau des Sozialstaats zu weitreichenden Veränderungen in den soziokulturellen Strukturen entwickelter westlicher Demokratien. So hatte der allmähliche Rückgang der relativen Bedeutung des industriellen Sektors bei gleichzeitigem Anstieg des Dienstleistungssektors eine stetige Abnahme der klassischen Arbeiterschaft (blue collar) mitsamt des von ihr geprägten und sie tragenden Milieus zur Folge. Gleichzeitig mit der Ausweitung

des privaten Dienstleistungssektors sowie des öffentlichen Dienstes wuchs die Bedeutung der sog. neuen Mittelschicht, die eine strategisch wichtige Position in beiden Sektoren einnahm. Damit kam es nicht nur zur Erosion traditioneller Subkulturen, sondern auch zur Ausbreitung neuer, von der neuen Mittelschicht geprägter Lebensformen, die vor allem vom Anspruch auf konsumierbare Individualität und Exklusivität bestimmt sind und einen entscheidenden Einfluß auf die Herausbildung einer postindustriellen Konsumgesellschaft hatten³⁹.

Als nicht weniger bedeutsam für die soziokulturelle Entwicklung moderner westlicher Demokratien hat sich der Ausbau des Sozialstaats erwiesen. Zum einen erhöhten die Leistungen des Sozialversicherungssystems nicht nur das materielle Sicherheitsgefühl weiter Teile der Bevölkerung, sondern sie trugen auch zu einer realen Stabilisierung und stetigen Erhöhung des Masseneinkommens bei⁴⁰. Indem er die Masse der Bevölkerung der Furcht vor der plötzlichen, individuellen materiellen Krise entthob, trug der Sozialstaat zur Entwicklung moderner Industriestaaten hin zur postindustriellen Konsumgesellschaft bei. Zum anderen förderten steigender materieller Wohlstand und erhöhte soziale Sicherheit die Auflösung traditioneller, „ständisch gefärbter, klassenkultureller Lebenswelten“. Ein wachsender Teil vor allem der jüngeren Bevölkerung wurde „in einem historischen Kontinuitätsbruch aus traditionellen Klassenbindungen und Versorgungsbezügen der Familie herausgelöst und verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles (Arbeitsmarkt-)Schicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen“⁴¹. Verstärkt wurden diese Tendenzen noch durch die Erweiterung der Bildungschancen, als deren Folge einerseits traditionelle Denkweisen und Lebensformen durch „universalistische Lehr- und Lernbedingungen, Wissensinhalte und Sprachformen“ ersetzt, andererseits durch die bildungspolitische Betonung individueller Leistung und individuelle Leistungsnachweise als Voraussetzung für den Zugang zu „individualisierten Bildungspatenten und

36 Vgl. Heinrich Franke/Friedrich Buttler, *Arbeitswelt 2000: Strukturwandel in Wirtschaft und Beruf*, Frankfurt/M. 1991, S. 41–45.

37 Vgl. Michael Piore/Charles Sabel, *Das Ende der Massenproduktion*, Berlin 1985; Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion*, München 1984.

38 Vgl. OECD, *Economies in Transition*, Paris 1989, S. 159–166.

39 Vgl. Klaus Eder, *Jenseits der nivellierten Mittelstandsgesellschaft*, in: ders. (Hrsg.), *Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis*, Frankfurt/M. 1989; Hansfried Kellner/Frank Heuberger, *Zur Rationalität der „Postmoderne“ und ihrer Träger*, in: *Soziale Welt, Sonderband 6: Kultur und Alltag*, 1988, S. 325–337; Mike Featherstone, *Consumer Culture & Postmodernism*, London u. a. 1991.

40 Vgl. Burkart Lutz, *Der Wohlfahrtsstaat: Schon am Ende oder erst am Anfang?*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 36 (1985) 6, S. 328.

41 Ulrich Beck, *Jenseits von Stand und Klasse*, in: *Merkur*, 38 (1984) 5, S. 486.

Arbeitsmarktkarrieren“ bereits bestehende Individualisierungsprozesse weiter vorangetrieben wurden⁴².

Betrachtet man die soziokulturelle Entwicklung hochentwickelter westlicher Demokratien während der letzten Jahre, so bietet sich einerseits das Bild der Erosion, Auflösung oder Verflüssigung etablierter Weltbilder, traditioneller Lebensformen und gewachsener Milieus und Subkulturen, andererseits das der Herausbildung neuer Wertvorstellungen, multipler Identitäten und pluraler Lebensformen⁴³. Dabei trugen sowohl das gestiegene Bildungsniveau weiter Teile vor allem der jüngeren Bevölkerung als auch die explosionsartige Ausweitung des Informationsangebots (vor allem durch die Medien) entscheidend zur Herausbildung neuer Lebensstile bei.

3. Soziostruktureller Wandel und Wahlverhalten

Zweifellos wirkten sich diese soziokulturellen Veränderungen auch auf das Wahlverhalten aus. Die Erosion von Subkulturen und die damit einhergehende Auflösung von Gruppenbindungen hatten zur Folge, daß sich die traditionellen politischen Hauptkonfliktlinien abschwächten, was unweigerlich zu Wählerverlusten derjenigen Parteien führen mußte, die aus diesen Konflikten hervorgingen. Dies betrifft vor allem solche Parteien, die entweder in konfessionell oder in sozialistisch geprägten Subkulturen verankert sind, was die zum Teil erdrutschartigen Verluste vor allem kommunistischer, aber auch christdemokratischer Parteien zum Beispiel in Frankreich, Italien oder Österreich erklärt. Doch gelang es den etablierten politischen Parteien, ihre Verluste in Grenzen zu halten, indem sie sich neue Wählerschichten eröffneten. Somit führte die Auflösung überkommener Subkulturen wohl weniger zu Dealignment-Prozessen als vielmehr zu einer Reduzierung traditioneller Stammwählerschaften, wie auch zu einer Konzentration von Stammwählern in einigen traditionellen Kerngruppen (z. B. der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft oder Frauen mit starker Kirchenbindung) oder sich neu herauskristallisierenden Gruppen (z. B. Beschäftigte im öffentlichen Dienst).

Von unweit größerer Bedeutung hinsichtlich ihres Einflusses auf Veränderungen im Wahlverhalten hat sich jedoch die Erweiterung der Bildungschan-

cen sowie die explosive Ausweitung der Informationsquellen erwiesen. Ein steigendes Bildungsniveau erhöht die Fähigkeit der Wähler, komplexe soziale und politische Prozesse zu verstehen, ein erweitertes Informationsangebot reduziert die Kosten politischer Information. Beides zusammen entbindet die Wähler der Notwendigkeit, auf Parteien und Meinungsführer als politische Orientierungshilfen zurückgreifen zu müssen⁴⁴. Die so gewonnene kognitive Kompetenz eröffnet neue Möglichkeiten individueller politischer Partizipation mit weitreichenden Folgen für die Bedeutung und Bewertung von Wahlen: Je „gesicherter Demokratie und Sozialstaat erscheinen und je mehr sich Normen der individuellen Partizipation ausbreiten, um so mehr dürfen Wahlen als jeweils neu zu überlegende persönliche Entscheidung verstanden werden, als bewußte Auswahl zwischen Personen und einzelnen aktuellen Anliegen“⁴⁵. Das Endresultat ist eine Zunahme der Anzahl von parteipolitisch ungebundenen Wechselwählern, die ihre Wahlentscheidung rational aufgrund von politischen Nutzenkalkülen treffen⁴⁶.

Eine zentrale Rolle spielt in dieser Entwicklung die neue Mittelschicht. Obwohl sie keineswegs eine homogene soziale Gruppe darstellt, unterscheidet sie sich vor allem wegen ihres Bildungsniveaus und der damit verbundenen neuen Verhaltensformen und Lebensstile von anderen Gesellschaftsschichten. So sind sowohl die Ausbreitung postmaterieller Wertvorstellungen als auch die wachsende politische Bedeutung direkter Partizipation unter der Flagge neuer sozialer Bewegungen eng mit dem Aufstieg der neuen Mittelschicht verbunden⁴⁷. Jedoch ist es nicht nur ihre ausgeprägte kognitive Kompetenz, die vor allem die Gruppen mit den höchsten Bildungsabschlüssen in der neuen Mittelschicht eine Vorreiterrolle in bezug auf neue Politikformen und -verhaltensweisen einnehmen läßt. Auch ihr Anspruch auf Individua-

44 Vgl. Russell J. Dalton, Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *Journal of Politics*, 46 (1984) 2, S. 264–284.

45 E. Gehmacher (Anm. 14), S. 163; vgl. Max Kaase, The Challenge of the „Participation Revolution“ in Pluralist Democracies, in: *International Political Science Review*, 5 (1984) 3, S. 299–318.

46 Vgl. R.-O. Schultze (Anm. 31), S. 136f.; vgl. auch Ronald Inglehart, *Culture Shift in Advanced Society*, Princeton, N.J. 1990, S. 336–370.

47 Vgl. R. Inglehart, ebd., S. 331f.; Stephen Cotgrove/Andrew Duff, Environmentalism, Middle-Class Radicalism and Politics, in: *Sociological Review*, 28 (1980) 2, S. 333–351; Heinz Ulrich Brinkmann, Neue Schicht – Neue Werte?, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, 12 (1989) 2, S. 159–183; Hanspeter Kriesi, New Social Movements and the New Class in the Netherlands, in: *American Journal of Sociology*, 94 (1989) 5, S. 1078–1116.

42 Vgl. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986, S. 128f.

43 Vgl. Peter Gluchowski, *Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B12/87, S. 18–32.

lität und plurale Lebensstile, der sie zu Konsumenten par excellence auf den neuen individuellen Waren-, Informations- und Unterhaltungsmärkten macht, verändert das Gesicht der politischen Landschaft in den entwickelten Gesellschaften des postindustriellen Westens. Dies zwingt auch etablierte Parteien, Marktforschung und Imagepflege zu betreiben, um sich in den Medien öffentlichkeitswirksam zu vermarkten. Politik wird immer mehr zu einer Ware unter anderen, die sich dann am besten verkauft, wenn sie nicht nur Inhalt, sondern auch Unterhaltungswert besitzt.

4. Der politische Markt der Informations- und Konsumgesellschaft

Gegenwärtig wird der politische Markt westlicher Demokratien im großen und ganzen von vier klar identifizierbaren Einflußgrößen beherrscht. Zum einen von den etablierten Großparteien, deren Angebot sich im wesentlichen auf langsamen und kalkulierten Wandel bei möglichst weitreichender Bewahrung des Erreichten beschränkt⁴⁸; zum anderen von der Vision einer radikal veränderten multikulturellen, ökologisch orientierten und sozialverträglichen Gesellschaft grüner und sonstiger linkslibertärer Provenienz; zum dritten vom nicht weniger radikalen Entwurf einer homogenen, eurozentrischen und weitgehend marktbeherrschten Gesellschaft rechts-populistischer Parteien; schließlich von neuen monothematischen Interessengruppen wie den italienischen und französischen Jägerlisten, den italienischen Pensionisten, den schweizer Anti-Einwanderungsparteien, oder auch von politischen Alleinunterhaltern wie Moana Pozzis Partei der Liebe, oder der Liste Jean-Pierre Rossems, die bei den letzten belgischen Wahlen drei Parlamentssitze errang. In den letzteren drei politischen Gruppierungen artikuliert sich zum einen die Herausforderung an die etablierten Parteien und das überkommene Parteiensystem, zum anderen der Protest gegen sie.

Falls die Dealignmenthypothese das Aufkommen neuer politischer Formationen zutreffend erklärt, wäre zu erwarten, daß ihre Anhänger und Wähler vornehmlich sowohl in den höher gebildeten Teilen der neuen Mittelschicht als auch in Wählerschichten mit schwach ausgebildeten oder noch nicht entwickelten oder aufgelösten soziostrukturellen Bindungen konzentriert sind. Zahlreiche Untersuchungen belegen, daß diese Merkmale auf die Anhänger und Wähler grüner und anderer

linkslibertärer Parteien zutreffen⁴⁹. Ihre Anhänger und Wähler rekrutieren sich vor allem aus den jüngeren Jahrgängen mit höheren Bildungsabschlüssen. So hatten 1990 fast drei Viertel der Wähler der österreichischen GRÜNEN das Abitur bzw. einen Hochschulabschluß⁵⁰. In allen untersuchten Ländern kommt ein im Vergleich zu anderen Parteien überproportionaler Anteil aus dem Angestelltenbereich, und dabei wieder (vor allem in Skandinavien, aber auch in Frankreich) aus dem öffentlichen Dienst. In Norwegen zum Beispiel kamen 1989 mit 35 Prozent mehr als doppelt so viele Wähler der sozialistischen Linkspartei aus diesem Sektor als aus dem privaten Angestelltenbereich. Ein ähnliches Bild bot die dänische sozialistische Volkspartei, die 1987 ein Drittel der Wähler aus dem öffentlichen Dienst für sich gewinnen konnte⁵¹. Schließlich haben Untersuchungen der deutschen GRÜNEN sowohl auf die schwache soziokulturelle Einbindung ihrer Anhänger als auch auf ihre zum Teil nicht erfüllten Staturerwartungen (bis hin zur Arbeitslosigkeit) hingewiesen⁵².

Bieten grüne und andere links-libertäre Parteien das Erscheinungsbild relativer soziostruktureller Geschlossenheit und Homogenität, so reflektieren radikal rechtspopulistische Parteien die Fragmentierung postindustrieller Gesellschaften. Dies heißt jedoch nicht, daß es nicht möglich ist, Schwerpunkte festzustellen. Generell weisen radikal rechtspopulistische Parteien eine überproportionale Anziehungskraft auf jüngere, vor allem männliche Wähler auf. Dies trifft u. a. auf die norwegische Fortschrittspartei zu, deren Kernwählerschaft am Ende der achtziger Jahre die jüngsten Wähler waren. In dieselbe Richtung geht die Entwicklung bei der FPÖ, die bei den Wiener Landtagswahlen mit 26 Prozent der Wähler unter 30 Jahren nur knapp hinter der SPÖ, aber noch vor den Grün-

49 Vgl. allgemein H. Kitschelt (Anm. 16), S. 187–189.

50 Vgl. F. Plasser/F. Sommer/P. Ulram (Anm. 28), o. S.

51 Vgl. Henry Valen/Bernt Aardal/Gunnar Vogt, Endring og Kontinuitet. Støtingsvalget 1989, Oslo 1990, S. 99; Ole Botte, Some Results from the Danish 1987 Election, in: Scandinavian Political Studies, 10 (1987) 4, S. 350; allgemein auch Jorgen Goul Andersen, Electoral Trends in Denmark in the 1980's, in: Scandinavian Political Studies, 9 (1986) 2, S. 158–163; Lise Togeby, Political Radicalism in the Working Class and in the Middle Class, in: European Journal of Political Research, 18 (1990) 4, S. 423–436.

52 Vgl. Wilhelm Bürklin, Governing Left Parties Frustrating the Radical Non-Established Left: The Rise and Inevitable Decline of the Greens, in: European Sociological Review, 3 (1987) 2, S. 109–126; Heinz Ulrich Brinkmann, Wahlverhalten der „neuen Mittelschicht“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B30–31/88, S. 28; Manfred Hermanns, Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B27/91, S. 28.

48 Vgl. Rudolf Wildenmann, Volksparteien: Ratlose Riesen, Baden-Baden 1989.

alternativen und weit vor der ÖVP blieb und neuesten Umfragen zufolge bei den 19- bis 29jährigen auf 32 Prozent der Stimmen kommt⁵³. Ähnliches gilt für die Autopartei und die Lega dei ticinesi, die Neue Demokratierpartei und den Vlaams Blok sowie, wenn auch in einem geringeren Maße, für den Front National und die Lega Lombarda⁵⁴.

Von ihrer sozialen Basis her sind die meisten neuen rechtspopulistischen Parteien „interklassistisch“, das heißt sie sprechen alle sozialen Klassen und Schichten an, schwerpunktmäßig jedoch vor allem Selbständige und Angestellte im privaten Sektor sowie Facharbeiter, an- und ungelernete Arbeiter und Arbeitslose⁵⁵. Vor allem die FPÖ und die norwegische Fortschrittspartei, aber auch die dänische Fortschrittspartei, der Vlaams Blok und, seit 1986, der Front National rekrutieren einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler aus der Arbeiterschaft. Radikal rechtspopulistische Parteien stehen insofern zwischen den traditionellen Rechts- und Linksparteien und entziehen beiden Lagern gleichermaßen Wähler. Individuelle Untersuchungen lassen darauf schließen, daß soziale Auflösungserscheinungen und Bindungsverlust die Wahl rechtspopulistischer Parteien begünstigen. So erzielte der Vlaams Blok bei den letzten Wahlen beträchtliche Zugewinne bei enttäuschten ehemaligen sozialistischen Wählern mittleren Alters und mit geringer Bildung, während ältere Arbeiter, „zweifellos geprägt von der Tradition der Arbeiterkämpfe und vom Widerstand“, den Sozialisten die Treue hielten⁵⁶.

Soziostruktureller Wandel könnte auch den relativ großen Anteil an Arbeitern unter den Wählern der dänischen Fortschrittspartei erklären. Vieles spricht dafür, daß es sich dabei um Personen handelt, die in den sechziger und siebziger Jahren aus der Landwirtschaft in die Industrie oder in mittelständische Betriebe überwechselten. Unter dem

53 Vgl. Tor Bjorklund, *The 1987 Norwegian Local Elections: A Protest Election with a Swing to the Right*, in: *Scandinavian Political Studies*, 11 (1988) 3, S. 223; F. Plasser/P. A. Ulram (Anm. 29); Ettore Petta, *Austria, i due volti del radicalismo*, in: *Corriere della Sera* vom 16. Februar 1992, S. 10.

54 Vgl. Gianluigi Da Rold, *A Lugano il voto della protesta*, in: *Corriere della Sera* vom 24. Oktober 1991, S. 7; Kerstin Brunnberg, *Election Year '91*, in: *Current Sweden*, 385 (1991), S. 10. Bei den Parlamentswahlen in Italien bestand die Wählerschaft der Lega Lombarda aus etwas mehr Männern als Frauen. Fast 50 Prozent ihrer Wählerschaft waren jünger als 35 Jahre.

55 Vgl. Pascal Perrineau, *Front national: l'écho politique de l'anomie urbaine*, in: *Esprit*, 136–137 (1988), S. 24–27.

56 Vgl. Christian Vandermotten/Jean Vanlaer, *Immigration et vote d'extrême-droite en Europe Occidentale et en Belgique*, *Université Libre de Bruxelles*, 1991, S. 5–6.

Einfluß einer individualistischen Arbeitsethik und Produzentenmentalität und einer „klassischen liberalen Ideologie der Autonomie des Individuums und der Interessengemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital“ verweigerten sich diese Arbeiter nicht nur dem Geist kollektiver Solidarität und den Gewerkschaften, sondern wiesen auch eine ausgeprägte Aversion gegen den Staat auf⁵⁷. Diese Einstellung ist identisch mit dem Kern der politischen Ideologie der Fortschrittspartei.

Sozialer Bindungsverlust ist auch zur Erklärung des Aufstiegs des Front National herangezogen worden. So weist Dietmar Loch auf die Bedeutung der von mangelnder Integration in die städtische Gemeinschaft geprägten Neubauviertel großer Städte für die Wahlerfolge Le Pens hin. Unter ihren Bewohnern finden sich nicht nur die Angehörigen der neuen, mobilen Mittelschicht in ihren Einfamilienhäusern, sondern auch die Opfer der französischen Zweidrittelgesellschaft in den Sozialwohnungsghettos, die durch den Zerfall des sozialen Netzwerks der kommunistischen Linken zusätzlich geschwächt sind, was sie für die nationalpopulistische Ideologie Le Pens um so empfänglicher macht⁵⁸.

V. Die Zukunft der Demokratie

Dieser kurze Überblick über die Wählerbasis linker und rechter Alternativen zu den etablierten Parteien deutet darauf hin, daß diese Parteien in nicht geringem Maße das Produkt eines grundlegenden soziokulturellen Wandels entwickelter westlicher Demokratien und eines mit ihm einhergehenden Dealignment-Prozesses darstellen. Dabei verdient der hohe Prozentsatz von Erst- und Jungwählern unter den Wählern sowohl grüner und anderer linkslibertärer Parteien als auch besonders radikal rechtspopulistischer Parteien besondere Beachtung. Er ist ein Anzeichen für die Erosion überkommener Grundmuster der politischen Sozialisation über die Familie und das soziokulturelle Milieu. Zum anderen sei darauf hingewiesen, daß es radikal rechtspopulistischen Parteien zum Teil gelungen ist, frühere Nicht- und Wechselwähler, die in vorhergegangenen Wahlen

57 Vgl. Niels Finn Christiansen, *Denmark: End of the Idyll*, in: *New Left Review*, 144 (1984), S. 16.

58 Vgl. Dietmar Loch, *Der schnelle Aufstieg des Front National*, München, 1991², S. 147f.; s.a. Marc Ambroise-Rendu, *Le « mal des banlieues » s'étend*, in: *Le Monde* vom 8. August 1991, S. 20.

von einem politischen Lager ins andere überwechselten, ohne dort heimisch zu werden, für sich zu gewinnen⁵⁹. In Anbetracht der steigenden Neigung zur Wahlenthaltung sowie zur Wahl systemkritischer, wenn nicht systemablehnender Parteien ist das Ergebnis dieses Wandels nicht unbedingt der aufgrund von politischen Sachfragen und Nutzenkalkülen urteilende und entscheidende rationale Wähler. Vielmehr haben gestiegene kognitive Kompetenz und die Auflösung traditioneller Milieus und sozialer Bindungen teils zu einem Bedeutungsverlust von Politik, von Parteien und damit auch von Wahlen, oder zumindest zur Suche nach neuen, alternativen Politikformen geführt, teils zu politischer Verunsicherung und Orientierungslosigkeit und dem Verlangen nach einfachen Lösungen.

Dabei schließen sich der Dealignment-Ansatz und die Annahme einer Parteienverdrossenheit zur Erklärung der Veränderungen im Wählerverhalten nicht gegenseitig aus. Sie ergänzen sich eher. Das trifft nicht nur auf die Wähler radikal rechtspopulistischer Parteien zu, sondern auch auf die Wählerschaft grüner und anderer links-libertärer Parteien. So begründete bei den österreichischen Nationalratswahlen 1990 immerhin ein Drittel der Gesamtzahl der Grünwähler und ein Viertel ihrer Stammwähler ihre Entscheidung damit, den beiden Großparteien einen Denkkzettel geben zu wollen⁶⁰. Jedoch ist es besonders radikal rechtspopulistischen Parteien gelungen, sowohl Statusängste als auch neue Erwartungen, die sich beide aus dem gesellschaftlichen Wandel ergeben, gegen die etablierten Parteien zu mobilisieren. Es darf nicht übersehen werden, daß sich ihre Klientel nicht nur auf die zum Teil jungen Verlierer des Modernisierungsprozesses aus der Arbeiterschaft beschränkt, die etablierte Parteien und Gewerkschaften gleichermaßen für ihre Lage verantwortlich machen, sondern durchaus auch einen Teil der aufstiegsorientierten neuen Mittelschicht einschließt, die im marktorientierten Programm des radikalen Rechtspopulismus eine politische Chance für ihren individuellen Aufstieg und damit eine politische

Alternative zu den auf Bewahrung bedachten etablierten Parteien sieht.

Ein potentielleres Ergebnis dieser Entwicklung ist die fortdauernde Zersplitterung der Parteienlandschaft mit weitreichenden Folgen für die Zukunft der Demokratie. Dabei geht es weniger um die Frage, ob Wählerapathie und Wählerprotest der Legitimität des politischen Systems abträglich sind. Norwegische Untersuchungen haben zum Beispiel ergeben, daß sich das politische Vertrauen der norwegischen Bevölkerung deutlich erhöhte, nachdem die Fortschrittspartei ins Parlament gelangt war⁶¹. Vielmehr stellt sich die Frage nach der Gewährleistung politischer Funktions- und Entscheidungsfähigkeit westlicher Demokratien, die, betrachtet man zum Beispiel die Entwicklung in Belgien, Italien, Frankreich oder auch in einer jungen Demokratie wie Polen, immer mehr gefährdet erscheinen. Es ist zu erwarten, daß eine weitere Abnahme der politischen Funktionsfähigkeit bereits vorhandene Apathie und Zynismus bei den Wählern nur verstärken wird, wie dies bereits in den Vereinigten Staaten zu beobachten ist.

Damit stellt sich erneut die Frage nach institutionellen Reformen, die, wenn sie auch vielleicht wenig zum Abbau der Politikverdrossenheit beitragen würden, so doch die Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung erhöhen könnten⁶². Zu denken wäre vor allem an die allgemeine Einführung einer Sperrklausel wie in der Bundesrepublik Deutschland oder sogar von einem Mehrheitsystem nach britischem Vorbild bei gleichzeitiger Erweiterung der direkten Einflußmöglichkeiten der Bürger auf die Politik. Dies entspräche nicht nur dem Anspruch von Wahlen, regierungsfähige Mehrheiten zu schaffen, sondern auch der veränderten Stellung von Politik, die immer mehr mit anderen Themen und Unterhaltungsformen um das Interesse des Bürgers konkurrieren muß und so auch in Zukunft an Gewicht und Bedeutung verlieren dürfte.

59 Vgl. D. Loch (Anm. 58), S. 58f.; T. Bjorklund (Anm. 53), S. 221; Vittorio Moioli, *I nuovi razzismi*, Rom 1990, S. 75f.; dies traf vor allem auf die Anfangserfolge der Republikaner zu, vgl. Hans-Walter Kreiling, Die Europawahl am 18. Juni 1989 in München, in: *Münchener Statistik*, 6 (1989), S. 362; Horst W. Schmollinger, Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Juni 1989, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 20 (1989) 3, S. 319.

60 Vgl. F. Plasser/F. Sommer/P. Ulram (Anm. 28), S. 51.

61 Vgl. Arthur H. Miller/Ola Listhaug, *Political Parties and Confidence in Government: A Comparison of Norway, Sweden and the United States*, in: *British Journal of Political Science*, 29 (1990) 3, S. 365f.

62 Vgl. Angelo Panebianco, *Quattro „scenari“ per la prossima Italia tra politica, economia, Europa e riforme*, in: *Corriera della Sera* vom 21. Januar 1992, S. 14.

Wahlen, Wähler und Demokratie in der EG

Die drei Dimensionen des demokratischen Defizits

I. Vierzig Jahre demokratisches Defizit

Mit einem neuerdings anstehenden „Mehr an Europa“, das heißt mit der Annäherung an das magische Datum 1. Januar 1993 (Vollendung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes) und mit der Einigung über die Verträge von Maastricht, ist (bezeichnenderweise nach deren Unterzeichnung) die öffentliche Debatte über das demokratische Defizit der Europäischen Gemeinschaft wieder aufgeflammt. Es ist nicht auszuschließen, daß sie sich anlässlich der Ratifizierungsverfahren bis auf die Ebene der Bürger ausdehnt. Es ist auch noch nicht ausgemacht, daß „Maastricht“ in jedem Mitgliedsland ratifiziert wird und anschließend tatsächlich in Kraft tritt.

Dabei ist diese Debatte so alt wie die Gemeinschaft selbst: vierzig Jahre. Allerdings hat sie sich meist auf einige Segmente der politischen Klasse und der Experten beschränkt. Gleichzeitig wurde von ihren drei Dimensionen oder Ebenen eine einzige deutlich privilegiert: die Ebene der Institutionen. Die Ebene der soziopolitischen Vermittlungsstrukturen (Parteien, Verbände, öffentliche Meinung bzw. veröffentlichte Meinung) fand schon weitaus geringere Aufmerksamkeit. Das demokratische Defizit auf der Ebene der Bürger wurde noch mehr vernachlässigt¹.

1 Die Literatur zum Thema ist Legion; vgl. z. B. Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Wie Europa verfaßt sein soll*, Gütersloh 1990; Eberhard Grabitz u. a., *Direktwahl und Demokratisierung – eine Funktionenbilanz des Europäischen Parlaments nach der ersten Wahlperiode*, Bonn 1988; M. Rainer Lepsius, *Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft*, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), *Staatswerdung Europas?*, Baden-Baden 1991, S. 19 ff.; Karlheinz Reif, *Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1984) 3, S. 341 ff. Für erste Analysen zu „Maastricht und das demokratische Defizit“ siehe: Otto Schmuck, *Der Maastrichter Vertrag zur Europäischen Union*, in: *Europa Archiv*, (1992) 4, S. 97 ff.; Wolfgang Wessels, *Maastricht: Ergebnisse, Bewertungen und Langzeittrends*, in: *Integration*, (1992) 1, S. 2 ff.

Im folgendem Beitrag sollen – nach einem kurzen Rückblick auf die vergangenen 40 Jahre demokratisch defizitärer EG – zu jeder dieser drei Dimensionen einige Anmerkungen gemacht werden, vor allem aber zur Vermittlungs- und zur Bürgerebene des demokratischen Defizits. Dies ist keinesfalls nur von akademischem Interesse. Wird doch das Weiterbestehen des bislang auf der Bürgerebene weitgehend vorherrschenden *permissive consensus* (d. h. der wohlwollenden Zustimmung zur Integrationspolitik der politischen Eliten) immer weniger wahrscheinlich; zwei andere Formen der „Behandlung“ von Europa durch die Bürger beginnen sich abzuzeichnen: eine scharf protestierende Zurückweisung dieses „Mehr an Europa“, ja sogar – das Kind mit dem Badewasser ausschüttend – eine Zurückweisung der bis „vor Maastricht“ beträchtlich gewachsenen *acquis communautaires* (der schon erreichte Grad an europäischer Integration) oder aber ein nicht mehr zu ignorierendes Einfordern ihrer demokratischen Mitgestaltungsansprüche durch die Bürger selbst.

Unmittelbar nach der Gründung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Montanunion) wurde parallel zum Vertrag über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) von der Parlamentarischen Versammlung der „Montanunion“ ein Vertrag über die „Europäische Politische Gemeinschaft“ (EPG) ausgearbeitet. Er enthielt – auf der Ebene der Verfassungsregelungen – alle Kernelemente einer föderalen Demokratie: die Mitwirkung der Mitgliedstaaten am Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft über einen Ministerrat aus Vertretern der nationalen Regierungen; ein diesem Ministerrat gleichberechtigtes, nach einem einheitlichen Wahlverfahren direkt gewähltes Europäisches Parlament, welchem eine europäische Exekutive politisch verantwortlich sein sollte; einen unabhängigen Gerichtshof. Nach der Ratifizierung durch die Parlamente von fünf der sechs Mitgliedstaaten der Montanunion ist die EVG, und mit ihr die EPG, in der französischen Deputiertenkammer im August 1954 gescheitert.

Nach der Übertragung der verteidigungspolitischen Integration auf die NATO blieb die mit den Römischen Verträgen geschaffene „Europäische

Wirtschaftsgemeinschaft“ (EWG) im Hinblick auf ihren supranationalen Charakter deutlich hinter der Montanunion und im Hinblick auf den demokratischen Charakter deutlich hinter der EPG zurück.

Ansätze zur Demokratisierung – wie sie der Römische Vertrag mit der Direktwahl der Europäischen Versammlung und mit deren Kompetenz, die Kommission abzuwählen, enthalten hatte – wurden durch die von de Gaulle herbeigeführte De-facto-Verfassungsänderung im „Luxemburger Kompromiß“ von 1966 für mehr als ein weiteres Jahrzehnt hinausgeschoben: die Dominanz der konföderativ-intergouvernementalen Komponente wurde ausgebaut und blieb bis heute erhalten.

Dabei war das Thema einer „Europäischen Politischen Union“ (EPU) mit dem Fouchet-Plan 1962 noch einmal auf die Tagesordnung gekommen, aber an der Ablehnung einer französischen Hegemonie bei gleichzeitiger entscheidender Schwächung der NATO gescheitert. Die Thematik einer „Europäischen Politischen Union“ ist seit damals und bis in die Gegenwart der Regierungskonferenzen und des Vertrages von Maastricht durch eine sprachliche Verwirrung, ein gleichsam systematisches Aneinander-Vorbei-Reden gekennzeichnet: Für die meisten Franzosen (und seit der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs auch für die meisten Briten, jedenfalls die meisten Engländer) ist die EPU primär, wenn nicht ausschließlich, eine Frage gemeinsamer Außenpolitik, nach intergouvernementalem Modus auszuarbeiten und zu praktizieren, d.h. letztendlich ein Mehr an Europäischer *Politischer* Zusammenarbeit, eine Vertiefung der EPZ². Für die meisten Deutschen, und wohl auch Italiener und Belgier, ist eine „Europäische Politische Union“ primär eine Reform der Institutionen, eine Vertiefung der föderativen Komponente der Gemeinschaft und eine Demokratisierung ihres Entscheidungsprozesses.

II. Die institutionelle Dimension des demokratischen Defizits

Vor der Einführung direkter Wahlen zum Europäischen Parlament wurde häufig die Meinung vertreten, zuerst müsse es europäische Parteien

2 So nennt sich der auswärtige Ausschuß des Europäischen Parlaments „Politischer Ausschuß“; daneben gibt es einen „institutionellen Ausschuß“.

geben. Schon die Ankündigung der Einführung direkter Wahlen hat den Zusammenschluß nationaler Parteien zu transnationalen (Kon-)Föderationen gefördert. Aber die relativ geringen Kompetenzen des Europäischen Parlaments (EP) haben, selbst nach gewissen Kompetenzerweiterungen durch die Einheitliche Europäische Akte, inzwischen zu einer relativen Stagnation dieses Prozesses geführt. Erstaunlicherweise haben weder die de facto Große Koalition zwischen Sozialisten und christdemokratischer Europäischer Volkspartei noch die niedrige Fraktionsdisziplin bei den Abstimmungen im Parlament, z.B. anlässlich der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs für die Europäische Union durch das EP, zu einer nennenswerten Debatte über die beiden grundlegenden Rollenoptionen der Volksvertretung geführt: 1. präsidentielles System (eventuell konkordanzdemokratischer Ausprägung ähnlich der Schweiz³) mit vollen Legislativ- und Haushaltsrechten aber ohne die Aufgabe, eine Regierung zu tragen, und daher auch ohne intensiven Druck zur Fraktionsdisziplin, oder 2. ein parlamentarisches System mit der parlamentarischen Primäraufgabe, eine Regierung zu tragen, ergo mit hohem Bedarf an Mehrheitsfraktionsdisziplin und recht weitgehender Notwendigkeit, der Regierung in ihren Gesetzgebungs- und Haushaltsinitiativen bei der Auseinandersetzung mit der Opposition und bei der Bemühung um Zustimmung der „Mitgliedstaatenkammer“ zu folgen. Das EP hat sich eindeutig für den (schwierigeren) Weg des parlamentarischen Systems entschieden. Dieses System entspricht nicht nur vollen (wenngleich eventuell relativ rituell wahrgenommenen) Gesetzgebungs- und Haushaltskompetenzen, sondern transnationalen Mehrheitsentscheidungen entlang der Linie Regierungsmehrheit – Opposition. Das impliziert entweder ein intensives Zurückdrängen der Abstimmung nach Nationen oder eine große Regierungs-Krisenanfälligkeit des Systems.

In Vorbereitung auf Maastricht hat das Europäische Parlament – wie die Regierungen Deutschlands, Italiens und Belgiens – auf „Ko-Legislation“ und volles Haushaltsrecht gedrängt. Hiervon konnte kaum etwas durchgesetzt werden; die Vermehrung der Verfahrenstypen parlamentarischer Mitwirkung trägt gewiß nicht zur Transparenz des EG-Systems bei – ein Aspekt, der das demokrati-

3 Zur Kategorisierung der Schweiz als präsidentielles System vgl. Winfried Steffani, *Parlamentarische und Präsidentsche Demokratie*, Opladen 1979. Zur Kategorisierung der EG als Konkordanzsystem vgl. Rudolf Hrbek, *Die EG ein Konkordanz-System?*, in: Roland Bieber u. a. (Hrsg.), *Das Europa der zweiten Generation*, Kehl 1981, S. 87 ff.

sche Defizit nicht nur für die Bürger, sondern auch für viele Nichtspezialisten im Umfeld der EG-Institutionen und in der politischen Klasse der Mitgliedstaaten vergrößert. Die französische Regierung will zwar eine Vertiefung der Gemeinschaft, insbesondere die Währungsunion unter Inkaufnahme der deutschen Bedingungen hinsichtlich der Autonomie der europäischen Zentralbank und der wirtschafts- und finanzpolitischen Kriterien, aber – zusammen mit der britischen Regierung und den Regierungen mehrerer kleinerer Mitgliedstaaten – keine Gleichberechtigung des Parlaments in Gesetzgebung, Außen- und Sicherheitspolitik.

Aus systematischer Sicht ist die Position überzeugend, die Bundeskanzler Kohl vor Maastricht vertreten hat und die im Bundestag und von der Bundesbank auch nach Maastricht vertreten wird: Eine Währungsunion in einem politischen System ohne ein Parlament mit vollen Mitwirkungsrechten (und Mitverantwortungspflichten) birgt sowohl Effizienz- als auch Legitimitätsrisiken⁴. Dies gilt noch stärker auf der Ebene der politischen, ökonomischen und Medieneliten als auf der Ebene des Durchschnittsbürgers, für den die Komplexität der Entscheidungsverfahren und der Entscheidungsmaterien einer modernen industriestaatlichen Demokratie ohnehin nicht direkt durchschaubar ist.

Der Vertrag von Maastricht enthält jedoch einen Kompetenzzuwachs des Parlaments, der für den Abbau des Demokratiedefizits der EG aus der Sicht des einfachen Bürgers von ausschlaggebender Bedeutung sein kann: Die Einsetzung des Kommissionspräsidenten und der Kommission bedürfen der Beteiligung des Parlaments; die Amtszeit der Kommission wird der Wahlperiode des Parlamentes angeglichen.

Es ist jedoch daran zu erinnern, daß Systeme, die das Verbleiben der Regierung im Amt vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängig machen, Gefahr laufen, „parlamentaristisch“ zu entarten, wenn weder Regierung (Kommission) noch Staatsoberhaupt (Europäischer Rat) die Möglichkeit haben, im Falle eines Regierungssturzes das Parlament „zurück zu den Wählern“ zu schicken⁵. Solange zum Sturz der Kommission nicht die einfa-

4 Es bleibt der Spekulation überlassen, ob nicht mancher deutsche Gegner der Währungsunion eine Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments zur Bedingung macht, in der Erwartung, sie würde nicht so bald Realität.

5 Zu dieser Problematik in der III. und IV. Französischen Republik vgl. Karlheinz Reif, *Party Government in the Fifth French Republic*, in: Richard Katz (Hrsg.), *Party Governments: European and American Experiences*, Berlin-New York 1987, S. 27ff. und Oliver Duhamel, *Le pouvoir politique en France*, Paris 1991.

che, sondern eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, bleibt dieses Risiko gering, kommt jedoch einer Anomalie im parlamentarischen System gleich.

III. Die Rolle des Bürgers in einer demokratischen Union

Wenngleich es höchst bemerkenswerte Veränderungen in den Meinungen und Einstellungen der EG-Bürger zur europäischen Einigung und zur Europäischen Gemeinschaft über die letzten 20 und insbesondere über die letzten zehn oder fünf Jahre hinweg gegeben hat, bleibt die Charakterisierung ihrer Einstellungen durch Lindberg und Scheingold aus dem Jahre 1970 bis heute die treffendste: ein wohlwollendes „Nun integriert mal schön“ – a permissive consensus.

Das Prinzip der EG-Mitgliedschaft findet in jedem Mitgliedsland eine große Zustimmung, inzwischen auch in Großbritannien und Dänemark. Der Anteil der Befragten, der die Gegenposition einnimmt, ist fast überall verschwindend gering und erreicht sogar in Großbritannien (15 Prozent) und Dänemark (20 Prozent) seit mehreren Jahren keine dramatische Größenordnung mehr. Auch allgemein formulierte Fragen nach „mehr europäischer Einigung“ oder „einem größeren Tempo der europäischen Einigung“ finden hohe Zustimmung.

Bereits vor Jahren wurde darauf hingewiesen⁶, daß nicht für jeden, der solche Zustimmung äußert, daraus abgeleitet werden kann, daß er oder sie persönlich aktiv für die EG oder für „mehr Europa“ eintritt. Gerade wenn man sich nicht auf die traditionellen Standardindikatoren beschränkt⁷, sondern die breite Palette unterschiedlicher Fragestellungen in den Eurobarometerumfragen heranzieht, bestätigt sich immer wieder ein bezeichnendes Muster in den Ergebnissen:

Fragen, die das eigene Land zum Gegenstand der Bewertung oder Beurteilung EG-bezogener Politikaspekte machen, finden in der Regel höhere Zustimmungswerte bzw. Wichtigkeitszuschreibungen als Fragen, die direkt den Befragten als Individuum betreffen. Eine subjektiv unmittelbare Bin-

6 Vgl. Kommission der EG (Hrsg.), *Eurobarometer 27*, Brüssel 1987.

7 Vgl. Oskar Niedermayer, *Bevölkerungsorientierungen gegenüber dem politischen System der Europäischen Gemeinschaft*, in: R. Wildenmann (Hrsg.) (Anm. 1), S. 321 ff.

dung an die EG oder „Europa“ haben deutlich weniger Bürger (s. Tab. 1 und 2). Je nach Operationalisierung dieser Dimension in Umfragen sind es im EG-Durchschnitt zwischen 45 und 55 Prozent, bei denen man von einer individuellen Europabindung oder Europaidentifikation sprechen kann. Sobald den Befragten die Möglichkeit gradueller Abstufung gegeben wird, zeigt sich, daß der Anteil mit sehr intensiver Europabindung nur zwischen 12 und 33 Prozent der Befragten liegt – je nach „Härte“ der Fragestellung. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern oder nach soziodemographischen Gruppen reproduzieren fast immer das hinlänglich bekannte Muster. Die Niederlande, Portugal und Italien liegen an der Spitze, Großbritannien und Dänemark am Ende. Unter Jüngeren, formal besser Gebildeten, Wohlhabenderen, politisch Interessierten und „Meinungsführern“ liegen (EG-) Aufmerksamkeit, Informiertheit, Akzeptanz, Wichtigkeitszuschreibung und eben auch Identifikation bzw. affektive Bindung deutlich (oft sehr deutlich) über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Seit der „neuen Dynamik“, die das Binnenmarktprojekt ausgelöst hat, läßt sich eine Zunahme der „europa-positiven“ Antworten bei den verschiedenen Indikatoren registrieren. Dennoch ändert dies nichts an der Feststellung, daß die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament von Anfang an niedrig war und von Wahl zu Wahl weiter abgenommen hat⁸.

Bedenkt man darüber hinaus, daß positive Meinungen und Einstellungen zur EG zwar mit einer höheren Beteiligung an Europawahlen einhergehen, diese aber nicht eigenständig und direkt verursachen⁹, dann liegt die Schlußfolgerung nahe, daß auf der Ebene des Durchschnittsbürgers die Bezeichnung „demokratisches Defizit“ noch ein Euphemismus ist.

Der Durchschnittsbürger in der pluralistischen Demokratie ist an Politik nicht oder nur wenig interessiert und auch nicht sehr detailliert informiert. Dies gilt für EG-Politik angesichts der „Ferne“ und der objektiv extrem geringen Transparenz des politischen Systems der Gemeinschaft noch mehr. Dennoch legt dieser Durchschnittsbürger großen

8 Auf die umfangreiche Diskussion über eine allgemeine Tendenz zum Rückgang der Wahlbeteiligung kann hier nicht eingegangen werden. Zur Zunahme der ungültigen Stimmen in Ländern mit Wahlpflicht bei Europawahlen vgl. K. Reif (Anm. 1).

9 Vgl. Hermann Schmitt/Inge Weller, Behavioural Relevance of Attitudes and Opinions Towards European Integration and the EC, Mannheim 1991 (ZEUS Report for EUROBAROMETER).

Wert auf seine Grundrechte und Freiheiten und auf sein Recht, bei Wahlen, bei denen es tatsächlich „um etwas geht“, mitbestimmen zu können. Letztendlich ist ihm – so kann man vermuten – am wichtigsten, „die Regierung auswechseln zu können“, wenn er nicht oder nicht mehr mit ihr zufrieden ist.

Eine Eurobarometerumfrage Anfang März 1992 bestätigt diese Hypothese für das politische System der EG (und zwar gerade, weil die EG selbst in der Frage überhaupt nicht thematisiert wurde) (Tab. 3). Zwar wird „die Unterstützung der Partei mit dem besten Programm“ am häufigsten als wichtige Wahlbeteiligungsmotivation genannt, aber die Bestätigung bzw. Abwahl der Regierung steht überall an zweiter Stelle¹⁰. Europäische Parteien gibt es noch nicht, jedenfalls nicht für den Durchschnittsbürger. Aus diesem Grund ist die Bindung der Kommissionsbildung an die Zustimmung des Europäischen Parlaments im zeitlichen Zusammenhang mit der Europawahl so bedeutungsvoll für den Abbau des demokratischen Defizits der EG beim Bürger, wenn – aber nur wenn – er auch davon weiß.

Mit seinem nationalstaatlichen System fühlt sich der Bürger vertraut, weil soziopolitische Vermittlungsstrukturen die objektive Komplexität des politischen Prozesses reduzieren. Parteien und ihre Spitzenpolitiker stellen über ihre Organisation, über die für den einzelnen Bürger relevanten Interessenverbände und deren Stellungnahmen zu Parteiprogrammen und -führungspersonen – vor allem über die Massenmedien – die Überschaubarkeit politischer Strukturen her. Dies erlaubt es dem Durchschnittsbürger, am Wahltag Stellung zu beziehen, sofern ihm das, worum es bei der jeweiligen Wahl geht, wichtig genug erscheint.

Die Mechanismen dieser Komplexitätsreduktion sind im politischen System der EG unterentwickelt. *Der Bürger hat keine Wahl*, im wortwörtlichen Sinne. Er kann EG-Politik ausschließlich als Dauerverhandlung seiner nationalen Regierung mit anderen nationalen Regierungen begreifen, auch wenn dies trotz der Dominanz intergouverne-

10 Die Umfrage fand während der Wahlkämpfe in Frankreich, Großbritannien und Italien statt. Eine Partei schwächen ist in Großbritannien für viele identisch mit „Regierung abwählen“. Der überdurchschnittliche Anteil von Labour-Anhängern, die diesen Grund angeben, belegt dies. Da in Frankreich Regionalwahlen anstanden, ist der Anteil für „regionale Kandidaten“ besonders hoch. Gleichzeitig waren viele Minister Spitzenkandidaten (und verloren nahezu alle). Der Unterschied von 3 Punkten zwischen „Regionalkandidat“ und „Regierung beibehalten/abwählen“ im minderheitsregierten Dänemark liegt innerhalb der Fehlergrenze.

Tabelle 1: Affektive Bindung an Nationalstaat und EG. Angaben in Prozent

Frage: Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Gegend, seinem Land, der Europäischen Gemeinschaft oder mit Europa als Ganzem. Bitte sagen Sie mir, wie stark fühlen Sie sich verbunden mit ... ?

Ihrem Land	B	DK	D		GR	E	F	IRL	I	L	NL	P	UK	EG 12	EG 12+	
			West	Ost												
Sehr verbunden	30	84	47	47	45	86	62	46	72	55	60	40	70	58	54	53
Ziempl. verbunden	44	14	40	40	40	11	27	44	23	34	32	41	24	31	35	35
Nicht sehr verbunden	17	2	10	10	11	3	6	5	4	7	4	14	4	8	8	8
Überhaupt nicht verbunden	7	0	1	1	2	0	3	3	0	3	2	4	0	2	2	2
weiß nicht	2	1	3	3	2	0	3	2	1	1	3	0	2	0	1	2
TOTAL	100	101	100	101	100	100	101	100	100	100	101	99	100	100	100	100
Der EG																
Sehr verbunden	13	9	9	9	8	15	18	12	9	18	16	4	11	6	12	12
Ziempl. verbunden	34	33	35	33	27	34	40	42	27	43	39	24	36	29	36	36
Nicht sehr verbunden	28	36	37	38	42	28	26	24	34	17	26	50	36	35	30	30
Überhaupt nicht verbunden	19	19	14	14	15	19	10	14	27	13	12	19	11	27	16	16
weiß nicht	7	2	6	7	8	5	5	9	3	10	7	3	7	2	6	7
TOTAL	101	101	101	101	100	101	101	100	100	100	101	99	100	99	100	100

EG 12 Angaben schließen die ehemalige DDR aus; EG 12+ Angaben schließen die ehemalige DDR ein.

Für die vollständige Tabelle und alle anderen hier berichteten, aber aus Platzgründen nicht dokumentierten Eurobarometer-Umfrageergebnisse vgl. „Eurobarometer 36“, Brüssel 1991, sowie „Eurobarometer TRENDS 1974-1991“, Brüssel 1992.

Tabelle 2: Für eine Europäische Regierung, die dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich ist? Angaben in Prozent

Frage: Sind Sie für oder gegen die Bildung einer Europäischen Regierung, die dem Europa-Parlament gegenüber verantwortlich ist?

1. Spalte: EB 36 Resultat 2. Spalte: Veränderung zu EB 35 (März 1991)	B	DK	D				GR	E	F
			WEST		OST				
Dafür	59 -5	25 -2	53 -3	54 -3	57 -3	61 -3	62 -5	58 -5	
Dagegen	10 -2	60 +1	17 +1	16 0	13 -2	19 +2	16 +3	19 +2	
weiß nicht	30 +6	15 +1	30 +3	30 +3	30 +6	20 +1	22 +2	23 +3	
TOTAL	99	100	100	100	100	100	100	100	
	IRL	I	L	NL	P	UK	EG 12	EG 12+	
Dafür	52 +4	75 0	48 -1	56 -3	61 -2	35 -4	56 -3	56 -3	
Dagegen	17 -4	9 +1	23 +2	27 +4	14 +3	40 +1	21 +2	20 +1	
weiß nicht	31 0	16 -2	29 -1	17 -1	26 0	25 +3	23 +1	24 +2	
TOTAL	100	100	100	100	101	100	100	100	

EG 12 Angaben schließen die ehemalige DDR aus; EG 12+ Angaben schließen die ehemalige DDR ein.

Tabelle 3: Motivationen der Wahlbeteiligung (Mehrfachnennungen möglich)

	DK	D(W)	F	I	NL	GB
eine Partei schwächen helfen	8	13	13	13	6	30
eine Partei stärken helfen	71	59	58	59	67	51
einen Kandidaten aus meiner Region unterstützen	39	19	33	26	15	25
eine politische Führungspersönlichkeit unterstützen	17	9	14	12	14	15
zur Beibehaltung bzw. Abwahl der gegenw. Regierung beitragen	36	36	25	39	32	29
weiß nicht, keine Antwort	8	11	13	12	15	5
Anzahl der Befragten	950	990	943	507	498	1 017

mentaler Entscheidungsmechanismen die EG-Realität längst nicht mehr hinreichend beschreibt.

Solange das bisher erreichte „Ausmaß an Europa“ durch das Wohlwollen des permissive consensus abdeckbar war, blieb das demokratische Defizit der EG ein Problem der politischen Eliten. Die jüngsten EG-weiten Umfragen (Eurobarometer) zeigen die Möglichkeit auf, daß der permissive consensus nicht weiterbesteht. Wird er nicht durch einen aktiven Konsensus abgelöst, droht dem EG-System eine Legitimitätskrise.

Das magische Datum der Vollendung des Binnenmarktes (1. Januar 1993) ist in greifbare Nähe gerückt. Der Anteil der hoffnungsvoll in diese Zukunft Schauenden sinkt. Der Anteil derer, die Befürchtungen oder Unsicherheit hegen, steigt (Tab. 4). Ein „Mehr an Europa“, das den Durchschnittsbürger betrifft, kündigt sich an. Gleichzeitig und zusätzlich kündigen die Verträge von Maastricht „noch mehr Europa“ an, das den Durchschnittsbürger noch unmittelbarer betreffen wird.

85 Prozent der Befragten halten EG-Angelegenheiten inzwischen für wichtig (bis sehr wichtig) für die Zukunft ihres Landes und seiner Bürger (Tab. 5). Nur 22 Prozent meinten im Oktober 1991, EG-Politik habe keinen Einfluß auf ihr persönliches Leben. Immerhin 51 Prozent sehen einen positiven Einfluß – aber das sind vier Prozentpunkte weniger als im März 1991 im EG-Durchschnitt; dieser Rückgang beträgt neun Prozentpunkte in den Niederlanden, sieben in Belgien und sechs in Westdeutschland. Noch sehen lediglich 14 Prozent im EG-Durchschnitt einen negativen Einfluß, aber der Anstieg beträgt drei Prozentpunkte (in Holland sieben), und die Unsicherheit („weiß nicht“) nimmt zu (Tab. 6).

Die Debatten über die Ratifizierung der Verträge von „Maastricht“ durch die nationalen Parlamente (und durch ein Referendum in Dänemark sowie in Irland) werden zeigen, inwieweit ein Ende des permissive consensus schon erreicht ist, ob eine intensive Debatte diese Ratifizierungsprozeduren begleitet, und ob das geplante „Mehr an Europa“ die (über Umfragen ermittelte) Zustimmung der Bürger findet oder nicht.

In den meisten Ländern sind jedoch öffentliche Debatten, die bis zum Durchschnittsbürger vordringen, kaum geführt worden, und bei Ratifizierungen kann es keine Änderungen mehr geben. Es besteht daher das Risiko, daß viele Bürger den Eindruck bekommen, weder „direkt in Brüssel“ noch innerhalb des nationalen Systems demokratischen Einfluß auf die EG zu haben, sich also des demokratischen Defizits bewußt werden.

Es könnte sehr wohl sein, daß dieses Problem in Großbritannien und Dänemark, wo die Öffentlichkeit – einschließlich der nationalen Parlamente – traditionell größeren Anteil an dem nimmt, was auf EG-Ebene geschieht, geringer ist.

IV. Vermittlungsstrukturen und -prozesse

Maastricht hat für die politischen Eliten das demokratische Defizit eher noch vergrößert: Dem Europäischen Parlament wurde die Gleichberechtigung mit dem Ministerrat verweigert. Die Inflation der Anzahl verschiedener Entscheidungsverfahren hat die Transparenz verringert. Der Ministerrat ver-

Tabelle 4: Europäischer Binnenmarkt 1992: Hoffnung oder Befürchtungen? Angaben in Prozent

Frage: Wie ist Ihre persönliche Einstellung zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1992? Sehen Sie dem mit großer Hoffnung, einiger Hoffnung, einiger Befürchtung oder großer Befürchtung entgegen?

1. Spalte: EB 36 Resultat 2. Spalte: Veränderung zu EB 35 (März 1991)	B	DK	D		GR	E	F	
			WEST	OST				
Große Hoffnung	22 -3	11 -3	13 -2	13 -2	13 -3	21 -12	14 -3	15 -2
Einige Hoffnung	38 -7	50 -2	43 0	44 0	49 0	33 -2	44 -5	37 -6
Einige Befürchtung	19 +3	28 +4	27 +3	26 +3	22 +3	24 +9	13 0	28 +4
Große Befürchtung	7 +3	5 +2	5 -2	5 -1	4 0	13 +5	4 +1	14 +4
weiß nicht	15 +6	7 0	13 +2	12 +1	11 +1	10 -1	24 +6	8 +1
TOTAL	101	101	101	100	99	101	99	102
	IRL	I	L	NL	P	UK	EG 12	EG 12 +
Große Hoffnung	27 -8	19 -1	10 -6	9 -1	19 -6	12 -2	15 -2	15 -2
Einige Hoffnung	45 +3	54 0	33 -4	56 -8	46 -2	44 -6	45 -3	45 -3
Einige Befürchtung	12 0	14 0	39 +6	18 +7	14 +3	19 -4	21 +3	21 +2
Große Befürchtung	5 0	4 -1	3 0	4 +2	4 +1	6 +1	6 0	6 +1
weiß nicht	12 +5	9 +2	15 +3	13 0	17 +4	19 +10	14 +4	13 +3
TOTAL	101	100	100	100	100	100	101	100

EG 12 Angaben schließen die ehemalige DDR aus; EG 12 + Angaben schließen die ehemalige DDR ein.

handelt nach wie vor unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Neben einigen Erweiterungen der Mitwirkungskompetenzen des Parlaments gab es jedoch den potentiell zum Abbau des demokratischen Defizits für den einzelnen Bürger wichtigen Schritt einer Beteiligung des Parlaments an der „Regierungsbildung“ im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Europawahl.

Dies kann die Ablösung des permissiven Konsens durch einen aktiven Konsens jedoch nur dann befördern, wenn die Europawahl genauso eine indirekte Regierungswahl wird, wie es Parlamentswahlen in den Mitgliedstaaten sind. Im Wahlkampf zum Europäischen Parlament als einer Auseinandersetzung über die besseren Konzepte für die Gestaltung der Zukunft der Gemeinschaft und über die besseren Kompetenzen zur Bewältigung der anstehenden Probleme bedarf es einer Konzentration der öffentlichen Debatte auf die Frage „Wer ist der beste Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten?“, verknüpft mit der Frage „Welches ist die beste europäische Partei

bzw. Koalition zur parlamentarischen Mehrheitsunterstützung der Kommission?“

Das in Ansätzen vorhandene EG-Parteiensystem muß als transnationales konsolidiert und sichtbar gemacht werden. Dies erfordert eine sehr viel breitere Berücksichtigung der EG-Politik in den nationalen Parteiorganisationen. Es erfordert darüber hinaus eine stärkere nationale Personalisierung der EG-Politik (Kommissionsmitglieder, Mitglieder des Europäischen Parlaments) und eine transnationale Personalisierung der EG-Politik durch grenzüberschreitende Sichtbarkeit der Spitzenpolitiker in den supranationalen Institutionen Kommission und Parlament (Fraktionsvorsitzende, Ausschußvorsitzende etc.).

Gleichzeitig bedarf es einer stärkeren Berücksichtigung der EG-Politik in den Massenmedien: Sowohl in der Redaktionsorganisation als auch in der Sendezeit bzw. hinsichtlich Ressortumfang und Ressortplatzierung der Printmedien. EG-Innenpolitik muß von der Außenpolitik getrennt sein

Tabelle 5: Die Wichtigkeit von EG-Angelegenheiten. Angaben in Prozent

Frage: Unabhängig davon, ob Sie die Zeit haben, sich persönlich für die Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaft zu interessieren: Hatten Sie diese Angelegenheiten für die Zukunft (UNSERES LANDES) und die Bürger (UNSERES LANDES) für ...?

1. Spalte: EB 36 Resultat 2. Spalte: Veränderung seit EB 35 (März 1991)	B	DK	D		GR	E	F	
			WEST	OST				
Sehr wichtig	27 +4	51 +12	30 +2	28 +1	23 -2	34 0	35 +1	37 +7
Wichtig	49 -7	39 -9	54 +6	55 +6	61 +8	48 0	49 -3	45 -5
Nicht sehr wichtig	10 0	7 -1	10 -6	10 -4	10 -3	6 -1	6 0	9 -1
Unwichtig	3 +1	2 -1	2 -1	2 -1	1 -2	2 +1	3 +2	4 +1
weiß nicht	11 +2	1 -1	4 -3	4 -2	5 -1	10 +1	7 0	5 -2
TOTAL	100	100	100	99	100	100	100	100
	IRL	I	L	NL	P	UK	EG 12	EG 12 +
Sehr wichtig	46 +3	42 +2	35 -4	30 +4	29 +2	46 +12	37 +5	37 +5
Wichtig	39 -1	46 -1	52 +6	55 -3	57 -1	38 -10	47 -2	48 -2
Nicht sehr wichtig	8 -2	5 -1	4 -3	10 -1	5 0	7 -5	7 -3	8 -2
Unwichtig	4 +1	1 0	2 +1	2 0	1 0	5 +2	3 +1	3 +1
weiß nicht	4 -1	6 0	7 +1	5 0	8 -2	4 +1	5 -1	5 -1
TOTAL	100	100	100	102	100	100	99	101

EG 12 Angaben schließen die ehemalige DDR aus; EG 12 + Angaben schließen die ehemalige DDR ein.

und gleichviel Gewicht haben wie nationale Innenpolitik.

Die system-normative Formulierung der hier aufgezählten Voraussetzungen der Organisation von Vermittlungsprozessen impliziert in der Tat einen voluntaristischen Ansatz. Dennoch ist der wachsende „Druck aus Europa“ hinsichtlich gemeinschaftlicher Regelungen, jedenfalls Regelungsabsichten, als wichtiger „objektiver“ Faktor zur Ermöglichung der als notwendig erachteten Reformen anzusehen. Die jetzt schon vorhandene Repräsentation sektoraler und territorialer Interessen im „Lobby-Ring“ um die Gemeinschaftsinstitutionen in Brüssel belegt die Bedeutung dieses Faktors.

Es geht in der Tat um eine gleichzeitige „Entnationalisierung“ des Europäischen Parlaments und „Europäisierung“ der nationalen Parlamente (etwa nach dänischem oder britischem Modell) zur Demokratisierung der EG bzw. der Europäischen Union. Es geht nicht um die „Konsolidierung eines Staatenbundes“ (Lepsius)¹¹, sondern um die „Voll-

endung eines Bundesstaates“ (Hallstein)¹². Andererseits geht es um einen dualistischen (bzw. „echten“) Föderalismus und nicht um einen als dezentralisiert verkappten Einheitsstaat¹³.

V. Nationalitätenstaat oder multinationaler Bundesstaat?

Das auch „nach Maastricht“ noch lange vorhandene – weil im Vertragswerk von Maastricht erneut festgeschriebene – große Übergewicht der nationalen Mitgliedstaaten muß durch Binnengrenzen überschreitende Allianzen soziopolitischer Vermittlungsstrukturen ausbalanciert werden.

11 Vgl. R. M. Lepsius (Anm. 1).

12 Vgl. Walter Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat, Düsseldorf 1966.

13 Vgl. Heidrun Abromeit, Der verkappte Einheitsstaat, Opladen 1992.

Tabelle 6: Einfluß der Europäischen Gemeinschaft auf das persönliche Leben. Angaben in Prozent

Frage: Welchen Einfluß wird die Europäische Gemeinschaft und ihre zukünftige Entwicklung Ihrer Meinung nach auf Ihr persönliches Leben haben? Wird Sie Ihr Leben ...

1. Spalte: EB 36 Resultat 2. Spalte: Veränderung zu EB 35 (März 1991)	B	DK	D				GR	E	F
			WEST		OST				
sehr positiv	6 -3	8 -2	8 -4	8 -3	6 -2	12 -4	12 -2	7 -1	
etwas positiv	41 -4	45 -3	37 -2	40 -1	49 0	49 +3	38 -4	41 -4	
etwas negativ	9 +1	22 +5	14 +2	13 +2	7 0	9 +1	8 +4	14 +6	
sehr negativ beeinflussen oder	1 0	6 +1	3 +1	2 0	1 0	3 0	2 +1	4 0	
überhaupt keinen Einfluß haben?	23 +1	11 -2	24 -1	23 -1	21 +2	12 -3	25 -2	22 -4	
weiß nicht	20 +6	9 +1	14 +4	13 +2	16 0	15 +3	15 +4	12 +3	
TOTAL	100	101	100	100	99	100	100	100	
	IRL	I	L	NL	P	UK	EG 12	EG 12 +	
sehr positiv	23 +2	12 -2	10 0	4 -1	9 +1	15 +2	11 -1	10 -2	
etwas positiv	40 -3	41 -3	41 0	37 -8	58 +6	38 -3	40 -3	41 -2	
etwas negativ	9 +1	3 +1	22 +9	14 +6	4 +1	13 0	11 +3	11 +2	
sehr negativ beeinflussen oder	3 0	1 0	2 -1	3 +1	1 0	4 0	3 0	3 +1	
überhaupt keinen Einfluß haben?	18 -1	28 +4	9 -13	24 -3	16 -3	17 -4	22 -2	22 -2	
weiß nicht	7 +1	15 0	17 +6	19 +7	13 -5	12 +5	14 +3	14 +3	
TOTAL	100	100	101	101	101	99	101	101	

EG 12 Angaben schließen die ehemalige DDR aus; EG 12 + Angaben schließen die ehemalige DDR ein.

Eines der für die Bewußtseinsbildung der Durchschnittsbürger am besten geeigneten Medien ist das Amt des („indirekt-direkt“) demokratisch zu wählenden Kommissionspräsidenten¹⁴. Er (oder sie) ist für die übergroße Mehrzahl der Gemeinschaftsbürger Ausländer und muß dennoch glaubhaft den Mehrheitswillen der Wähler der gesamten Europäischen Union repräsentieren.

Immerhin ist fast die Hälfte (und in Großbritannien und anderen Mitgliedstaaten mit elektoralen und/oder parlamentarischen Minderheitsregierungen,

14. Zur quasi-direkten Wahl des Regierungschefs in bestimmten parlamentarischen Systemen vgl. Ernst Fraenkel, Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: ders. (Hrsg.), Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964; K. Reif (Anm. 5).

gen, wie etwa Dänemark oder Frankreich, mehr als die Hälfte) der Gemeinschaftsbürger über ihre nationale Regierung nicht in den Willensprozeß auf Unionsebene einbezogen – es sei denn über die von ihnen gewählten Abgeordneten im Europäischen Parlament und deren Fraktions- bzw. Koalitions- oder Oppositionskollegen aus anderen Mitgliedstaaten. Die nationalen Regierungen können zwar den Anspruch erheben, „das nationale Interesse“ zu vertreten, aber der nationale Oppositionsbürger mag die Dinge mit Recht anders wahrnehmen: als Repräsentation von Teilinteressen, die nicht die seinen sind.

Die sehr viel größere Dichte der soziopolitischen Infrastruktur der Mitgliedstaaten, das in den meisten von ihnen sehr deutlich ausgeprägte Bewußtsein nationaler Identität und die Sicherung und

Förderung der nationalen Sprachen und Kulturen (auch durch die Europäische Union) lassen Ungleichgewichtssorgen sehr viel mehr als Befürchtung einer Fortdauer der weder effizienten noch demokratischen Dominanz nationaler Ministerialbürokratien¹⁵ gerechtfertigt erscheinen denn als Ängste vor einem „verkappten Einheitsstaat Europa“.

15 Vgl. Fritz W. Scharpf, Die Politikverflechtungs-Falle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, (1985) 26, S. 323 ff.; Maurizio Bach, Eine leise Revolution durch Verwaltungsverfahren: Bürokratische Integrationsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, (1992) 1, S. 16 ff.

Es ist Lepsius zuzustimmen, daß es nicht um die Schaffung einer neuen „Nation Europa“ geht. Dies kann sich bestenfalls nach mehreren Generationen überhaupt erst als Frage stellen. Aber ohne einen multinationalen Staat gleichgewichtig föderativer Organisationsform sind die europäischen Nationen mindestens so sehr gefährdet wie bei einem Verzicht auf die „Vollendung des Bundesstaates“. Das Schicksal der griechischen Stadtstaaten nach dem Ansturm des römischen Imperiums ist in einer Welt, die sich gerade anschickt, unipolar zu werden, immer noch nachdenkenswerte Mahnung – und gewiß ein „Rationalitätskriterium“ (Lepsius) nicht zu vernachlässigender Art.

Matthias Jung/Dieter Roth: Politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland seit der Bundestagswahl 1990

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/92, S. 3–16

Die unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Startbedingungen von Ost- und Westdeutschen führten nach der Bundestagswahl 1990 zu unterschiedlichen Bewertungen beider Bevölkerungsgruppen darüber, welche Themen wichtig waren. Im Westen beherrschte Anfang 1991 der Golfkrieg die politische Agenda, bald abgelöst durch die ökonomischen Probleme der deutschen Einheit und – nach der Sommerpause – die Asyl- und Ausländerproblematik. Im Osten dagegen waren ökonomische Probleme von überragender Bedeutung, allen voran die Bewältigung der Arbeitslosigkeit. Zwar zeigte eine Reihe von Stimmungsindikatoren zum Einigungsprozeß im Verlauf des Jahres 1991 eine Verbesserung der Einschätzung der Situation, doch war man im Osten weiterhin sehr unzufrieden darüber, was bisher für die Angleichung der Lebensverhältnisse an die im Westen getan worden war. Im Westen meinte die große Mehrheit, die Unzufriedenheit der Ostdeutschen sei nicht gerechtfertigt. Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation hatte sich im Osten jedoch verbessert, und der Optimismus für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung war auch 1991 ungebrochen.

Die Ausschreitungen rechtsradikaler Randgruppen gegenüber Asylbewerbern und Ausländern im Herbst 1991 führten in beiden Teilen Deutschlands zu einer wachsenden Solidarisierung mit und höheren Akzeptanz von Ausländern. Die Unterstützung für das Recht auf Asyl für Ausländer, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden, war in West und Ost 1991 ungebrochen hoch, obwohl gleichzeitig eine große Mehrheit die Ansicht vertrat, daß die meisten Asylbewerber das deutsche Asylrecht mißbrauchen, weshalb sie mehrheitlich eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht forderten.

Die politische Hochstimmung für die Unionsparteien hat sich schon kurz nach der Bundestagswahl verflüchtigt, im Osten noch wesentlich stärker als im Westen. Erst im Herbst 1991 konnte die Union wieder an Boden gewinnen. Die SPD gewann zunächst spiegelbildlich, hatte aber im Herbst ihren Vorsprung weitgehend aufgezehrt. Die FDP verlor sowohl im Osten als auch im Westen kontinuierlich. Erholt haben sich hingegen die GRÜNEN/Bündnis 90. Die PDS verlor auch im Osten zunehmend an Bedeutung. Im Gegensatz zu früherem Wählerwechsel, der hauptsächlich innerhalb der politischen Lager erfolgte, fand 1991 der Austausch stärker zwischen CDU und SPD direkt statt. Die sozialstrukturellen Schwerpunkte der beiden großen Parteien haben sich jedoch kaum verändert. Im Osten hat die CDU trotz der insgesamt massiven Stimmungsverschlechterung bei den Arbeitern immer noch eine überproportional hohe Zustimmung in dieser Gruppe. Dies ist auch deshalb erstaunlich, weil im Osten Deutschlands die Gewerkschaften als traditionelle Parteigänger der SPD einen deutlich höheren Organisationsgrad haben als im Westen.

Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann: Die Wahlchancen von CSU und DSU in den neuen Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/29, S. 17–30

Die Untersuchung stellt eine auf die neuen Bundesländer ausgeweitete Fortführung der vor rund einem Jahr im Rahmen der Beilage veröffentlichten Analyse der Expansionsmöglichkeiten der CSU über die Grenzen Bayerns hinaus dar. Als Materialgrundlage dienen insgesamt drei Umfragen aus den Jahren 1991 und 1992 in Ost- und Westdeutschland. Noch immer nachweisbar ist im Osten ein mit rund drei Prozent zwar geringes, aber dennoch klar erkennbares Wählerpotential der DSU. Das vielleicht wichtigste Analyseergebnis jedoch ist der Nachweis, daß die CSU auch in den neuen Bundesländern gewisse Wahlchancen besitzt, daß aber ihr Potential im Osten beträchtlich kleiner ist als im Westen. Tatsächlich dürfte es nur zwischen einem Drittel und der Hälfte des westlichen Potentials ausmachen. Die CSU hätte daher große Probleme, bei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern über die Fünfprozenthürde zu kommen. Der weitaus größte Teil der präsumtiven CSU-Stimmen würde aus dem Unionslager kommen.

Innerhalb der sozialen Gruppen besteht zwischen DSU- und CDU-Wählern auf der einen und möglichen CSU-Wählern auf der anderen Seite keine vollständige strukturelle Parallelität. Die CSU-Sympathie wird sozialdemographisch in erheblichem Ausmaße durch Religion, Schule und Lebensalter geprägt: Wo religiöse Bindungen, fortgeschrittenes Lebensalter und niedrige Schulbildung zusammenreffen, gibt es weitaus mehr CSU-Sympathisanten als in anderen Merkmalsgruppen. Die stärksten Antipathien gegen die CSU entwickeln nichtreligiöse, formal besser gebildete Personen. CSU-Sympathisanten finden sich vor allem bei Befragten mit positiven Einstellungen gegenüber dem staatlichen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik, gegenüber den „staatstragenden“ Parteien und gegenüber ihrem Führungspersonal. Insgesamt betrachtet, erscheint das CSU-Potential in den neuen Bundesländern als zu gering, um die in der Ausdehnungsdebatte des vergangenen Jahres wiederholt vorgeschlagene Kandidaturvariante einer partiellen, auf Ostdeutschland beschränkten Expansion der Partei zu stützen.

Hans-Georg Betz: Wahlenthaltung und Wählerprotest im westeuropäischen Vergleich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/92, S. 31–41

Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Bedeutungswandel von Wahlen in Westeuropa. Geht die Demokratietheorie davon aus, daß Wahlen der letztendliche Ausdruck der Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk ist, so sieht die Realität zunehmend anders aus. In immer größerem Maße degenerieren Wahlen zu einem Instrument des Wählerprotests. Symptomatisch sind dafür die wachsende Tendenz zur Wahlenthaltung bzw. zur Abgabe leerer oder ungültiger Stimmzettel sowie zur Wahl nichtetablierter, systemoppositioneller Parteien und Listen.

Diese Phänomene sind jedoch nicht nur das Ergebnis wachsender Parteien- und Politikverdrossenheit, sondern zum großen Teil auch Ausdruck eines grundlegenden Wandels der soziokulturellen Strukturen entwickelter westlicher Demokratien. Wahlenthaltung und Protestwahl stellen somit eine ernste Herausforderung an die Demokratie dar, vor allem wenn sie, wie bereits in einigen Ländern zu beobachten, die Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung gefährden.

Karlheinz Reif: Wahlen, Wähler und Demokratie in der EG. Die Dimensionen des demokratischen Defizits

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/92, S. 43–52

Das magische Datum der Vollendung des Binnenmarktes ist in greifbare Nähe gerückt. Der Anteil derer, die Befürchtungen oder Unsicherheit hegen, steigt. Ein „Mehr an Europa“, das den Durchschnittsbürger betrifft, kündigt sich an. Gleichzeitig und zusätzlich kündigen die Verträge von Maastricht „noch mehr Europa“ an.

Solange das bereits erreichte „Ausmaß an Europa“ durch das Wohlwollen des permissive consensus (d. h. die wohlwollende Zustimmung zur Integrationspolitik der politischen Eliten) abdeckbar war, blieb das demokratische Defizit der EG ein Problem der politischen Eliten. Die jüngsten Eurobarometerumfragen zeigen die Möglichkeit auf, daß der permissive consensus nicht weiterbesteht. Wird er nicht durch einen aktiven Konsensus abgelöst, droht dem EG-System eine Legitimitätskrise.

Maastricht hat für die politischen Eliten das demokratische Defizit vergrößert. Andererseits gab es jedoch den potentiell zum Abbau des demokratischen Defizits für den einzelnen Bürger wichtigen Schritt einer Beteiligung des Parlaments an der „Regierungsbildung“ im zeitlich unmittelbaren Zusammenhang mit der Europawahl.

Dies kann die Ablösung des permissiven Konsenses durch einen aktiven Konsens jedoch nur befördern, wenn die Europawahl genauso eine indirekte Regierungswahl wird, wie Parlamentswahlen in den Mitgliedstaaten es sind. Im Wahlkampf zum Europäischen Parlament als einer Auseinandersetzung über die besseren Konzepte für die Gestaltung der Zukunft der Gemeinschaft und über die besseren Kompetenzen zur Bewältigung der anstehenden Probleme bedarf es einer Konzentration der öffentlichen Debatte auf die Frage „Wer ist der beste Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten?“ verknüpft mit der Frage „Welches ist die beste europäische Partei bzw. Koalition zur parlamentarischen Mehrheitsunterstützung der Kommission?“.